

AUSLANDSINFORMATIONEN



**Neue alte
Wunden**
Koloniales
Erbe und
Außenpolitik

AUSLANDSINFORMATIONEN

2 | 2025

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

als die Vereinten Nationen 1945 gegründet wurden, hatten sie 51 Mitgliedstaaten, heute sind es 193. Zwei Zeiträume waren es, in denen der Anstieg besonders markant war: einmal um 1990 – der Zerfall der Sowjetunion – und zuvor zwischen Mitte der 1950er- und Anfang der 1960er-Jahre durch die weitgehende Auflösung der verbliebenen europäischen Kolonialreiche und die „Entlassung“ der entsprechenden Gebiete in die staatliche Unabhängigkeit.

Mehr als ein halbes Jahrhundert ist das nun her, einen Schlussstrich unter das Thema Kolonialismus bedeutete es aber keineswegs. Das ist auch gut so. Die Heraus- und Aufarbeitung von Verbrechen, die vorwiegend westeuropäische Kolonialmächte in den von ihnen abhängigen Weltregionen begangen haben, ist ein berechtigtes Anliegen. Ebenso berechtigt ist die Frage, ob und inwieweit wirtschaftliche Ausbeutung und in der Kolonialzeit geschaffene Strukturen die Entwicklung ehemaliger Kolonien auch nach der Unabhängigkeit belastet haben. Das ist auch keine neue Frage. Einige Leserinnen und Leser werden sich an die marxistisch beeinflusste Dependenztheorie erinnern, die sich in den 1960er- und 1970er-Jahren als Reaktion auf die Modernisierungstheorie gerade mit dem Thema der Unterentwicklung als Ergebnis einer vermeintlich strukturellen Abhängigkeit von globalen, westlich dominierten kapitalistischen Systemen auseinandersetzte.

Es hat sich in den vergangenen Jahrzehnten unter dem Oberbegriff Postkolonialismus im akademischen und politisch-aktivistischen Raum auch ein Diskurs herausgebildet, der über diese Fragen und Anliegen weit hinausgeht. In Deutschland ist das lange von einer breiteren Öffentlichkeit unbeachtet geblieben. Dann kam der 7. Oktober 2023: Eine islamistische Terrororganisation überfällt Israel, die einzige liberale Demokratie des Nahen Ostens, ermordet wahllos Zivilisten und nimmt weitere als Geisel. Die zynische Stellungnahme mancher selbsternannter „Progressiver“: legitimer Befreiungskampf indigener Palästinenser gegen einen Staat weißer Siedlerkolonialisten.

Dieses krasse politische und moralische Fehltriteil ist die auffälligste Blüte, die die Schwächen dieser postkolonialen Theorien zuletzt getrieben haben. Diese Defizite und ihre Folgen haben die Kolleginnen und Kollegen von den Wissenschaftlichen Diensten der Konrad-Adenauer-Stiftung zuletzt in einem Sammelband und auf dem Portal „Geschichtsbewusst“ umfangreich analysiert, entsprechende Informationen finden Sie weiter hinten in diesem Heft.

Andreas Jacobs stellt diese Kritikpunkte in dieser Ausgabe der Auslandsinformationen ebenfalls prägnant heraus: Unwissenschaftlichkeit, West-Feindlichkeit, Antisemitismus, Anfälligkeit für Missbrauch durch Autokraten und fast völlige Nutzlosigkeit für die Menschen in den früheren Kolonien, deren Anwalt die Verfechter postkolonialer Diskurse doch zu sein vorgeben. „Methodisch und empirisch fundierte Arbeiten“, so der Autor, „sind in diesem Genre eher die Ausnahme als die Regel“. Mit diesem Heft wollen wir vor allem durch die Perspektiven unserer Auslandsbüros einen fundierten, wenngleich nicht erschöpfenden Beitrag zur Auseinandersetzung mit der Frage leisten, welche Rolle koloniales Erbe und das Sprechen darüber in verschiedenen Ländern und Weltregionen tatsächlich spielen.

Anja Berretta nimmt sich in ihrem Artikel zu den Handelsbeziehungen afrikanischer Staaten die Frage vor, ob die – in vielen Fällen schlechte – wirtschaftliche Entwicklung dieser Länder durch die Folgen europäischer Kolonialherrschaft und fortbestehende unfaire Handelsbeziehungen zwischen dem Westen und Afrika zu erklären ist. Anhand einer Vielzahl von Daten und Länderbeispielen kann sie zeigen, dass tatsächlich die von den jeweiligen afrikanischen Regierungen gewählte Handels- und Wirtschaftspolitik eine viel plausible Erklärung für die Performance der jeweiligen Länder bietet.

Auf eine ganz eigene Art ist das Thema Kolonialismus für manche autoritären Staaten relevant. David Merkle analysiert in seinem Beitrag, wie China und Russland bestimmte historische Narrative nutzen, um einerseits die Herrschaft der jeweils Regierenden im eigenen Land zu festigen und andererseits auf der internationalen Bühne die westlichen Staaten zu diskreditieren. Ein beliebtes Werkzeug bei Letzterem sind postkoloniale Diskurse, die mithilfe Künstlicher Intelligenz und sozialer Medien nicht nur in Afrika, Asien und Lateinamerika, sondern auch an ein geneigtes Publikum in den westlichen Gesellschaften ausgespielt werden.

Dass nicht zuletzt Moskau oft erfolgreich bei dem Versuch ist, Europa und die USA als Kolonialisten, sich selbst dagegen als antiimperialistische Macht ohne koloniale Vergangenheit zu porträtieren, ist bemerkenswert, da es in seiner Nachbarschaft eine mit imperialen Ambitionen prall gefüllte Geschichte hat. Diese Geschichte zeichnen Stephan Malerius und Florian Binder am Beispiel des Südkaukasus nach und stellen heraus, dass Russland insbesondere in Teilen der georgischen Gesellschaft heute durchaus als Kolonialmacht gesehen wird.

Die autoritäre Linke Lateinamerikas dagegen, so zeigt es Sebastian Grundberger in seinem Beitrag, nutzt postkoloniale Diskurse nicht nur, um die Diktaturen von Havanna über Managua bis Caracas zu legitimieren, sondern auch, um ihre Allianz mit den Regierungen in Peking, Moskau und Teheran intellektuell zu unterfüttern – „gemeinsam gegen den Westen“, wie es in der Überschrift des Artikels heißt.

„Zwischen West und Süd“ verortet dagegen Philipp Gerhard die brasilianische Außenpolitik. Dass das größte Land Lateinamerikas sich in den vergangenen Jahrzehnten nach einer langen Geschichte der Westorientierung auch anderen Partnern zugewandt hat, führt der Autor auf mehrere Faktoren zurück. Der Einfluss postkolonialer Diskurse ist einer davon. Waren sie zunächst ein aus nordamerikanischen und europäischen Universitäten importiertes akademisches Elitenphänomen, haben diese Diskurse später in den linken brasilianischen Parteien Fuß gefasst und können heute zwar nicht den grundsätzlichen außenpolitischen Kurs des Landes, wohl aber manchen Ausschlag wie die antiisraelische Rhetorik von Präsident „Lula“ da Silva erklären.

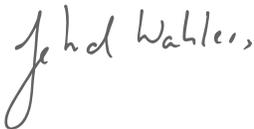
Schließlich widmen sich zwei Beiträge der Frage des Umgangs westeuropäischer Staaten mit ihrem kolonialen Erbe. Erst vor wenigen Monaten handelte das Vereinigte Königreich die Übergabe der mitten im Indischen Ozean gelegenen und strategisch bedeutsamen Chagos-Inseln an Mauritius aus. Insgesamt, so Canan Atilgan und Lukas Wick in ihrem Artikel, fordern Staaten, die früher Teil des britischen Kolonialreichs waren und heute Teil des Commonwealth sind, von London verstärkt eine ehrliche Auseinandersetzung auch mit den dunklen Seiten des Empire. Zu dieser sei die britische Regierung grundsätzlich auch bereit, lehne Entschuldigungen oder Reparationen aber bislang ab.

Zwischen Deutschland und Tansania – bis zum Ersten Weltkrieg Teil der Kolonie Deutsch-Ostafrika – ist eine solche Diskussion in den vergangenen Jahren ebenfalls in Gang gekommen. Ausgangspunkt war aber weniger Daressalam als Berlin. Tilmann Feltes und Sebastian Laschet konstatieren in ihrem Beitrag, „dass es in Tansania vermutlich keine fehlgeleitete Kolonialismusdebatte ohne deutsches Zutun gegeben hätte“. Fehlgeleitet war die Debatte insofern, dass die vergangene Bundesregierung, insbesondere die Leitung des Auswärtigen Amts, sie einseitig zulasten von Themen, die die Regierung von Tansania ansprechen wollte, und teilweise ohne ausreichendes Wissen um die Erinnerungskultur in Tansania selbst führte und damit im Verhältnis zu dem Land mehr Schaden als Nutzen erzeugte.

Was folgt aus alledem für die deutsche und europäische Außenpolitik? Die Konsequenz aus missglückten Versuchen der Vergangenheitsbewältigung und berechtigter Kritik an postkolonialen Diskursen darf nicht darin bestehen, sich der Auseinandersetzung um die dunklen und teils verbrecherischen Seiten der europäischen Kolonialgeschichte zu entziehen. Wo diese Auseinandersetzung von unseren weltweiten Partnern gewünscht wird, sollten wir sie auch auf der Grundlage historischer Fakten führen. Das ist eine Frage der Moral, aber auch unserer Interessen. Viele der oben erwähnten heute 193 UN-Mitglieder sind ehemalige Kolonien. In unserem Konflikt mit revisionistischen Autokratien wie China und Russland spielt ihre Positionierung eine wichtige Rolle.

Was wir dagegen vermeiden sollten, ist eine ideologiegetriebene Vergangenheitspolitik, die mehr den seelischen Bedürfnissen heimischer Politiker und der Befriedigung der eigenen Wählerschaft sowie einschlägiger Aktivistengruppen dient als den Prioritäten unserer Partner. Und schon gar nicht sollten wir uns unkritisch einen postkolonialen Diskurs zu Eigen machen, der diese Partner komplett aus ihrer Eigenverantwortung entlässt, westlichen Kolonialismus zur Wurzel allen Übels auf der Welt erklärt und damit nicht nur in der Sache falsch liegt, sondern auch unseren Interessen massiv schadet.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre.

Ihr


Dr. Gerhard Wahlers ist Herausgeber der Auslandsinformationen (Ai), stellvertretender Generalsekretär und Leiter der Hauptabteilung Europäische und Internationale Zusammenarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung (gerhard.wahlers@kas.de).

8 *Zwischenruf*

Nach dem Postkolonialismus

[Andreas Jacobs](#)

17

Handel mit Afrika

Neue alte Abhängigkeiten?

[Anja Berretta](#)

29

Postkolonialismus und was sonst
noch so nützt

Zur Geschichtspolitik autoritärer
Staaten im digitalen Raum

[David Merkle](#)

39

Russland als Kolonialmacht
im Kaukasus

Eine Unterdrückungsgeschichte

[Stephan Malerius](#) / [Florian Binder](#)

Neue alte Wunden

Koloniales Erbe und Außenpolitik

50

Gemeinsam gegen den Westen
Postkoloniale Diskurse als Legitimation
autoritärer Kooperation in und mit
Lateinamerika

[Sebastian Grundberger](#)

60

Zwischen West und Süd
Postkoloniale Diskurse in der
brasilianischen Außenpolitik

[Philipp Gerhard](#)

70

Imperiale Schatten

Wie das koloniale Erbe die britische
Politik prägt

[Canan Atilgan / Lukas Wick](#)

81

**Zwischen Idealismus und
Pragmatismus**

Fallstricke einer eindimensionalen
Kolonialismusdebatte am Beispiel Tansanias

[Tilmann Feltes / Sebastian Laschet](#)

Padrão dos Descubrimentos: Am Denkmal der Entdeckungen in Lissabon zeigt ein großes Mosaik die Routen portugiesischer Seefahrer im 15. und 16. Jahrhundert.

In der Folge nahmen Portugal und andere europäische Staaten große Überseegebiete als Kolonien in ihren Besitz. Auch wenn die europäischen Kolonialreiche seit mindestens einem halben Jahrhundert Geschichte sind, reichen die langen Schatten dieser Herrschaft bis in die Gegenwart. [Foto: © Markus Matzel, Imago.](#)

Nach dem Postkolonialismus

Zwischenruf



**ISRAEL BORN OF
BRITISH COLONIALISM**

**CREATED THROUGH
ZIONISTS TERRORISM**

**SUPPORTED BY
WESTERS IMPERIALISM**

Foto: © Mounieb Taim, Imago.

Auf einen Blick

Die Entgleisungen „progressiver“ Milieus nach dem 7. Oktober 2023 haben eine notwendige Debatte über postkoloniale Theorien ausgelöst, der es bislang aber oft an Trennschärfe und Sachlichkeit mangelte.

Postkoloniale Ansätze haben durchaus zum Verständnis der Auswirkungen des Imperialismus beigetragen, es dominieren aber zunehmend unwissenschaftliche und politisch-aktivistische Arbeiten das Genre.

Die jüngsten Strömungen weisen durch eine Verengung des Fokus auf den europäischen Kolonialismus vergangener Jahrhunderte eine ausgeprägte West-Feindlichkeit auf. Westliche „Kolonialität“ löst hier den „Kapitalismus“ als Erklärung für alle Übel der Welt ab.

Israel wird in postkolonialen Diskursen als westlicher Staat von „Siedlerkolonialisten“ diffamiert, den es abzuschaffen gelte.

Der praktische Wert postkolonialer Theorien zur Verbesserung der Lebensumstände im „Globalen Süden“ geht gegen Null. Stattdessen sind sie dort wie im Westen ein nützliches Instrument für unterschiedlichste Akteure, die eine freiheitlich-demokratische Ordnung ablehnen.

Die in jüngerer Vergangenheit zu beobachtende unreflektierte Übernahme und teils Finanzierung solcher Diskurse durch den deutschen Staat ist zu überdenken.



Dr. Andreas Jacobs ist Leiter der Abteilung Gesellschaftlicher Zusammenhalt in der Hauptabteilung Analyse und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Die unter dem Sammelbegriff „Postkolonialismus“ zusammengefassten Forschungsansätze und Diskursfelder sind derzeit unter Dauerfeuer. Das kommt nicht von ungefähr. Viele Beobachter waren entsetzt über die in „progressiven“ Milieus gezeigten Reaktionen auf das Hamas-Massaker vom 7. Oktober 2023. Diese Reaktionen haben viele genauer hinschauen lassen: Was sind das für Ansätze, die Israelis zu „weißen Siedlerkolonialisten“ erklären, die Welt von Imperialismus und Unterdrückung befreien und gleichzeitig Europa und den Westen „provinzialisieren“ wollen? Seit diese Fragen öffentlich aufgeworfen werden, wird aus allen Richtungen scharf geschossen in der Postkolonialismus-Debatte – nicht immer zielgenau und zu oft mit Streumunition. Das ist manchmal erhellend, meistens durchschaubar und oft nicht zielführend.

Das Theoriegebäude postkolonialer Ansätze als wokes Zeitphänomen oder politisch „korrekte“ Verirrung abzutun, ist zwar in weiten Teilen zutreffend, wird dem Phänomen aber oft nicht gerecht und ist angreifbar. Hierzu ist die Sache zu ernst. Der postkoloniale Paradigmenwechsel ruft nicht nach kulturkämpferischen Posen, sondern nach einer gründlichen und fundierten Auseinandersetzung. Denn die hier betriebenen Umdeutungen von Geschichte und Gegenwart sind längst keine akademischen Nischenprojekte mehr. Sie dominieren ganze Wissenschaftsdisziplinen, prägen gesellschaftliche Wirklichkeiten und werden politisch gefordert und gefördert. Wie also umgehen mit der Wucht dieses Programms?

Zunächst sollte abgeschichtet werden, was im Namen postkolonialer Wissensproduktion tatsächlich der Aufarbeitung von Kolonialgeschichte dient und was dem Angriff auf westliches Denken und universelle Werte. Im Bereich des Ersteren haben sich postkoloniale Perspektiven durchaus

Verdienste erworben. Die Neuaufwertung der Relevanz des Kolonialismus, sein Fortwirken in der Gegenwart und die Betrachtung von Machtasymmetrien im Verhältnis ehemaliger Kolonien und Kolonialmächte waren wichtige analytische Errungenschaften. Postkoloniale Ansätze haben erheblich dazu beigetragen, dass der heutige Blick auf die Brutalität des europäischen Imperialismus ein anderer ist als noch vor wenigen Jahrzehnten. Nostalgische Verklärungen sind kaum noch salonfähig und das Nachwirken kolonialer Verbrechen in Form von Landesgrenzen, Abhängigkeitsverhältnissen und nicht zuletzt in den Köpfen ist weitgehend unbestritten. Allerdings geht es um diese Aspekte im Kontext postkolonialer Forschungsparadigmen immer weniger. Nicht mehr das analytische Projekt einer Erforschung des Kolonialismus steht im Vordergrund, sondern das operative Projekt einer Veränderung von Welt und Wirklichkeit. Eine systematische Kritik muss daher mindestens fünf Aspekte berücksichtigen.

1. Unwissenschaftlichkeit

Der erste Kritikansatz betrifft die Behauptung, bei postkolonialen Theorien und Konzepten handele es sich durchweg um wissenschaftliche Ansätze. Methodisch und empirisch fundierte Arbeiten sind in diesem Genre allerdings eher die Ausnahme als die Regel. Es dominieren Texte, die in den Bereich der praktischen Philosophie, der Theorie des Politischen oder eben des politischen Aktivismus gehören. Die „Wissenschaftlichkeit“ reduziert sich oft auf die Etablierung und Propagierung von Begrifflichkeiten oder soziologischen Konzepten wie „Hybridität“, „Subalternität“ oder „epistemische Gewalt“. Das ist zwar durchaus legitim und teilweise erhellend, aber eben auch ein alter Trick, um die Akzeptanz ideologischer oder religiöser Überzeugungen zu erhöhen. Der „Wissenschaftliche Sozialismus“ hat es vorgemacht.

Trotzdem hat sich die Behauptung von der Wissenschaftlichkeit postkolonialer Theoriebildung weitgehend durchgesetzt – und zwar in gleichem Maße wie der Kritik des Postkolonialismus die Wissenschaftlichkeit abgesprochen wird. Immer wieder argumentieren postkoloniale Apologeten, Kritiker hätten die Grundlagentexte nicht gelesen, seien mit der Materie nicht vertraut oder träten seriösen wissenschaftlichen Konzepten mit Bauchgefühlen, Ressentiment und „Raunen“ gegenüber. Leider ist hier etwas dran. Postkolonialismus-Kritik ist eben auch eine Modeerscheinung und trifft den bürgerlich-konservativen Zeitgeist. Viele kritische Auseinandersetzungen setzen eher auf Meinung als auf Material. Die Lektüre der sperrigen Texte von Edward Said, Dipesh Chakrabarty oder Gayatri Spivak tun sich außerhalb der Szene nur wenige an.

Wahr ist aber auch: Kritik wird auch deshalb lauter, weil genau diese Grundlagentexte zunehmend gelesen und hinterfragt werden. Mittlerweile gibt es auch im deutschsprachigen Raum kenntnisreiche Auseinandersetzungen mit Einzelaspekten postkolonialer Theorien. Die Arbeiten etwa von Ingo Elbe zum postkolonialen Antisemitismus oder von Monika Albrecht zur kritischen Rezeption des Ansatzes legen fundiert die Axt an die Wissenschaftlichkeit postkolonialer Theorien. Diese Kritik als „unwissenschaftlich“ zurückzuweisen, weil sie nicht systemimmanent argumentiert, funktioniert hier nicht. Gerade bei einem Ansatz, der selbst mit dem Anspruch einer Infragestellung etablierter Wissenssysteme und Wirklichkeitswahrnehmungen antritt, ist sie sogar unglaublich.

Außerdem halten Postkoloniale ihren Gegnern immer wieder vor, es gebe keinen „Postkolonialismus“ als einheitliches Theorie- und Forschungsprogramm. Das ist ebenso zutreffend wie ablenkend. Richtig ist, dass die große Familie postkolonialer Ansätze zum Teil sehr unterschiedliche Phänomene, Strukturen und Prozesse betrachtet. Richtig ist aber auch, dass diesen Betrachtungen immer dieselben Annahmen und Überzeugungen zugrunde liegen: Wirklichkeit spiegele Machtverhältnisse wider, Wahrnehmungen könnten dekonstruiert werden, die

Veränderung von Sprache verändere Wirklichkeit, alles sei „strukturell“ und damit wissenschaftlich. Diese aus dem französischen Dekonstruktivismus übernommenen Grundannahmen verbinden die unterschiedlichen Ansätze, selbst wenn sie sich nicht mit Kolonialismus beschäftigen. Das Argument „Es gibt keinen Postkolonialismus“ ist also ein leicht durchschaubares Manöver der Kritikabwehr.

Osmanische Eroberungen, arabischer Sklavenhandel und sowjetischer Imperialismus werden ausgeblendet.

Schließlich halten Vertreter des Postkolonialismus ihren Kritikern immer wieder vor, sie betrieben revanchistische Identitätspolitik und versuchten, einen „Rechtsruck“ und eine liberale Wende umzusetzen. Auch hier ist etwas dran. Die jüngsten Maßnahmen der Trump-Administration gegen US-Universitäten und gegen Vertreter postkolonialer Ansätze diskreditieren die kritische Auseinandersetzung mit dem Postkolonialismus und machen seine Vertreter zu Märtyrern von Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit. Linke Identitätspolitik wird hier mit rechter Identitätspolitik bekämpft.

2. West-Feindlichkeit

Als linkes Projekt von Weltveränderung muss der Postkolonialismus zweitens als intellektueller Aufstand gegen alles Westliche (oder was dafür gehalten wird) verstanden werden. Gerade jüngere Strömungen der Disziplin interessieren sich kaum noch für die Beschreibung und Analyse des Kolonialismus als globales und überzeitliches Phänomen, sondern ausschließlich für den europäischen Kolonialismus der vergangenen Jahrhunderte. Osmanische Eroberungen, arabischer Sklavenhandel, sowjetischer Imperialismus und vieles andere werden ausgeblendet oder relativiert. Zentraler Ausgangspunkt ist die 1979 von Edward Said in seinem postkolonialistischen Standardwerk „Orientalism“ formulierte



Europäischer Kolonialismus im Fokus: Während sich postkoloniale Denker – zurecht und teils gewinnbringend – mit der imperialen Geschichte des Westens auseinandersetzen, werden andere Akteure und Phänomene ausgespart. Im Bild die Kongo-Konferenz in Berlin 1884/1885. Foto: © Ann Ronan Picture Library, Photo12, Imago.

Hypothese, dass der Westen den Orient als negative Schablone zur Selbstdefinition brauche. Said entlarvte zwar rassistische und exotisierende Betrachtungen des Orients. Mit seiner These vom grundsätzlichen Anderssein nichtwestlicher Menschen lieferte er aber auch das ideologisch passende Buch in einer Zeit, in der vielen Linken der real existierende Sozialismus zunehmend peinlich wurde und in der die Revolution im Iran manche falsche Hoffnung weckte. Westliche „Kolonialität“ und die Vorstellung, dass westliche Gesellschaften intrinsisch und letztlich unüberwindbar rassistisch seien, ersetzte in der Folge immer öfter den Kapitalismus als Erklärung für die Übel dieser Welt.

Beschleunigt wurde diese Entwicklung durch das Ende des Ost-West-Konflikts und die Terrorangriffe des 11. September 2001. Die offene oder heimliche Zustimmung zum Angriff auf die USA auf Seiten mancher westlicher Intellektueller förderte das Bewusstsein für ein Phänomen, das

die Postkolonialismus-Kritiker Ian Buruma und Avishai Margalit „Anti-Westernism“ nannten. Diese West-Feindlichkeit fand nach der Jahrtausendwende weiter Nahrung. Das Scheitern westlicher Bemühungen um Demokratieexport und die Zunahme weltweiter Krisen stützten die postkoloniale Westablehnung. Diese Fixierung auf „die Schuld des Westens“ macht den Postkolonialismus aus Sicht des Soziologen Vivek Chibber zu einem klischeebeladenen und anti-aufklärerischen Programm.

3. Antisemitismus

Drittens sind postkoloniale Ansätze als akademische Begründungskontexte antisemitischer Ideen und Aktivismen zu kritisieren. Der Literaturkritiker Adam Kirsch hat in seinem kürzlich auch auf Deutsch erschienenen Buch zum Siedlerkolonialismus herausgearbeitet, wie am Beispiel der USA und Australiens entwickelte Vorstellungen über das Fortwirken europäischer

Kolonialität schablonenhaft auf Israel übertragen werden. Da die jahrhundertealte koloniale Landnahme Amerikas und Australiens heute kaum rückabzuwickeln sei, so Kirsch, verbleibe nur die Abschaffung Israels als einzig realer Praxisfall postkolonialer Programmatik.

Der Verweis auf „jüdische Stimmen“ im postkolonialen Chor spricht ihn nicht vom Vorwurf des Antisemitismus frei.

Die Vertreter dieser Programmatik verwahren sich gegen den Vorwurf, dies hätte irgendetwas

mit Antisemitismus zu tun. Kritik an der Existenz des Staates Israel sei legitim, Israel spiele in postkolonialen Ansätzen ohnehin kaum eine Rolle und auch viele jüdische Forscher verträten postkoloniale Ansätze. Auch hier ist wieder manches richtig, vieles aber auch verzerrt oder schlicht falsch. Tatsächlich ist zu diskutieren, ob der Antisemitismus Strukturmerkmal postkolonialer Theorien oder lediglich Ausdruck ihres antiwestlichen Weltbildes ist. Für den Publizisten Yascha Mounk lässt sich das kaum noch trennen. In den intersektionalen Diskursen postkolonialer Denker würden Israel und damit die israelischen Juden dem abzulehnenden Westen zugeschlagen und seien deshalb ebenfalls abzulehnen. Zumindest in Deutschland herrscht noch weitgehend Konsens, dass eine solche Ablehnung des Existenzrechts Israels als antisemitisch anzusehen ist.



Dem Westen den Rücken zugekehrt: Russlands Außenminister Lawrow forderte 2017 in München eine „postwestliche“ Weltordnung. Postkoloniale Denker dienen ihm und Gleichgesinnten dabei oft als nützliche Idioten.
Foto: © Alexander Shcherbak, TASS, Imago.

Auch der Verweis auf „jüdische Stimmen“ im postkolonialen Chor spricht ihn nicht vom Vorwurf des Antisemitismus frei. Er ist eher Hinweis auf die Dominanz postkolonialer Programme im westlichen Wissenschafts- oder Kulturbetrieb als auf eine breite Akzeptanz unter Jüdinnen und Juden. Wenn anderswo „indigene Perspektiven“ eine zentrale Rolle in postkolonialen Überlegungen spielen, scheint dies für Juden nicht zu gelten. Umso häufiger wird diese Rolle von den vermeintlich „indigenen“ Feinden Israels in Anspruch genommen. Für die Islamisten der Hamas, aber auch für viele andere Gegner des jüdischen Staates sind postkoloniale Diskurse und die in diesen vertretenen Diffamierungsvokabeln („Genozid“, „Apartheid“ und „Kolonialstaat“) hochwillkommene Stichworte und politisches Programm zugleich. Noch am Tag des Massakers vom 7. Oktober 2023 feierte die Boykottbewegung BDS den Angriff als Reaktion der „indigenen Palästinenser“ auf ethnische Säuberungen von „Apartheid Israel und des kolonialistischen Westens“.

4. Missbrauch durch Autokraten und Radikale

Dies macht viertens deutlich, dass sich postkoloniale Denker oft zu nützlichen Idioten jener machen, die Menschenrechte, Demokratie, Freiheit oder eben Israel und den Westen ablehnen. Die antiwestliche Selbstkritik westlicher Denker ist ein immer wichtigerer Verbündeter für die machtpolitischen Gegner des Westens. Bereits im Februar 2017 forderte der russische Außenminister Lawrow auf der Münchner Sicherheitskonferenz eine „post-westliche Weltordnung“ und sucht seither den Schulterchluss mit Gleichgesinnten. Der ultranationalistische russische Philosoph Aleksandr Dugin bemüht das Bild der Dekolonialisierung ebenso wie Hindunationalisten, chinesische Machtpolitiker und iranische Mullahs. Überall auf dem Globus werden postkoloniale Argumentationsmuster aktiviert, um autoritäre, reaktionäre und ethnonationalistische Politiken zu legitimieren.

Als erste verstanden hatten dies die Islamisten. Seit hundert Jahren propagieren sie den Islam

(und nicht den Westen) als Lösung aller Probleme. Der Kampf gegen Demokratie, Menschenrechte und Säkularismus, aber auch gegen Frauen, ethnische Minderheiten, Homosexuelle und Andersgläubige wird hier als indigene „muslimische Perspektive“ verbrämt. Wie wirkmächtig dies sein kann, lässt sich in den sozialen Medien und zunehmend auch auf deutschen Straßen beobachten. 2024 marschierten die Macho-Islamisten der Kalifatsbewegung durch Essen und Hamburg und griffen mit Slogans gegen „westliche und koloniale Unterdrückung“ Versatzstücke postkolonialer Rhetorik auf, um antidemokratische, antisemitische und antiwestliche Gesinnung zu propagieren. Nicht nur dieses Beispiel macht deutlich, wie sehr sich autoritäre und radikale Akteure zunehmend im postkolonialen Vokabular zurechtfinden. Eigentlich sollte dieses Phänomen bei Vertretern der Zukunft eine Welle der kritischen Selbstreflexion bewirkt haben. Davon ist fast nichts zu sehen. Nach wie vor gilt im postkolonialen Denken die Maxime, dass der „Globale Süden“ ausschließlich vom Westen befreit werden muss.

In früheren „Entwicklungsländern“ werden postkoloniale Begriffsprägungen als intellektuelle Selbstbeschäftigung betrachtet.

5. Keine Hilfe für den Süden

Aus diesem Grund helfen postkoloniale Perspektiven dem Süden auch wenig weiter. Die postkoloniale Entlarvung des Begriffs „Entwicklung“ als eurozentrisches Konzept beispielsweise mag intellektuell inspirierend gewesen sein, geholfen hat sie den Bewohnern der früheren „Entwicklungsländer“ nicht. Postkoloniale Begriffsprägungen sind hier weitgehend unbekannt oder werden als intellektuelle Selbstbeschäftigung westlicher oder westlich sozialisierter Elitenzirkel betrachtet. Vollends sinnentleert für die Betroffenen wird postkolonialer Aktivismus,

wenn er sich in symbolhaften Gesten verliert. Kulturbetriebe und Universitäten in den USA und Australien haben es sich beispielsweise zur Angelegenheit gemacht, die Landrechte Indigener in Form von kurzen Statements rituell anzuerkennen. Irgendwelche realen Folgen für die Gemeinden hat das selbstverständlich nicht.

Es waren Fleiß, geregelte Handelsbeziehungen und die Vorteile der Globalisierung, die Länder wie Indien, Malaysia oder Indonesien aus der Armut geführt haben. Fragt man in den Straßen von Kairo, Kinshasa und Karatschi, fordern die Menschen dementsprechend mehr Handel, Investitionen und weniger Belehrungen und Einmischungen. Dass die Ideen und Konzepte postkolonialer Theorien in vielen Ländern der Welt dennoch mittlerweile populärer Mainstream sind, hat eher mit ihrer machtpolitischen Nützlichkeit für die jeweiligen Eliten zu tun als mit ihrer Relevanz für die Lebenssituation der jeweiligen Bevölkerungen. Die postkoloniale Begeisterung für alles „Indigene“ und die Ablehnung westlicher Einmischung dient nicht westlichen Eliten als willkommenes Instrument der Ablenkung von den eigenen Verfehlungen. Und sie dient vor allem in einigen afrikanischen Ländern der Rechtfertigung eines zunehmenden Einflusses der neokolonialen Großmächte Russland und China.

Was kommt nach dem Postkolonialismus?

Wenn Aussagen über die Welt nur noch als machtpolitische Sprecherpositionen begriffen werden, gibt es keine objektiven Wahrheiten mehr. Globale Ordnungs- und Regelungssysteme, internationale Organisationen und Regime und letztlich das Völkerrecht werden so zu Konstruktionen einer kolonialen, westlichen Unterdrückungsordnung. Die diesen Systemen zugrundeliegenden menschen- und völkerrechtlichen Prinzipien werden nicht länger als universal gültig, sondern als zeit- und kontextspezifische „eurozentrische“ Perspektiven angesehen. Die realpolitischen Folgen dieses Perspektivwechsels sind überall sichtbar: Menschenrechtliche Standards werden ausgehöhlt, globale Institutionen und Regelwerke unterlaufen und demokratische

Prinzipien in Frage gestellt. Setzt sich das weiter fort, wird die postkoloniale Welt eine harte, interessengeleitete und machtzentrierte Welt sein – in jedem Fall eine andere als ihre Verfechter sie imaginieren. Postkoloniale Denker sägen damit ungewollt an dem Ast, auf dem sie sitzen und von dem aus sie ihre Thesen propagieren.

Umso wichtiger ist die kritische und sachgerechte Auseinandersetzung. Über Macht und Schuld nachzudenken ist nicht verwerflich. Die Konsequenzen des Schwindens westlichen Einflusses und die Erosion westlicher Institutionen zu reflektieren ist wichtig. Aber es bringt wenig, alles in einen Topf zu werfen. Gerade jetzt, wo sich manche Regierungen und politischen Akteure im Westen auf das Postkoloniale einschließen und alle möglichen Formen von Gerechtigkeitsdiskursen untergraben und diskreditieren, müssen konstruktive Alternativen zur Infragestellung einer regelbasierten Ordnung von rechts und links aufgezeigt werden. Dies ist eine Herausforderung für Wissenschaft, Gesellschaft und Politik gleichermaßen.

Die wichtigsten Antworten auf die postkolonialen Herausforderungen müssen im politischen Raum gegeben werden.

Im Bereich der Wissenschaft sind die Brücken zwischen Postkolonialen und ihren Kritikern weitgehend abgebrochen. Dabei existiert mittlerweile fundierte Literatur, die sich konstruktiv mit den Leer- und Schwachstellen postkolonialer Wissensproduktion auseinandersetzt. Diese kritische Auseinandersetzung sollte gefördert und ausgebaut werden. Vor allem wenn es um Antisemitismus, um die Rechtfertigung von autoritären Denkmustern oder um die Infragestellung universaler Menschenrechte geht, ist das Ignorieren dieser Kritik inakzeptabel. Aber auch die Kritiker des Postkolonialismus müssen sich diskursfähiger machen. Linke Aktivismen,

politische Agenden und offensichtlichen Blödsinn bekämpft man nicht, indem man ihn von rechts reproduziert.

Gesellschaftlich besteht noch viel Unwissenheit über Ausmaß und Relevanz der postkolonialen Wende. Ähnlich wie in vielen Teilen des akademischen Betriebs geht man in Kunst, Medien und öffentlicher Debatte der postkolonialen Simulation von Wissenschaftlichkeit und Überkomplexität immer noch viel zu oft auf den Leim. Ein kritisches Bewusstsein, dass sich dieses Denken in Universitäten, Kulturbetrieben, Parteien und Nicht-Regierungsorganisationen längst ebenso bemerkbar macht wie in der UN-Generalversammlung, auf Islamisten-Aufmärschen und bei Mai-Demonstrationen, ist noch viel zu gering ausgeprägt. Zwar mag sich manches, was heute als „postkolonial“ geschmäht wird, in der Rückschau als gesellschaftlicher Wandel erweisen. Doch der Skandal um die Documenta Fifteen hat deutlich gemacht, wie wachsam Gesellschaften sein müssen, wenn Hass und Abwertung in Gestalt des Progressiv-Indigenen daherkommen.

Die wichtigsten Antworten auf postkoloniale Herausforderungen müssen wahrscheinlich im politischen Raum gegeben werden. Innenpolitisch geht es um Finanzierungen und Kulturpolitik, um die Besetzung von Beiräten und Lehrstühlen – aber auch um politische Rhetorik und Programmatik. Außenpolitisch steht angesichts zunehmender Westkritik eine Stärkung der Westbindung im Sinne einer institutionellen Weiterentwicklung und Stärkung westlicher Bündnisse und Kooperationsstrukturen auf der To-do-Liste – trotz, mit und gerade wegen Trump. Notwendig wäre aber auch eine Neubelebung globaler und regionaler Kooperationsprozesse und -strukturen. Postkoloniales Denken wird weder die Konflikte im Nahen Osten oder in der Ukraine beenden noch für globalen Wohlstand sorgen, Frauen gleichberechtigten oder den Klimawandel bewältigen. Hierzu braucht es weltweite Allianzen, verlässliche Regelsysteme und kluge Diplomatie.

Der Regierungswechsel in Deutschland bietet da eine Chance. Die vorherige Bundesregierung hat

postkoloniale Begriffsumdeutungen und Annahmen allzu oft unbekümmert übernommen und mit ideologisch motivierten Belehrungen internationale Partner entfremdet. Jetzt bietet sich die Gelegenheit, derartige ideologische, aktivistische und sprachliche Verwirrungen hinter sich zu lassen und an der Gestaltung einer post-postkolonialen Weltordnung mitzuarbeiten.



Postkolonialismus in Wissenschaft, Politik und Gesellschaft

**Kulturimperialismus? Eurozentrismus? Dekolonisierung?
Restitution von kolonialem Raubgut? Rassistisch-
kolonialer Westen? Israel ein weißer Siedlerstaat?**

Postkoloniale Schlüsselbegriffe haben längst Eingang in alle Bereiche der Gesellschaft gefunden. Doch was steckt eigentlich dahinter – und wieso bedroht der postkoloniale Aktivismus unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt?



Auf dem Public-History-Portal „Geschichtsbewusst“ erläutern renommierte Wissenschaftler verschiedener Fachrichtungen, Publizisten und Journalisten den postkolonialen Angriff auf den Westen und die Freiheit, auf Demokratie und Universalismus. Ihre Beiträge informieren über die historische Entwicklung der postkolonialen Theorie und klären über ihre wichtigsten Vertreter und Akteure auf: von Frantz Fanon über Edward Said bis Achille Mbembe und Judith Butler.



[kas.de/postkolonialismus](https://www.kas.de/postkolonialismus)



GESCHICHTSBEWUSST

DAS PUBLIC-HISTORY-PORTAL DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG



**KONRAD
ADENAUER
STIFTUNG**

Handel mit Afrika

Neue alte Abhängigkeiten?



Foto: © Chris Troch, Dreamstime, imago.

Auf einen Blick

Verfechter neokolonialer Theorien vertreten die Auffassung, Probleme in der wirtschaftlichen Entwicklung afrikanischer Staaten seien durch fortwirkende Abhängigkeiten von westlichen Staaten zu erklären. Dies geht in mehrerlei Hinsicht an der Wirklichkeit vorbei.

Die USA und die EU haben afrikanischen Staaten in den vergangenen Jahrzehnten umfangreiche Zollerleichterungen und -befreiungen eingeräumt, auch wenn qualitative Produktstandards teils Handelshindernisse darstellen. Viele afrikanische Staaten weisen aber selbst hohe Hürden für Im- und Export auf.

Afrikanische Staaten haben sich je nach eingeschlagenem wirtschaftspolitischem Kurs seit der Unabhängigkeit höchst unterschiedlich entwickelt, was die Bedeutung interner Faktoren für den Wohlstand dieser Länder unterstreicht.

Die EU und die USA dominieren den Handel mit afrikanischen Staaten heute nicht mehr wie vor einigen Dekaden. Asiatische Staaten und an erster Stelle China sind inzwischen ebenfalls wichtige Handelspartner Afrikas.

In der Umsetzung der geplanten afrikanischen Freihandelszone liegen große Chancen für den innerafrikanischen Handel, aber auch für die EU.



Anja Berretta ist Leiterin des Regionalprogramms
Wirtschaft Afrika der Konrad-Adenauer-Stiftung mit
Sitz in Nairobi.

In den vergangenen Jahrzehnten wurde immer wieder nach Ursachen gesucht, die erklären, warum Subsahara-Afrika regelmäßig das Schlusslicht bei globalen Erhebungen zum sozioökonomischen Fortschritt ist. Während beispielsweise Jeffrey Sachs in seinem Buch „The End of Poverty“ argumentiert, durch einen „big push“ an Wissen und finanzieller Unterstützung könnten ausbleibende Fortschritte überwunden werden¹, argumentiert die sambische Ökonomin Dam-bisa Moyo genau gegenteilig: Die Unterstützung afrikanischer Länder im großen Stil behindere Wirtschaftswachstum auf dem Kontinent mehr als dass sie helfe, entlassene Regierungen aus ihrer Verantwortung und reduziere diese zu Bittstellern.² Dazwischen gibt es zahlreiche andere Entwicklungsökonominnen, die Ursachen auch bei Eliten, staatlichen Institutionen und gesellschaftlichen Strukturen sehen. Vertreter des Postkolonialismus wiederum vertreten die Ansicht, „dass die Geschichte des Kolonialismus mit der formalen Unabhängigkeit [...] nicht vorbei war“³ und weiterhin bestehende Abhängigkeiten von den ehemaligen Kolonialmächten, oder ganz pauschal „dem Westen“, Wachstum und Wohlstand auf dem afrikanischen Kontinent bis heute verhindern. Besonders häufig wird in diesem Zusammenhang auf die Ausbeutung der afrikanischen Rohstoffe hingewiesen, welche maßgeblich schuld an der ausbleibenden wirtschaftlichen Entwicklung des afrikanischen Kontinents sei.⁴ Durch neokoloniale⁵ Strukturen würden westliche Länder im Handel begünstigt und afrikanische Länder ausgebeutet, denn während Afrika Rohstoffe wie Öl oder Mineralien exportiere, müsse der Kontinent fertige Industrieprodukte importieren, was zu einem Ungleichgewicht im Handel führe und Industrialisierung und Entwicklung verhindere. Durch Handelsbarrieren bleibe Afrika zudem die Teilhabe am Welthandel vorenthalten, so die Argumentation.

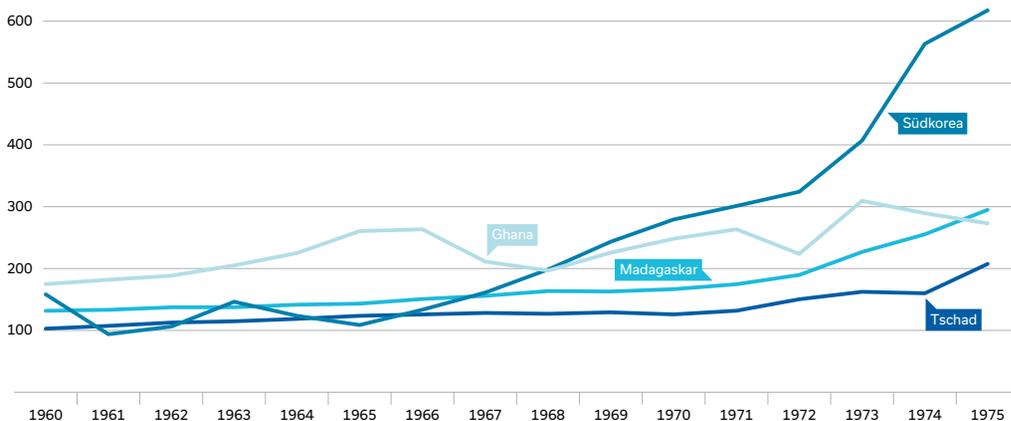
Afrikanische Länder exportieren vorwiegend unverarbeitete Rohstoffe

Tatsächlich exportieren afrikanische Staaten hauptsächlich unverarbeitete Rohstoffe (Erdöl und Erdgas, Mineralien und Metalle), woran sich in den vergangenen 30 Jahren nichts geändert hat. Abhängig von Weltmarktpreisen machen unverarbeitete Rohstoffe zwischen 60 und 89 Prozent des gesamten afrikanischen Exportvolumens aus,⁶ das zudem sehr unterschiedlich innerhalb des Kontinents verteilt ist. Zwischen 2016 und 2020 haben Südafrika, Nigeria, Ägypten, Angola und Marokko mehr exportiert als der Rest des Kontinents zusammen.⁷

Richtig ist auch, dass der Export von unverarbeiteten Rohstoffen für Länder viele Nachteile hat: Die Förderung von Brennstoffen und der Abbau von Erzen und Metallen sind kapitalintensiv, aber schaffen nur wenige Arbeitsplätze. Oftmals werden die Gewinne nicht vor Ort reinvestiert, sondern außer Landes gebracht. Es profitiert nur ein begrenzter Personenkreis und nicht die heimische Industrie. Rohstoffpreise sind zudem volatil und unterliegen starken Wechselkursschwankungen, was die Länder anfällig für externe Schocks macht und die nationale Haushaltsplanung erschwert.

Während viele asiatische Länder seit den 1960er-Jahren auf eine systematische Diversifizierung ihrer Produktion gesetzt haben und staatlich geförderte Exportstrategien umsetzten, haben es afrikanische Länder größtenteils versäumt, Gewinne aus Rohstoffexporten in die Weiterentwicklung ihrer Industriezweige zu investieren. So war zum Beispiel das Pro-Kopf-Einkommen in Ghana, Tschad oder Madagaskar im Jahr 1965 höher als in Südkorea⁸, eine strategische Fokussierung auf Exportproduktion für den Weltmarkt

Abb. 1: Wirtschaftsleistung pro Kopf in ausgewählten Ländern 1960 bis 1975 in US-Dollar



Quelle: eigene Darstellung nach Weltbankgruppe 2025, N. 8.

und eine Diversifizierung der angebotenen Güter trugen jedoch zum wirtschaftlichen Aufstieg Südkoreas in den folgenden Jahren bei. Gleichzeitig konnte das Land durch die Umstrukturierung von billigen Produkten zu hochwertigen Gütern viele Arbeitsplätze schaffen. Allgemein wuchs das Bruttoinlandsprodukt in Asien ab Anfang der 1970er-Jahre mehr als doppelt so stark wie in den Industrieländern. Anders als in Afrika, wo Wachstum größtenteils im Export von Rohstoffen begründet lag, war in Asien der Strukturwandel ursächlich für Wirtschaftswachstum.⁹ Auch der herausragende Erfolg der chinesischen Wirtschaft, welcher ebenfalls auf einem exportbasierten Wachstum beruhte, belegt dies eindrücklich.

Mehr als 90 Prozent der afrikanischen Exporte gelangten 2023 zollfrei in die EU.

Verschiedene Studien belegen, dass Länder mit einer stärker diversifizierten Produktions- und Exportstruktur ein höheres Pro-Kopf-Einkommen haben und Länder, die höher verarbeitete Produkte herstellen und exportieren, tendenziell schneller wachsen.¹⁰ Afrika hingegen hat sich seit den 1970er-Jahren deindustrialisiert¹¹ – und

zwar in zweifacher Hinsicht: Zum einen ist der Anteil der Arbeitsplätze im verarbeitenden Gewerbe rückläufig, zum anderen ist die Exportstruktur weniger diversifiziert und die Warenherstellung weniger komplex geworden.¹²

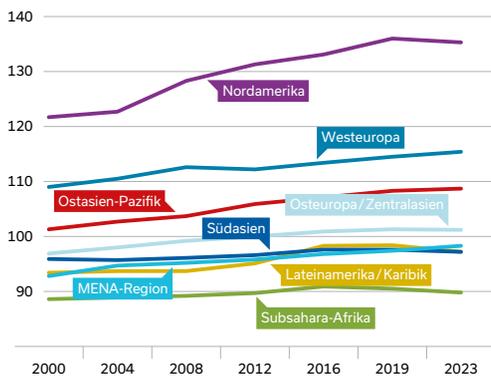
Vielen afrikanischen Ländern ist es folglich seit ihrer Unabhängigkeit nicht gelungen, Exportstrategien zu implementieren, die auf Diversifizierung und die Ansiedlung von verarbeitender Industrie abzielen. Dass afrikanische Länder hauptsächlich Rohstoffe exportieren, ist eine Folge des Exportmodells und der Exportstrategie dieser Länder und nicht auf neokolonialistische Strukturen zurückzuführen.

Kein Opfer hoher Handelsbarrieren

Für Afrika ist die Europäische Union der wichtigste Handelspartner. Rund 26 Prozent aller importierten Waren kommen aus der EU, gefolgt von China mit 15 Prozent. Diese Zahlen decken sich mit den Zielen für Exporte afrikanischer Waren: 26 Prozent werden in die EU exportiert, 15 Prozent nach China. Für die EU und China hingegen ist der Handel mit Afrika eine zu vernachlässigende Größe und macht nur 2,2 beziehungsweise 3,9 Prozent des Handels aus. Es ist somit eindeutig, dass zwischen Afrika und diesen Regionen ein Handelsungleichgewicht besteht, welches für Afrika unvorteilhaft ist. Hinzu kommt, dass Afrika rund ein Fünftel der globalen

Bevölkerung beheimatet, aber nur rund 4,8 Prozent des globalen Bruttoinlandsproduktes erwirtschaftet¹³ – damit liegt die volkswirtschaftliche Leistung des gesamten afrikanischen Kontinents zwischen der Leistung von Japan und Indien.¹⁴

Abb. 2: Wirtschaftliche Diversifizierung in verschiedenen Weltregionen 2000 bis 2023 (EDI-Score)



Im Global Economic Diversification Index (EDI) werden die Diversifizierung von Handel und Produktion und die verschiedenen Einnahmequellen sowie die Diversifizierung der Staatseinnahmen gemessen. Quelle: Prasad, Aathira et al. 2025: Global Economic Diversification Index 2025, Mohammed Bin Rashid School of Government, S. 30, in: <https://ogy.de/17rj> [07.06.2025].

Durch gezielte Maßnahmen haben Industrieländer in den vergangenen Jahren jedoch versucht, afrikanischen Unternehmen den Zugang zu internationalen Märkten zu erleichtern. Handelsvereinbarungen zwischen der EU und Afrika ermöglichen 19 Ländern Afrikas bessere Zugänge, weitere 35 Länder Afrikas haben unter dem Everything but Arms-Abkommen zoll- und quotenfreien Zugang zum EU-Markt, und mehr als 90 Prozent der afrikanischen Exporte gelangten 2023 ohne Zollabgaben in die EU.¹⁵ Dies bietet afrikanischen Exporteuren einen transparenten und einfachen Zugang. Der African Growth and Opportunity Act (AGOA) der US-Regierung regelt seit dem Jahr 2000 eine quoten- und zollfreie Einfuhr von verschiedenen Produkten in die USA mit dem Ziel, Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen

Subsahara-Afrika und den USA zu verbessern. Unter Präsident Trump ist die Zukunft von AGOA ungewiss, in der Vergangenheit zumindest haben viele Länder und Industrien, darunter die Textil- und Automobilindustrie, von den günstigen Einfuhrbestimmungen unter AGOA profitiert.¹⁶ Entgegen der weit verbreiteten Annahme, die EU und andere Industriestaaten würden ihre Märkte gegenüber Afrika durch hohe Handelsbarrieren abschotten, belegen das Everything but Arms-Abkommen sowie AGOA das Gegenteil.

Afrikanische Länder weisen hohe Barrieren für Import und Export auf.

Allerdings stellen hohe qualitative europäische Standards, gerade im Bereich von Agrarprodukten, oftmals eine nichttarifäre Handelsbarriere dar. Etwas differenzierter müssen die Handelsbeziehungen auch unter den EU-Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (Economic Partnership Agreements, EPAs) bewertet werden. Schwellenländer und Länder mit mittlerem Einkommen profitieren von besseren EU-Marktzugängen, müssen dafür im Gegenzug aber auch selbst ihre Märkte öffnen. Die in den Abkommen festgelegten Bedingungen sind zum Teil umstritten¹⁷, und Kritiker bemängeln, dass die Handelsreformen afrikanischen Wachstumsmärkten eher schaden als nützen könnten. An dieser Stelle kann keine abschließende Bewertung dieser Strukturreformen vorgenommen werden, aber es bleibt doch zu konstatieren, dass auch die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen darauf abzielen, Zölle und Quotenregeln zu reduzieren und somit den Marktzugang für afrikanische Waren erleichtern.

Verschiedene Statistiken wie zum Beispiel der International Trade Barrier Index¹⁸ oder der Services Trade Restrictions Index der Weltbank¹⁹ messen, inwiefern die Handelspolitik eines Landes internationalen Handel begünstigt oder beschränkt. Diese Indizes kommen zu dem Ergebnis, dass afrikanische Länder hohe nationale Marktbarrieren für Import und Export

aufweisen, die sowohl tarifär als auch nicht-tarifär sind. Zu den nichttarifären Barrieren gehören lange und aufwendige Zollabfertigung, Probleme bei der Beschaffung von Aus- und Einfuhrbescheinigungen und Zertifizierungen von Hygienestandards. Zollrückerstattungs-, Zollbefreiungs- und Mehrwertsteuererstattungsregelungen sind oft nur schwer durchschaubar, langwierig und aufwendig, was zu erheblichen Verzögerungen führt. Die UN-Welthandelsorganisation UNCTAD geht davon aus, dass technische Anforderungen, ineffiziente Zollprozesse und andere Probleme beim Im- und Export afrikanischen Handel dreimal stärker verringern als die Zölle selbst.²⁰

Wirtschaftsentwicklung ehemaliger afrikanischer Kolonien nicht einheitlich

Pauschal davon zu sprechen, dass Afrika ein „Objekt ist, welches zum Opfer ausländischer Subjekte“ geworden ist²¹, wie es oftmals bei

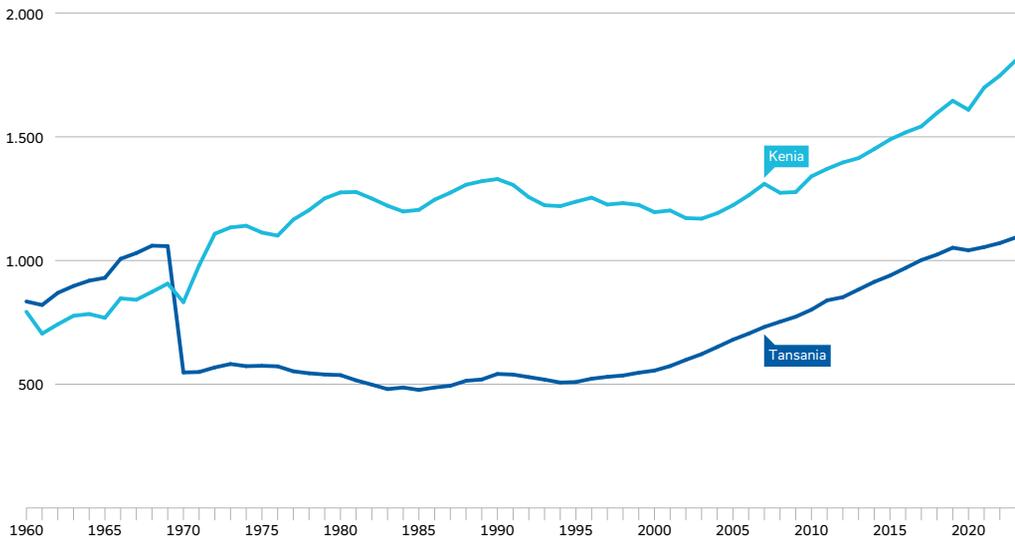
Vertretern der neokolonialistischen Theorie nachzulesen ist²², ist in vielerlei Hinsicht problematisch. Die 54 afrikanischen Staaten als ein Afrika zusammenzufassen, verkennt die höchst heterogene Entwicklung, die viele Länder nach ihrer Unabhängigkeit vollzogen haben. Der Afrikaexperte Nic Cheeseman weist darauf hin, dass sich in den nächsten Jahren der Trend der Heterogenität weiter verstärken wird, sowohl in Bezug auf die wirtschaftliche als auch die demokratische Entwicklung afrikanischer Länder.²³

Folgende Beispiele zeigen dies eindrücklich. Als Kenia und Tansania in den 1960er-Jahren ihre Unabhängigkeit von Großbritannien erlangten, hatten sie ein ähnliches Pro-Kopf-Einkommen, welches hauptsächlich aus Erträgen der Landwirtschaft stammte. Während Tansania unter Präsident Julius Nyerere Unternehmen verstaatlichte und ein sozialistisches Staatsmodell einführte, zeichnet sich Kenia seit seiner Unabhängigkeit durch eine liberale Wirtschaftspolitik²⁴



Diversifizierung Fehlanzeige: Viele afrikanische Staaten exportieren auch heute noch hauptsächlich unverarbeitete Rohstoffe, darunter Mineralien und Metalle. Foto: © Harold Bonacquist, Dreamstime, Imago.

Abb. 3: Entwicklung des Pro-Kopf-Einkommens in Kenia und Tansania 1960 bis 2023 in US-Dollar



Quelle: eigene Darstellung nach Weltbankgruppe 2025: GDP per capita (constant 2015 US\$) – Kenya, Tanzania, 05.06.2025, in: <https://ogy.de/I598> [08.06.2025].

und marktwirtschaftliche Strukturen aus. Das Pro-Kopf-Einkommen in Kenia wuchs seit 1960 von 793 US-Dollar auf 1.800 US-Dollar. In Tansania wuchs es von 834 auf 1.092 US-Dollar. Somit sind Kenianer heute 70 Prozent reicher als ihre tansanischen Nachbarn.

Simbabwe wurde unter Präsident Robert Mugabe heruntergewirtschaftet.

Der Internationale Währungsfonds prognostiziert, dass Kenia im Jahr 2025 das wirtschaftlich stärkste Land in Ostafrika werden wird. Laut IWF hat Kenia die negativen wirtschaftlichen Folgen der Pandemie im Vergleich zu anderen Ländern der Region besser verkraftet. Bisher dominierte Äthiopien die ostafrikanische Wirtschaft. Nachdem die Regierung im vergangenen Jahr den Wechselkurs der nationalen Währung Birr im Vergleich zum US-Dollar liberalisierte und somit den kontrollierten Wechselkurs aufgab, verlor der Birr jedoch massiv an Wert.²⁵ Für die gute Performance Kenias hingegen werden

eine offene Marktwirtschaft, diversifizierte Einkommensströme und die Stabilität des kenianischen Schillings als Gründe genannt.²⁶

Auch der Vergleich zwischen Botswana und Simbabwe unterstreicht, dass politische Entscheidungen maßgeblich für wirtschaftliche Entwicklung sind. Botswana wurde 1966 unabhängig, Simbabwe 14 Jahre später. Zum Zeitpunkt seiner Unabhängigkeit war Botswana ärmer als das Nachbarland Simbabwe, welches jedoch nach seiner Unabhängigkeit 1980 keinen wirtschaftlichen Aufschwung erfuhr. Obwohl Simbabwe über viele Rohstoffe verfügt und einst als die Kornkammer Afrikas galt, wurde das Land unter Präsident Robert Mugabe heruntergewirtschaftet: Ausgebildete Fachkräfte wanderten aus, private Investoren wurden durch inkohärente Politik und grassierende Korruption sowie Landreformen und Enteignungen abgeschreckt.²⁷

Mauritius, ein kleiner Inselstaat fernab von Handelspartnern, wurde 1968 unabhängig von Großbritannien. Seit der Unabhängigkeit hat sich das Pro-Kopf-Einkommen von 1.522 US-Dollar auf 11.319 US-Dollar um mehr als das Siebenfache erhöht, und heute hat das Land das höchste

Pro-Kopf-Einkommen Afrikas. Zu Beginn der 1970er-Jahre leitete das Land eine umfassende wirtschaftliche Transformation weg von der Zuckerrohrproduktion, damals die dominierende Einkommensquelle, hin zu einem diversifizierten Exportmodell ein. Als Grund für die erfolgreiche Entwicklung wird ein Mix aus politischer Stabilität, gefestigten staatlichen Institutionen, niedriger Korruption und einem gutem regulatorischen Umfeld sowie einer starken Fokussierung auf internationalen Handel genannt, die ein liberales Investitionsumfeld und hohe fiskalische Anreize für Unternehmen einschließt.²⁸ Mauritius ist zudem das Land mit den niedrigsten Zöllen weltweit.²⁹ Madagaskar hingegen, der größere Nachbar von Mauritius, begann sich nach der Unabhängigkeit 1960 abzuschotten, private ausländische Firmen zu verstaatlichen und privates Farmland zu nationalisieren. War Madagaskar zu Beginn seiner Unabhängigkeit noch ein Land mit mittlerem Einkommen,³⁰ gehört es heute zu den wenigen Ländern weltweit, die in den vergangenen 50 Jahren ärmer geworden sind.

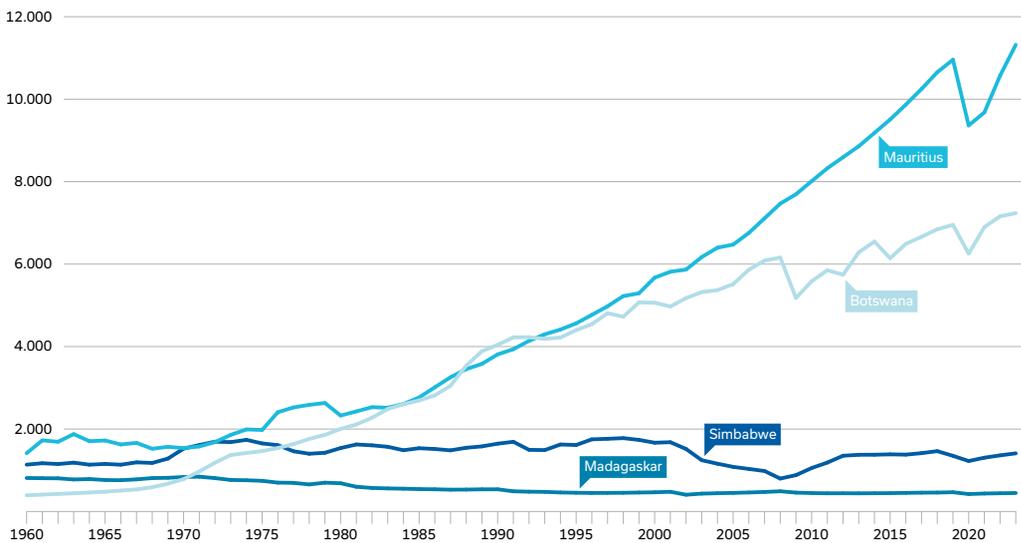
haben. Auch ignoriert diese eindimensionale Sichtweise, dass die unabhängigen Staaten des Kontinents eigene Gestaltungsmacht haben, die einige zu einem gesamtgesellschaftlichen Vorteil genutzt haben. Ausbleibende wirtschaftliche und soziale Verbesserungen auf das Fortbestehen ungleicher Machtbeziehungen zu verengen, wird der unterschiedlichen Entwicklung afrikanischer Länder nicht gerecht und redet vor allem den Erfolg derjenigen Länder klein, die in den vergangenen Jahrzehnten unter teilweise schwierigen Rahmenbedingungen den Aufstieg zu Schwellenländern oder, wie im Falle von Mauritius, den Aufstieg zu einem Land mit mittlerem Einkommensniveau geschafft haben.

Befremdlich ist, dass mit dem Begriff des Neokolonialismus antiwestliche Ressentiments geschürt werden.

Eine pauschale Reduzierung Afrikas auf einen ausgebeuteten Kontinent verkennt folglich, dass sich Länder höchst unterschiedlich entwickelt

Zum anderen würde es bedeuten, dass es afrikanischen Ländern in den vergangenen Jahrzehnten nicht gelungen ist, eigene politische

Abb. 4: Entwicklung des Pro-Kopf-Einkommens ausgewählter afrikanischer Länder 1960 bis 2023 in US-Dollar



Quelle: eigene Darstellung nach Weltbankgruppe 2025: GDP per capita (constant 2015 US\$) – Botswana, Madagascar, Zimbabwe, Mauritius, 05.06.2025, in: <https://ogy.de/lsb6> [08.06.2025].

Verantwortung für ihre wirtschaftliche Entwicklung zu übernehmen und sie lediglich ein Objekt in Abhängigkeit von anderen Mächten sind. Diese Art von Paternalismus reproduziert jedoch eine koloniale Sicht auf Afrika als abhängigen Kontinent und spricht Afrikanerinnen und Afrikanern jeglichen Einfluss auf ihre eigene Handlungsfähigkeit ab.³¹ Dass Liberia und Äthiopien, die einzigen Länder auf dem afrikanischen Kontinent, die nicht kolonialisiert waren, zudem sehr ähnliche wirtschaftliche und politische Entwicklungen genommen haben, lässt sich mit der neokolonialistischen Theorie der neuen alten Abhängigkeit ebenfalls nicht vereinbaren.

Internationale Beziehungen Afrikas nicht mehr allein vom Westen geprägt

Afrika spielt im Welthandel bisher keine gewichtige Rolle, trotzdem unterhalten auch afrikanische Länder globale Wirtschaftsbeziehungen und entscheiden eigenständig, mit wem sie Handel betreiben. Längst schon wird der globale Handel nicht mehr von westlichen Industriestaaten dominiert, vielmehr sind auch asiatische Länder, allen voran China, wirtschaftliche Schwergewichte. Dies hat sich auch auf die Handelsbeziehungen Afrikas ausgewirkt. Zwischen 2014 und 2023 lag der Anteil der EU am afrikanischen Handel im Durchschnitt bei rund 27 Prozent, in den 1990er-Jahren waren es noch 48 Prozent. In derselben Zeit stieg der Handel Afrikas mit China und Indien von rund 9 auf 23 Prozent.³²

Ebenso wie westliche Industrieländer importiert China hauptsächlich Rohstoffe, Mineralien und Metalle aus Afrika und exportiert im Gegenzug verarbeitete Produkte wie zum Beispiel Maschinen oder Elektronik. Darüber hinaus hat China im vergangenen Jahrzehnt enorm in die Infrastruktur Afrikas investiert und im Gegenzug oft bevorzugten Zugang zu strategischen Rohstoffen erhalten. Anders als die EU unternimmt China bisher jedoch keine großen Anstrengungen, verarbeitendes Gewerbe und Beschäftigungsmöglichkeiten auch in Afrika zu schaffen. Zwar hat das chinesische Modell vielen afrikanischen Ländern schnell zu der dringend benötigten Infrastruktur verholfen, aber es ist fraglich, inwiefern

es bisher zu nachhaltigem Wirtschaftswachstum beigetragen hat.

Vor diesem Hintergrund wirkt es befremdlich, dass mit dem Begriff des Neokolonialismus auch antiwestliche Ressentiments geschürt werden, laut denen die unterdrückten Länder Afrikas von westlicher Ausbeutung befreit werden müssen, denn die globalen und diversen Handelsbeziehungen afrikanischer Länder beweisen, dass sich die Handelsbeziehungen nicht (mehr) auf die EU reduzieren lassen.

Schlechte Regierungsführung, Missmanagement und Korruption schrecken potenzielle Investoren ab.

Politische Verantwortlichkeit afrikanischer Mandatsträger nicht außer Acht lassen

Neokoloniale Theorien machen externe Faktoren dafür verantwortlich, dass der afrikanische Kontinent im Vergleich zu anderen Weltregionen wirtschaftlich hinterherhinkt. Diese Sichtweise ist nicht nur pauschal und ignoriert die Heterogenität afrikanischer Staaten, sie lässt auch interne Faktoren außer Acht und verkennt, dass „der Mangel an guter Regierungsführung und fragwürdige Politikexperimente viele postkoloniale Probleme mindestens mitbegünstigt [haben]“,³³ wie die Beispiele Simbabwe und Madagaskar eindrücklich zeigen. Hierzu schreibt der Nigerianer Ejike Raphael Nnamdi passend: „Mehr als 60 Jahre nach der Unabhängigkeit fragt man sich, warum der Kolonialismus immer noch als Sündenbock für unsere Untätigkeit angesehen wird. Bedeutet es, dass außer dem Kolonialismus und seinen Begleiterscheinungen als externe Faktoren keine internen Faktoren für unsere missliche Lage verantwortlich sein können? Wer trägt die Schuld für die interne Probleme, wenn sie doch vorhanden sind?“³⁴

In diesem Kontext muss auch die Tatsache, dass Handelspartnerschaften und Abkommen mit





Positivbeispiel: Mauritius hat seit den 1970er-Jahren eine liberale Handelspolitik verfolgt und seine Exportstruktur bewusst diversifiziert. Damit ist es zu einem Land mit mittlerem Einkommen aufgestiegen. Foto: © Vale T, Panthermedia, Imago.

internationalen Unternehmen nicht immer den größtmöglichen gesamtwirtschaftlichen Nutzen für die Bevölkerung mit sich bringen, eingeordnet werden. Besonders Rohstoffabkommen werden oft hinter verschlossenen Türen verhandelt, was Korruption begünstigt. Die genauen Einnahmen der Regierung durch Rohstoffabkommen sind nicht bekannt, aber es entgehen dem Staat Steuereinnahmen, die wiederum für die sozioökonomische Entwicklung fehlen. Schlechte Regierungsführung, Korruption und Missmanagement schrecken zudem potenzielle Investoren ab, denn sie verteuern die Geschäftskosten um bis zu 40 Prozent im Vergleich zu anderen Entwicklungs- und Schwellenregionen.³⁵

Afrikanische Gestaltungsmacht nimmt zu

Es steht außer Frage, dass die Kolonialisierung in afrikanischen Ländern Auswirkungen auf soziale, gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung hatte, deren negative Folgen noch immer

spürbar sind. Daher ist es richtig und wichtig, dass sich Länder wie Frankreich, Großbritannien und Deutschland zu ihrer kolonialen Vergangenheit bekennen und bereit sind, die Kolonialgeschichte aufzuarbeiten und sich für koloniales Unrecht zu entschuldigen. Jedoch sind afrikanische Länder wirtschaftlich längst nicht mehr abhängig von ihren ehemaligen Kolonialmächten und entscheiden selbstständig, mit wem sie handeln. Gleichzeitig haben internationale Handelsbeziehungen in den vergangenen Jahrzehnten vielen afrikanischen Ländern zu wachsendem Wohlstand verholfen – sofern diese Länder ihre Gestaltungsmacht nach der Unabhängigkeit zur Verbesserung des gesamtwirtschaftlichen Wohlstands genutzt haben.

Mit der Ausweitung der Handelsbeziehungen hat sich auch die Präsenz afrikanischer Länder in multilateralen Foren wie den Vereinten Nationen, den G20 oder auch den BRICS, denen Südafrika, Äthiopien und Ägypten angehören, intensiviert.

Südafrika, das in diesem Jahr den Vorsitz der G20 innehat, räumt der wirtschaftlichen Entwicklung des Kontinents einen besonders hohen Stellenwert ein und es ist zu erwarten, dass im Laufe des Jahres Themen wie Industrialisierung, Weiterverarbeitung von Rohstoffen, Handelspartnerschaften und die beschlossene afrikanische Freihandelszone (AfCFTA) bei hochrangigen Treffen von Staats- und Regierungschefs eine Rolle spielen werden.³⁶ Angesichts der aktuellen geopolitischen Situation und der verringerten Zusammenarbeit der USA mit Afrika liegt hier eine Chance für die EU, sich als langfristiger und zuverlässiger Partner auf dem Kontinent zu beweisen und diese Anliegen zu unterstützen.

Afrikas Absatzmärkte und Ressourcen werden an Bedeutung gewinnen.

Intensivierte Handelsbeziehungen für Afrika und Europa von Vorteil

Afrikanische Länder unterhalten Handels- und Wirtschaftsbeziehungen mit vielen Staaten, zunehmend auch mit Ländern außerhalb Europas und der USA. Diese Entwicklung sollte die EU nicht ignorieren: Aus geostrategischer Perspektive werden die Handelsbeziehungen mit Afrika wichtiger, nicht zuletzt, weil die Zukunft der transatlantischen Partnerschaft ungewiss ist. Die Afrikanische Union treibt die Umsetzung einer afrikanischen Freihandelszone voran, welche enorme Chancen auch für europäische und deutsche Unternehmen bietet: In 40 Jahren werden mehr Menschen in Afrika wohnen als in Indien und China zusammen.³⁷ Eine wachsende Mittelschicht in Afrika wird verstärkt Produkte aus dem Ausland nachfragen. Gleichzeitig bietet die Freihandelszone für ausländische Unternehmen die Möglichkeit, vor Ort zu produzieren und von der Arbeitskraft der jungen Bevölkerung zu profitieren. Zur Schaffung der Freihandelszone müssen jedoch noch enorme Anstrengungen unternommen werden, auch dies sollte offen und ehrlich diskutiert werden.

Oft scheint es, als fehle es auf afrikanischer Seite an politischem Willen, Handelsbarrieren abzubauen und Märkte zu öffnen. Dabei können afrikanische Länder von stärkerem innerafrikanischem Handel ebenfalls enorm profitieren: Derzeit umfasst der innerafrikanische Handel nur 16 Prozent des gesamten Handelsvolumens des Kontinents und liegt damit deutlich unter dem innereuropäischen Handel (67 Prozent) und dem innerasiatischen Handel (60 Prozent). Allerdings machen Industrieerzeugnisse bereits fast die Hälfte der gehandelten Waren aus. Dies lässt darauf schließen, dass die Freihandelszone, sobald realisiert, ein großes Potenzial für die Industrialisierung in den afrikanischen Ländern bedeutet.³⁸ Die Ungewissheit über die künftigen US-Zölle auf afrikanische Exporte und die ungeklärte Zukunft von AGOA sollten dazu führen, endlich die Ausweitung des internen afrikanischen Handels als wirtschaftliche Priorität zu betrachten. Bereits vor der Vollendung einer afrikanischen Freihandelszone kann die EU den Kontinent bei der Umsetzung von Reformen unterstützen, die den Abbau von Handelshemmnissen, sowohl tarifär als auch nichttarifär, mit sich bringen. Auch dies liegt im Interesse der EU, denn nur so können europäische Unternehmen ihr Afrikageschäft rentabler machen.

Aber nicht nur Absatzmärkte in Afrika werden künftig an Bedeutung gewinnen, sondern auch Afrikas Ressourcen. Viele strategische Mineralien und Metalle, die für die Energiewende und kohlenstoffarme Technologien weltweit benötigt werden, befinden sich in Afrika. Es gibt ein globales Interesse, sich Zugang zu diesen Rohstoffen zu sichern, teilweise unter fragwürdigen Bedingungen. China hat sich oftmals Zugang zu kritischen Rohstoffen gesichert, deren Wert um ein Vielfaches höher ist als das fertiggestellte Infrastrukturprojekt. Ein „Mineralien-für-Sicherheit“-Abkommen³⁹ zwischen den USA und der Demokratischen Republik Kongo sieht vor, dass US-Firmen bevorzugten Zugang zu Rohstoffvorkommen erhalten, im Gegenzug sichern die USA militärische Unterstützung zur Beendigung des gewaltsamen Konfliktes im Land zu. In Westafrika soll mit finanzieller Unterstützung der USA von der US-amerikanischen Firma Ivanhoe

Atlantic der Liberty Corridor zwischen Guinea und Liberia ausgebaut werden, was nicht nur die Infrastruktur beider Länder verbessert⁴⁰, sondern dem Bergbauunternehmen auch den Abtransport von Eisenerz aus seinen Minen in beiden Ländern erheblich erleichtern dürfte.

Afrikanische Länder sind in einer strategischen Position und können das Interesse an ihren Rohstoffen zum eigenen Vorteil nutzen, was der neokolonialistischen Sichtweise auf Afrika weiter Substanz entziehen dürfte. Auch Europa sollte sich seinen Platz am Verhandlungstisch sichern, stärker als bisher auch die eigenen wirtschaftlichen Interessen konkret formulieren und hervorheben, dass beide Seiten von intensivierten Handelsbeziehungen profitieren können.

- 1 Sachs, Jeffrey D. 2005: *The End of Poverty: Economic Possibilities for Our Time*, Chicago.
- 2 Moyo, Dambisa 2010: *Dead Aid: Why Aid Is Not Working and How There Is a Better Way for Africa*, Chicago.
- 3 Conrad, Sebastian 2012: *Kolonialismus und Postkolonialismus: Schlüsselbegriffe der aktuellen Debatte*, *Aus Politik und Zeitgeschichte* 44-45, Bundeszentrale für politische Bildung, 23.10.2012, in: <https://ogy.de/m1eq> [07.06.2025].
- 4 Phillips, Ivory 2024: *African countries are resisting neo-colonialism by banning the exporting of raw materials*, *Jackson Advocate*, 03.12.2024, in: <https://ogy.de/f5x7> [31.05.2025]; Manjonjo, Kudakwashe / Mokgonyana, Karabo 2024: *Foreign countries are lining up to exploit Africa's critical minerals*, *London School of Economics and Political Science*, 28.10.2024, in: <https://ogy.de/sq5m> [31.05.2025].
- 5 Im folgenden Text wird der Begriff „Neokolonialismus“ in Anlehnung an den Historiker Andreas Eckert benutzt, welcher Neokolonialismus wie folgt definiert: „Neokolonialismus ist ein politischer Kampfbegriff aus den 60er und 70er Jahren. Er beschreibt die Strukturen kolonialer Herrschaft, die weiter bestehen, obwohl die europäische Kolonialherrschaft formal beendet ist. Im Unterschied zum früheren Kolonialismus sind die Länder Europas etwa nicht mehr direkt in der Regierung und Verwaltung der ehemaligen Kolonien involviert. Aber sie üben weiterhin Einfluss auf die Wirtschafts- und Strategiepolitik aus.“ Eckert, Andreas 2024: *Ein EU-Huhn ist in Afrika billiger als ein lokales Huhn*, Interview, in: <https://ogy.de/bdit> [09.05.2025]. Weiterhin gehen Vertreter des Neokolonialismus davon aus, dass er in der Regel nicht durch direkte politische Kontrolle, sondern durch wirtschaftliche Abhängigkeit und ungleiche Handelsbeziehungen aufrechterhalten wird. Da im Text Wirtschaft und Handelsbeziehungen afrikanischer Länder im Mittelpunkt stehen, scheint es passender von Neokolonialismus als einer „neuen Form des Kolonialismus“ zu sprechen, statt den Begriff „Postkolonialismus“ zu verwenden, welcher als Überwindung oder Dekonstruktion von Kolonialismus und kolonialen Strukturen interpretiert werden kann.
- 6 MacLeod, Jamie / Luke, David 2023: *Trade and investment flows and a perspective for analysing trade policy in Africa*, in: Luke, David (Hrsg.): *How Africa Trades*, London, S. 1-22, hier: S. 3.
- 7 Ebd.
- 8 Weltbankgruppe 2025: *GDP per capita (current US\$) - Ghana, Madagascar, Chad, Korea, Rep.*, 05.06.2025, in: <https://ogy.de/n2gl> [07.06.2025].
- 9 Nayyar, Deepak 2019: *Learning from a Half-Century of Economic Development in Asia*, *UNU-WIDER Policy Brief* 3/2019, 08/2019, in: <https://ogy.de/q76m> [09.05.2025].

- 10 Hodey, Louis / Oduro, Abena / Senadza, Bernardin 2015: Export diversification and economic growth in Sub-Saharan Africa, in: *Journal of African Development* 17: 2, S. 67–81.
- 11 Yeboua, Kouassi 2025: Manufacturing, ISS African Futures, 14.01.2025, in: <https://ogy.de/pkoa> [31.05.2025].
- 12 Page, John 2012: Can Africa Industrialise?, *Journal of African Economies* 21: 2, 01.01.2012, S. 86–125, in: <https://ogy.de/ndz3> [07.06.2025].
- 13 Urmersbach, Bruno 2025: Afrika: Anteil am kaufkraftbereinigten globalen Bruttoinlandsprodukt (BIP) von 1980 bis 2030, Statista, 06.05.2025, in: <https://ogy.de/nwlt> [31.05.2025].
- 14 Urmersbach, Bruno 2025: IWF Prognose: Top 10 Länder mit dem größten Anteil am kaufkraftbereinigten globalen Bruttoinlandsprodukt (BIP) in den Jahren 2024 bis 2030, Statista, 06.05.2025, in: <https://ogy.de/65x6> [31.05.2025].
- 15 Europäischer Rat 2025: Beziehungen EU-Afrika, in: <https://ogy.de/cpz0> [09.05.2025].
- 16 Kilian, Luke 2025: Will the African Growth and Opportunity Act survive under Trump?, *African Business*, 21.02.2025, in: <https://ogy.de/8uvn> [09.05.2025].
- 17 Giesbert, Lena / Schotte, Simone / Pfeiffer, Birte 2016: Umstrittene Freihandelsabkommen mit der EU: Afrika unter (Handels-)Druck, *GIGA Focus Afrika* 7, German Institute for Global and Area Studies, 12/2016, in: <https://ogy.de/wksa> [23.06.2025].
- 18 Thompson, Philip 2025: International Trade Barrier Index 2025, Tholos Foundation, in: <https://ogy.de/uf0t> [23.06.2025].
- 19 Baiker, Laura et al. 2023: Services Trade Policies across Africa: New Evidence for 54 Economies, Policy Research Working Papers 10537, Weltbank, in: <https://ogy.de/b2hv> [31.05.2025].
- 20 Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD) 2025: Economic Development in Africa Report 2024, in: <https://ogy.de/cvss> [09.05.2025].
- 21 Schaffmann, Christa 2018: Afrikas Ausbeutung ist eine schwere Straftat, nd – Journalismus von links, 22.01.2018, in: <https://ogy.de/ixez> [09.05.2025].
- 22 Fischer, Martina 2021: Afrika als Spielball der globalen Rohstoffausbeutung, Netzwerk Friedenskooperative, in: <https://ogy.de/2fwb> [31.05.2025].
- 23 Cheeseman, Nic 2019: BTI 2018. A Divided Continent. Regional Report Africa, Bertelsmann Stiftung, in: <https://ogy.de/h5jj> [31.05.2025].
- 24 Schweizerische Eidgenossenschaft 2024: Economic Report Kenya 2023, 10/2024, in: <https://ogy.de/hauq> [31.05.2025].
- 25 Addis Insight 2025: Kenya Poised to Surpass Ethiopia as East Africa's Largest Economy in 2025, 23.04.2025, in: <https://ogy.de/wevb> [09.05.2025].
- 26 Oduor, Michael 2025: Kenya set to surpass Ethiopia as East Africa's largest economy in 2025 – IMF, *Africa News*, 06.05.2025, in: <https://ogy.de/5n54> [09.05.2025].
- 27 Schlüter, Jan-Philippe 2017: Simbabwe – Hoffen auf ein Ende der Ära Mugabe, *Deutschlandfunk*, 25.02.2017, in: <https://ogy.de/50wm> [09.05.2025].
- 28 Zafar, Ali 2011: Mauritius: An Economic Success Story, in: Chuhan-Pole, Punam / Angwafo, Manka 2011: *Yes Africa Can. Success Stories from a Dynamic Continent*, Weltbank, S. 91–106, in: <https://ogy.de/yhbx> [07.06.2025].
- 29 Thompson 2025, N. 18.
- 30 Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung 2024: *Hoffnung auf Stabilisierung*, 12.01.2024, in: <https://ogy.de/shyn> [23.06.2025].
- 31 Basedau, Matthias 2023: Afrika zwischen Abhängigkeit und Agency, *Forschung & Lehre* 3/23, 03.03.2023, in: <https://ogy.de/wgdy> [31.05.2025].
- 32 Afreximbank 2024: *African Trade Report 2024. Climate Implications of the AfCFTA Implementation*, in: <https://ogy.de/tm1d> [31.05.2025].
- 33 Basedau 2023, N. 31.
- 34 Nnamdi, Ejike Raphael 2022: Colonialism, Scapegoatism and Moral Failure in Africa: A Phenomenological Exposition, *Madonna University Thought and Action Journal of Philosophy* 1: 1, 02/2022, S. 91–100, hier: S. 97, in: <https://ogy.de/et3q> [09.05.2025].
- 35 UNCTAD 2025, N. 20.
- 36 G20 2025: G20 Presidency – G20 South Africa, in: <https://ogy.de/4r5y> [09.05.2025].
- 37 Luke, David 2023: Conclusion: it's in the world's interest to give Africa a new trade deal, in: ders. (Hrsg.) 2023, N. 6, S. 209–217, hier: S. 210.
- 38 MacLeod / Luke 2023, N. 6, S. 15.
- 39 Miningscout 2025: Die DR Kongo rückt im Wettrennen um Rohstoffe in Trumps Blickfeld, 01.05.2025, in: <https://ogy.de/t9uq> [09.05.2025].
- 40 allAfrica 2025: Ivahoe Atlantic Welcomes US Government Support for Liberian Multi-User Rail, 28.04.2025, in: <https://ogy.de/yskp> [09.05.2025].

Postkolonialismus und was sonst noch so nützt

Zur Geschichtspolitik autoritärer Staaten im digitalen Raum

Foto: © Jonathan Wong, SCMP, Newscom, Imago.



Auf einen Blick

Autoritäre Staaten wie China und Russland nutzen historische Narrative, um einerseits Patriotismus und nationale Einheit im Innern zu stärken und andererseits auf internationaler Ebene die westlichen Staaten zu diskreditieren.

Nach innen spielt für China die Erzählung vom historischen Eigenweg des Landes und den historischen Verdiensten der Kommunistischen Partei, für Russland das Beschwören des Zweiten Weltkriegs als „Großer Vaterländischer Krieg“ eine entscheidende Rolle.

Nach außen haben sich postkoloniale Diskurse als nützliches Werkzeug erwiesen: Das globale Engagement

westlicher Staaten soll durch sie pauschal als neokolonialistisch diffamiert werden, während sich Russland und China als Länder ohne koloniale Vergangenheit präsentieren.

Soziale Medien und KI-basierte Anwendungen nutzen Russland und China als zentrales Instrument, um die genannten Narrative im eigenen Land und global zu verbreiten. Künstliche Intelligenz kommt in beiden Ländern nicht nur zum Einsatz, um unerwünschte Geschichtsdeutungen aus dem digitalen Raum im eigenen Land zu entfernen, sondern auch, um eigene Inhalte zu generieren und zu verbreiten.



David Merkle ist Leiter des Auslandsbüros Shanghai der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Autoritäre Staaten und ihnen nahestehende Akteure bringen das globale Engagement westlicher Staaten auch im digitalen Raum verstärkt mit deren kolonialer Vergangenheit in Verbindung. Damit soll dieses Engagement in den Mittelpunkt medialer und gesellschaftlicher Kritik gerückt und ein wertegeleitetes außenpolitisches Engagement diskreditiert werden. Dies trifft beispielsweise auf die Auseinandersetzungen in UN-Organisationen zu. Dort versuchen Staaten wie China und Russland, gemeinsam mit oftmals jungen Mitgliedstaaten, die innenpolitisch häufig selbst noch im Begriff der Aufarbeitung ihres kolonialen Erbes sind, Resolutionen und Berichte zu verhindern, die das eigene Handeln in ein schlechtes Licht rücken.¹

Das zeigt sich aber auch an orchestrierten Kampagnen gegen die NATO oder gegen einzelne Staaten, die sich für die Ukraine oder auch Israel einsetzen. Jenen Regierungen und Politikern, die eine enge Koordinierung der NATO-Staaten fordern, für eine stärkere militärische Unterstützung der Ukraine eintreten oder sich an anderer Stelle solidarisch an der Seite der Ukraine oder auch Israels zeigen, werden dann „altkoloniale Verhaltensmuster“ vorgeworfen, oder dass sie aus einer Perspektive der „alten Welt“ handeln und dabei die Interessen aufstrebender Staaten und Akteure negieren würden.²

Indem sie koloniale Vergangenheiten betonen oder umdeuten, schaffen die autoritären Akteure Anschluss an globale Diskurse über Ungleichheit und historische Schuld, die besonders in Ländern des sogenannten Globalen Südens Nährboden finden. Über soziale Medien – in vielen Gesellschaften bereits wichtigste Informationsquelle – werden gezielt Inhalte verbreitet, die koloniale Erfahrungen mit aktuellen geopolitischen Interessen verknüpfen. So wird der digitale Raum

zum Schauplatz machtpolitisch aufgeladener Geschichtspolitik.

Auch in westlichen Gesellschaften gewinnen postkoloniale Narrative zunehmend an Bedeutung – vor allem in Debatten zu Ungleichheit, Rassismus und Erinnerungskultur. Der Trend zum digitalen Informationskonsum verstärkt dabei die Verbreitung und Verfestigung ausgewählter Narrative. Besonders kritisch wird es, wenn algorithmisch geförderte Inhalte oder KI-basierte Sprachmodelle tendenziöse Deutungen unreflektiert reproduzieren und diese in sozialen Medien, Meinungsartikeln oder Videos eine breite Reichweite erzielen. So können sich bestimmte Sichtweisen schnell etablieren und die öffentliche Debatte nachhaltig prägen.

Während postkoloniale Sichtweisen in westlichen Gesellschaften vorwiegend Teil gesellschaftlicher Diskurse sind, werden sie in anderen Kontexten gezielt als Instrument staatlicher Informationspolitik eingesetzt. Dort dienen sie dazu, historische und geopolitische Deutungen zu beeinflussen, den Einfluss im „Globalen Süden“ auszubauen und alternative Narrative zum Westen zu etablieren.

Großmachtdenken und der Einzug großer Narrative

Mit dem Antritt Xi Jinpings als Parteichef 2012 und als Staatspräsident der Volksrepublik (VR) China im Jahr 2013 ging die rhetorische Begleitung eines chinesischen Aufstiegsversprechens einher. Mit dem „Chinesischen Traum“ und dem Versprechen, die „Verwirklichung der Wiederbelebung der chinesischen Nation“ einzuleiten, folgte eine auf allen Klaviaturebenen bespielte Begründung der „neuen Ära“, in der die VR China ins Zentrum der Weltbühne zurückkehren

müsse.³ Mit der „großen Wiederauferstehung der chinesischen Nation“ wird nicht nur der wirtschaftliche Aufstieg Chinas betont, sondern auch der Anspruch formuliert, die durch Fremdherrschaft unterbrochene historische Rolle Chinas als „zivilisatorische Führungsmacht“ wiederherzustellen. Dieses Denken durchzieht die außen- wie innenpolitische Rhetorik der Kommunistischen Partei – und prägt zunehmend Chinas Auftreten auf der internationalen Bühne.

Eine ähnliche Rhetorik verfolgt die russische Propaganda zur Unterstützung von Wladimir Putins Ziel, über die dem ehemaligen russischen Zarenreich zugehörigen Gebiete zu herrschen, die heute Teil der Ukraine sind und die – so die Argumentation – für das russische Gesamtreich und die ihm zugrundeliegende Kultur unverzichtbar seien.⁴ Ziele dieser großen Narrative, die auf eine bessere und größere Zukunft der jeweiligen Nation hinwirken wollen, sind die Generierung nationalistischer Gefühle, das Heraufbeschwören des nationalen Zusammenhaltes, aber insbesondere auch die Begründung der Rechtmäßigkeit des Weges, über den die eigenen Ziele erreicht werden sollen: jenseits politischer Teilhabe, insbesondere aber in Abwesenheit jeglicher Kritik und Infragestellung der offiziellen Erzählung.

Russland und China nutzen digitale Plattformen, um ihre Geschichtsinterpretationen zu verbreiten.

Diese „Großnarrative“ verfangen in demokratischen Gesellschaften über weitere Teilerzählungen, die den eigenen politischen und wirtschaftlichen Eliten eine Teilschuld am angeblichen Zerfall der politischen Ordnung geben. Dabei geht es um wahrgenommene finanzielle Bürden einer EU-Mitgliedschaft und den Verlust von Steuerungskompetenzen in den EU-Mitgliedstaaten, die „überbordende Migration“ als vermeintliche Ursache der Schieflage vieler Volkswirtschaften im Westen oder auch

den Anstieg von Kriminalität und Anschlägen, die die Gesellschaften derzeit aufwühlen.

Postkolonialismus, Große Firewall und Großer Vaterländischer Krieg

China und Russland sind zwei Beispiele, bei denen staatliche Akteure gezielt digitale Plattformen und KI nutzen, um ihre Geschichtsinterpretationen zu verbreiten. Alternative Erklärungsmuster und Perspektiven werden dabei weitgehend zurückgedrängt und finden sich, wenn überhaupt, nur in den im Westen nutzbaren Versionen der sozialen Medien wieder (TikTok ist ein Tochterunternehmen des chinesischen Unternehmens Bytedance), haben dort aber keine größere Reichweite.

Der Kontrolle über historische Deutungen und der Entwicklung digitaler Technologien kommt hier eine zentrale Rolle zu: Geschichtsbilder werden gezielt eingesetzt, um nach innen die nationale Einheit zu festigen und nach außen die eigene Sichtweise als Grundlage für internationale Zusammenarbeit zu etablieren. Das zeigt sich am Beispiel Chinas etwa in der Betonung eines neu erwachten Nationalstolzes, der aus den technologischen Fortschritten führender chinesischer Unternehmen erwächst – insbesondere dann, wenn deren Erfolge mit der Botschaft verknüpft werden, dass China die jahrhundertelange Vorherrschaft westlicher Mächte nun endgültig hinter sich gelassen habe. So wird der Erfolg des chinesischen Open-Source-Sprachmodells DeepSeek im Januar 2025 häufig als epochales Ereignis beschrieben, das ein „Durchbruch nationalen Schicksals“ sei.⁵

1. China: Kontrolle über das digitale Gedächtnis

China ist ein Paradebeispiel für den Einsatz digitaler Technologien und KI zur Steuerung und Kontrolle historischer Narrative. Das Internet in China wird nicht nur streng überwacht; der digitale Informationsraum ist vielmehr Kern der Öffentlichkeitsarbeit von Staat und Partei. Hier entscheidet sich, ob und wie kohärent eine Message nach innen und außen getragen werden kann. Gerade in den vergangenen Jahren sind in

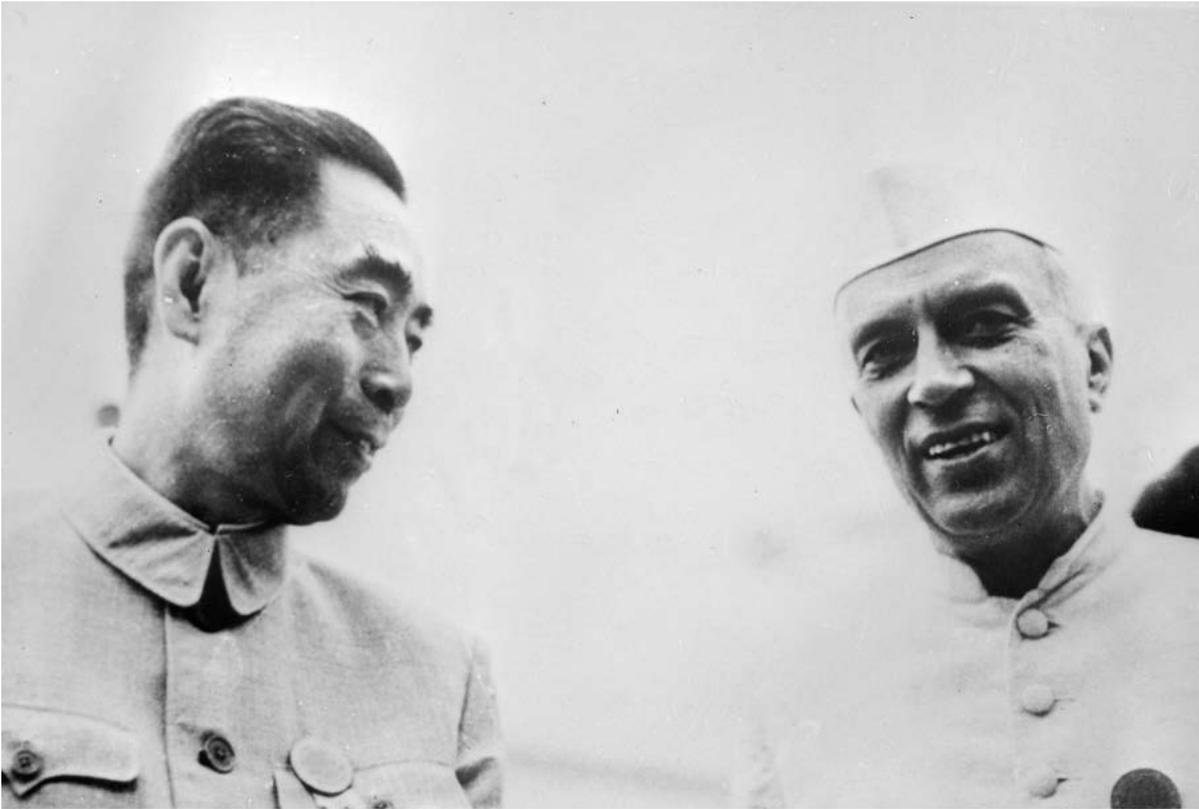
der Erinnerungskultur die Geschichte des chinesischen Kaiserreichs und der darin begründete Eigenweg der chinesischen Zivilisation sowie die Gründung und die Verdienste der Kommunistischen Partei seit den 1920er-Jahren zu Eckpfeilern in der Propagandaarbeit geworden. Das Zurückgreifen auf historische Daten, auf Errungenschaften und Elemente, die rückblickend als Puzzleteil der chinesischen Erfolgsgeschichte interpretiert werden können, und das Zurschaustellen von Chinas Wohlwollen und Interaktion mit der Weltgemeinschaft (zum Beispiel anhand der alten Seidenstraße) werden dabei geschickt mit der politischen Agenda der Regierungsinstrumente (zum Beispiel mit der Belt and Road Initiative) verknüpft. Insbesondere mit dem „Geist von Bandung“ wird seither immer wieder die gemeinsame Opferrolle Chinas und anderer Staaten durch den westlichen Imperialismus beschworen. Im April 1955 war es Zhou Enlai, dem ersten Premierminister der VR China, auf der Bandung-Konferenz in Indonesien mit der Rhetorik einer „Partnerschaft zur Erlangung postkolonialer Würde“ gelungen, wohlwollend in den Reihen afrikanischer und asiatischer Staatsoberhäupter aufgenommen zu werden.⁶ Ob bei Gipfeltreffen der BRICS-Staaten oder dem jährlich stattfindenden China-Afrika-Forum – chinesische Vertreter adressieren auch heute die Teilnehmer häufig ganz im Sinne dieses „gemeinsamen Schicksals“.⁷

Chinesische KI-Anwendungen müssen garantieren, dass sie „sozialistischen Kernwerten“ entsprechen.

Die „Große Firewall“, mit der das Internet in China hermetisch vom globalen Netz getrennt wird, ist aus Sicht der chinesischen Regulatoren ein zentrales Instrument der digitalen Zensur. Sie blockiert den Zugang zu Informationen, die nicht den Interpretationen der Partei entsprechen. KI-basierte Algorithmen und maschinelles Lernen werden eingesetzt, um Inhalte in Echtzeit zu überwachen, zu filtern und zu entfernen. Diese Technologien erkennen und löschen gezielt

„unerwünschte“ historische Narrative. Ein Beispiel hierfür ist die Zensur des Tiananmen-Massakers von 1989. In China ist der Ausdruck „Tiananmen“ in Verbindung mit den Ereignissen von 1989 stark eingeschränkt und viele Inhalte, die mit den Protesten in Verbindung stehen, werden sofort aus dem Netz entfernt. Algorithmen identifizieren und löschen Beiträge dazu, um eine öffentliche Diskussion und eine Erinnerung an das Massaker zu verhindern. Dabei spielen KI-gestützte Tools eine entscheidende Rolle, indem sie Bilder, Texte und sogar Videos, die das Thema ansprechen, erkennen und aus den digitalen Medien löschen.

Das Instrumentarium in den Händen der staatlichen Propaganda geht jedoch weit über die Zensurmechanismen hinaus. 2017 stellte der Staatsrat einen „Entwicklungsplan für die neue KI-Generation“ vor, in dem die Eckpfeiler für Chinas KI-Führerschaft gesetzt wurden, aber auch festgehalten wurde, dass es eines normativen Gerüsts bedürfe, mit dem ethische Leitlinien und rechtliche Regeln festgelegt werden sollten und dem eine Reihe von sehr spezifischen rechtlichen Anforderungen folgte.⁸ Mit dem Voranschreiten generativer KI veröffentlichte das chinesische Ministerium für Industrie und Informationstechnologie dann nationale Richtlinien für Generative KI, in denen technische, industriespezifische und eben auch Sicherheitsstandards festgelegt wurden.⁹ In diesem Sinne müssen chinesische KI-Anwendungen garantieren, dass sie im Einklang mit den „sozialistischen Kernwerten“ stehen. Dies umfasst auch „wichtige historische Angelegenheiten“. Ein Beispiel dafür ist die bereits erwähnte Erzählung der „Großen chinesischen Erneuerung“, mit der Chinas Aufstieg als globale Supermacht nach den Jahrhunderten der Demütigung durch den Westen beschrieben wird. Digitale Plattformen und offizielle Medien verbreiten diese Erzählung, die den Fokus auf die Erfolge der Kommunistischen Partei Chinas legt und die Rolle des Staates in der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung betont. Als Antwort auf die Strafzölle, die die US-Administration am „Liberation Day“ gegenüber Handelspartnern weltweit verkündete und die China besonders hart traf, verbreitete das



„Geist von Bandung“: 1955 versammelten sich in der indonesischen Stadt Vertreter asiatischer und afrikanischer Staaten, von denen viele erst kürzlich ihre Unabhängigkeit von europäischer Kolonialherrschaft erlangt hatten. Im Bild der chinesische Ministerpräsident Zhou Enlai (links) mit Indiens Premierminister Nehru. Foto: © United Archives, Imago.

chinesische Außenministerium beispielsweise im April 2025 ein KI-generiertes Propaganda-Video, das die Überlegenheit Chinas demonstrieren sollte.¹⁰

2. Russland: Die Wiederbelebung des „Großen Vaterländischen Krieges“

Auch in Russland ist der digitale Raum ein stark kontrolliertes Instrument zur Herausbildung und Verbreitung historischer Narrative. Russland unter Wladimir Putin hat in den vergangenen Jahren besonders auf historische Bausteine gesetzt, um im Land den Nationalismus zu stärken und Russlands geopolitischen Zielen zu dienen. Insbesondere die Erzählung vom „Großen Vaterländischen Krieg“ (Zweiter Weltkrieg) spielt eine zentrale Rolle in der russischen Identitätspolitik.

Argumentative Hoheit im Diskurs und Vormachtstellung im technologischen Bereich sind wichtige Instrumente politischer Kontrolle.

In Russland wird das Thema des Zweiten Weltkriegs systematisch instrumentalisiert, um den Patriotismus zu stärken und die Rolle der Sowjetunion (Russlands) als Sieger und Retter der Welt zu betonen. Der Krieg wird dabei oft als eine heroische Geschichte von Opfern und Triumphen erzählt, wobei die sowjetische Führung, insbesondere Josef Stalin, als zentraler Akteur glorifiziert wird. Auf digitalen Plattformen werden KI und maschinelles Lernen verwendet, um



„Großer Vaterländischer Krieg“: Der Sieg der Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg ist bis heute der Eckstein der Geschichtspolitik des Kreml. Die jährliche Siegesparade am 9. Mai wird heute von umfangreicher KI-generierter Propaganda im digitalen Raum begleitet. Foto: © Anatolij Medved, RIA Novosti, Imago.

Inhalte zu generieren, die diese offizielle Darstellung verstärken. Ein konkretes Beispiel ist die jährliche Feier des „Siegestags“ am 9. Mai, bei der Russland die Rolle der Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg feiert. Auf sozialen Medien und in staatlich geförderten Online-Medien werden Bilder, Videos und Beiträge verbreitet, die die heroische Darstellung der sowjetischen Soldaten und Stalins Herrschaft unterstreichen. Künstliche Intelligenz wird dabei verwendet, um nostalgische Bilder von Siegen und Kriegshelden zu erzeugen, die die Erinnerung an den Krieg emotional aufladen und den Widerstand gegen den „faschistischen Feind“ hervorheben.

Neben der Betonung der sowjetischen Heldentaten wird KI auch eingesetzt, um alternative

Erzählungen zu unterdrücken, die Russland und die Sowjetunion in einem negativen Licht darstellen. Historische Fakten, die die Rolle Stalins als Diktator und die damit verbundenen Verbrechen gegen die eigene Bevölkerung betreffen (beispielsweise der Große Terror oder die Hungersnöte), werden zunehmend aus dem öffentlichen Diskurs ausgeschlossen. KI-Algorithmen auf sozialen Medien und in Nachrichtenportalen, wie VK (VKontakte), Yandex News und Odnoklassniki, erkennen kritische Inhalte und reduzieren deren Sichtbarkeit oder löschen sie ganz.¹¹ Darüber hinaus wird in Russland versucht, die Geschichte des Kalten Krieges und die geopolitischen Konflikte des 20. Jahrhunderts so umzuschreiben, dass sie aus einer russischen Perspektive als Rechtfertigung für die



aktuelle Außenpolitik genutzt werden können. Künstliche Intelligenz wird dabei eingesetzt, um Inhalte zu erstellen, die den westlichen Einfluss als Bedrohung und den russischen „Widerstand“ als legitim darstellen. Besonders mit Blick auf den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine wird versucht, den narrativen Rahmen so zu gestalten, dass Russland als Verteidiger seiner Interessen und nicht als Aggressor dargestellt wird.

Regulatorik- und Antwortoptionen im digitalen Raum

Die Nutzung von KI und digitalen Plattformen zur Gestaltung historischer Narrative in China und Russland zeigt, wie sich zwei Ressourcen zur Ausübung von Macht, nämlich die argumentative Hoheit im Diskurs und die Vormachtstellung im technologischen Bereich, zu einem einflussreichen Instrument der politischen Kontrolle herausbilden. Die zunehmende Verflechtung von Künstlicher Intelligenz und historischer Narrativbildung wirft komplexe Fragen nach politischer Einflussnahme, technischer Steuerbarkeit und internationaler Regulierung auf – insbesondere mit Blick auf die Gefahr selektiver Erinnerung und digital gesteuerter Geschichtsdeutung.

Ziel postkolonialer Narrative ist oft, Entscheidungsträger kurzfristig zu beeinflussen.

Hier findet bereits ein echtes *decoupling* im Informationsraum statt, das nicht zuletzt durch nebeneinanderstehende und praktisch nicht miteinander vereinbare Konzepte von Souveränität im Informationsraum forciert wird. China wirbt mit dem eigenen Konzept von „digitaler Souveränität“ für das Recht des Staates, das Internet innerhalb seiner eigenen Grenzen autonom zu kontrollieren, zu regulieren und zu gestalten – sowohl in technischer als auch in politischer Hinsicht.¹² Dabei verfolgt China ein Modell, das sich deutlich vom westlich-liberalen Verständnis des offenen und globalen Internets

unterscheidet, nicht zuletzt, indem der Zugang zu Informationen im digitalen Raum bewusst verhindert wird. In einer Welt, in der Maschinen dazu in der Lage sind, Inhalte zu generieren und zu filtern, wird es damit für immer mehr Menschen immer schwieriger, zwischen Fakt und Fiktion zu unterscheiden. Die entscheidende Frage bleibt, ob die immer weiter verbreiteten großen Sprachanwendungen (Large Language Models) chinesischer KI-Lösungen auf Basis von Datensätzen aus aller Welt trainiert werden, oder ob sie sich im Sinne einer digitalen Trennung immer weiter von westlichen Anwendungen entfernen und damit zu einer Verfestigung von Meinungen und Interpretationen beitragen werden. Ein erster (vorläufiger) Hinweis ergibt sich aus einer Analyse des DeepSeek-R1-Sprachmodells mit Blick auf die Verwendung propagandistischer Elemente und antiamerikanischer Ressentiments in einer themenübergreifenden Untersuchung, in der festgestellt wird, dass die Narrative auch zwischen Sprachen (chinesische Kurzzeichen, in der VR üblich, chinesische Langzeichen, in Taiwan und Hongkong üblich, und Englisch) unterschiedlich ausfallen.¹³

Im Umgang mit Entscheidungsträgern in Moskau und Peking, aber auch mit Blick auf unsere eigenen Handlungsmöglichkeiten in der Gestaltung und Regulierung von KI bleiben daher die folgenden Punkte besonders wichtig:

1. Auch wenn die durch Staaten gepushten „großen Narrative“ in Zielländern nicht unbedingt vollständig in den Gesellschaften verfangen, verstärkt ihre Präsenz in globalen digitalen Plattformen gesellschaftliche Polarisierungstendenzen. Vor diesem Hintergrund gewinnt die Fähigkeit westlicher Staaten an Bedeutung, solche Einflussversuche einzuordnen. Helfen können die Stärkung nationaler Kapazitäten – etwa durch den Ausbau von Open-Source-Zugängen, die Förderung unabhängiger Forschungsinfrastrukturen oder die bessere Verzahnung von Verwaltung und Zivilgesellschaft in Fragen digitaler Resilienz. Dabei wird deutlich, dass sowohl analoge als auch digitale Räume nicht nur als Orte des Austauschs, sondern auch als Schauplätze

strategischer Einflussnahme verstanden werden müssen.

2. Obwohl im Bereich der postkolonialen Diskurse vieles dafür spricht, dass die KI-gestützte verbreiteten Narrative durchaus verfangen, besteht Handlungsspielraum, um die langfristigen Auswirkungen zu begrenzen. So bleibt primäres Ziel jener Diskurse häufig, Entscheidungsträger im Ausland kurzfristig zu beeinflussen. Viele Argumente können schnell auf Fehlinformationen zurückgeführt werden und häufig werden sie auch mit dem Ziel verbreitet, von anderen Themen abzulenken. Der autoritäre Charakter der Akteure selbst bietet jedoch auch Angriffsfläche, um die Glaubwürdigkeit ihrer Botschaften zu hinterfragen. Dieses Manko sollte von staatlichen und wissenschaftlichen Institutionen, Verbänden und Nichtregierungsorganisationen in Europa kohärenter adressiert werden. Dazu bedarf es auch einer langfristigen Unterstützung von Projekten, darunter von Sprachwissenschaftlern, die die Narrative aufspüren und über Expertise verfügen, diese in *fact sheets* und online-basierten Datenbanken zusammenzutragen.

Europa sollte mehr hochwertige Berichterstattung in chinesischer, russischer und anderen Sprachen anbieten.

3. China und Russland sind sehr aktiv in der Schaffung alternativer Narrative. Das Erzählen von Geschichten ist zu einem entscheidenden Merkmal geworden, um Botschaften zu verbreiten. Beide Länder haben die Tendenz, ihre Narrative auf zwei Arten zu verteidigen: erstens durch die Anpassung der Sprache, die sie auf internationaler Ebene verwenden, etwa durch Begriffe und Konzepte, die auf den ersten Blick mit den liberalen Werten verbunden sind, die die internationale Ordnung prägen. Und zweitens durch Zwangsmaßnahmen, etwa indem sie Druck auf Zielländer ausüben, im eigenen (sprachlichen) Informationsraum dafür zu sorgen, dass Berichterstattung, die jener Russlands und Chinas widerspricht, verhindert wird. Diese Mischung aus strategischer Anpassung und repressivem Vorgehen ist kein Widerspruch, sondern Ausdruck eines gezielten Doppelansatzes, der auf internationale Anschlussfähigkeit bei gleichzeitiger Kontrolle des Informationsraums zielt. Die Koexistenz dieser beiden Mechanismen muss aufseiten der liberalen Demokratien umfassender herausgearbeitet werden.
4. Auf europäischer Seite braucht es mehr Aktivitäten, um eine hochwertige Berichterstattung in chinesischer, russischer und anderen Sprachen anzubieten. Nur so lassen sich Widersprüche aufdecken, historische Gegebenheiten einordnen und ergänzen sowie Schwächen im Zusammenhang mit der propagandistischen Agenda aufzeigen. Ähnliche Versuche sollten auch in Gesellschaften mit geringem Zugang zu unabhängiger Medienberichterstattung unternommen werden, wie etwa in Subsahara-Afrika und in Südostasien. Daher sollten wir auch solche Staaten und Gesellschaften als Partner begreifen, die nicht „gleichgesinnt“ sind. Entscheidend für die Bekämpfung der Verbreitung falscher Narrative sind die Gesellschaften, die unter dem Druck autoritärer Regime stehen und denen es an unabhängigen Informationsquellen mangelt.
5. China nutzt seine wirtschaftlichen Beziehungen zu anderen Staaten und deren finanzielle Verpflichtungen, fordert von ihnen Loyalität und konnte in den vergangenen Jahren ein hohes Maß an Unterstützung organisieren, insbesondere von Ländern in Lateinamerika und Afrika, aber zunehmend auch in der MENA-Region, dem westlichen Balkan und dem Westpazifik. China hat die Zustimmung der Länder zu seiner eigenen Interpretation seiner „nationalen Interessen“ zum Gegenstand eines jeden Dialogs gemacht. Dies hat erhebliche Auswirkungen auf das bilaterale wie auch multilaterale Verhalten der entsprechenden Länder und ihrer politischen

Eliten. Viele dieser Staaten befinden sich in einem Spannungsverhältnis zwischen wirtschaftlicher Abhängigkeit und politischem Handlungsspielraum. China gelingt es, seinen Einfluss nicht nur durch Investitionen, sondern auch durch die gezielte Aktivierung postkolonialer Narrative auszuweiten. Begriffe wie Souveränität, Entwicklung oder multipolare Ordnung werden dabei bewusst in Kontrast zu westlicher Dominanzgeschichte gesetzt. Die Anschlussfähigkeit dieser Erzählungen speist sich aus historischen Erfahrungen von Fremdherrschaft, Ausbeutung und belehrender Entwicklungsrhetorik – und verleiht Chinas Position in vielen Regionen eine moralische Legitimität, die über bloße Interessenpolitik hinausgeht. In diesem komplexen Spannungsfeld wird deutlich, dass auch deutsche und europäische Akteure diskursfähig sein und in diesem Umfeld Kompetenzen erwerben müssen. Hier bieten aktuelle Dialogansätze, zum Beispiel zum Thema Regionalstudien (in China: „Area Studies“) und der interdisziplinäre Kompetenzaufbau zu Ländern und Regionen wichtige Angebote. Diese gilt es stärker im Curriculum an Hochschulen und in der politischen Landschaft einzubinden.

- 1 Rede des chinesischen UN-Botschafters Geng Shuang am 17. Oktober 2024 vor dem Vierten Ausschuss der UN-Generalversammlung. In seiner Ansprache verurteilte er die historischen Verbrechen westlicher Kolonialmächte, darunter Sklavenhandel, Ressourcenplünderung und Menschenrechtsverletzungen. Er betonte, dass die Nachwirkungen des Kolonialismus weiterhin die Entwicklung vieler Länder behindern, und forderte die internationale Gemeinschaft auf, die kolonialen Altlasten zu beseitigen und eine gerechtere Weltordnung zu fördern. Permanent Mission of the People's Republic of China to the UN 2024: Remarks by Ambassador Geng Shuang at the UN General Assembly Fourth Committee General Debate on Decolonization Items, Rede, 17.10.2024, in: <https://ogy.de/ymaa> [05.05.2025]. Ein weiteres Beispiel ist die Erklärung von Botschafter Li Song während einer Podiumsdiskussion des UN-Menschenrechtsrats am 29. September 2022. Er bezeichnete den Kolonialismus als „historische Sünde“ westlicher Länder und forderte diese auf, ihre Vergangenheit kritisch zu reflektieren und Verantwortung für die anhaltenden Auswirkungen des Kolonialismus zu übernehmen. Li betonte die Notwendigkeit, die Menschenrechtswege ehemaliger Kolonien zu respektieren, und äußerte Kritik an westlichen Ländern, die sich als „Menschenrechtsverteidiger“ präsentieren, während sie gleichzeitig ihre koloniale Geschichte nicht angemessen aufarbeiten. Permanent Mission of the People's Republic of China to the UN Office at Geneva 2022: Statement by H.E. Ambassador LI Song at the Panel Discussion on the Negative Impact of the Legacies of Colonialism on the Enjoyment of Human Rights during the 51st Session of the Human Rights Council, Rede, 29.09.2022, in: <https://ogy.de/l3dk> [05.05.2025].
- 2 Zu Russland siehe Fischer, Sabine 2023: Diplomatie im Kontext des russischen Überfalls auf die Ukraine, SWP-Aktuell 2023/A 56, Stiftung Wissenschaft und Politik, 23.10.2023, in: <https://ogy.de/rtjk> [25.06.2025].
- 3 Auf jenen Platz, den das ehemalige Kaiserreich durch die fatalen Folgen der Opiumkriege und einer jahrzehntelangen Schwächephase verloren hatte, als die Qing-Dynastie umfassenden territorialen Abtretungen an die Westmächte zustimmen musste. Siehe auch Xi Jinpings Rede vor dem 19. Nationalen Parteikongress: Jinping, Xi 2017: Secure a Decisive Victory in Building a Moderately Prosperous Society in All Respects and Strive for the Great Success of Socialism with Chinese Characteristics for a New Era, Rede, 18.10.2017, Xinhuanet, in: <https://ogy.de/89b8> [30.06.2025].
- 4 Naduvath, Jaibal 2025: The enduring allure of grand narratives in the digital age, Observer Research Foundation, 24.02.2025, in: <https://ogy.de/84a7> [05.05.2025].

- 5 Ottinger, Lili/Wang, Afra 2025: DeepSeek and Destiny: A National Vibe Shift. How an AI startup reignited the concept of national destiny (国运), ChinaTalk, 04.03.2025, in: <https://ogy.de/ua5k> [31.05.2025].
- 6 Kuo, Kaiser Y 2025: The Bandung Paradox: China's Anti-Colonial Legacy and Its Global Future, The Sinica Podcast, 24.02.2025, in: <https://ogy.de/1no4> [02.06.2025].
- 7 Ebd.
- 8 Sprick, Daniel 2025: Aligning AI with China's Authoritarian Value System, The Diplomat, 03.02.2025, in: <https://ogy.de/3lp9> [31.05.2025].
- 9 Ebd.
- 10 Das Video wurde unter anderem vom chinesischen Außenministerium auf allen einschlägigen Kanälen gepostet und hochgeladen, u. a. auf YouTube: The Washington Examiner 2025: China's Ministry of Foreign Affairs posts video titled „Never Kneel Down!“, 29.04.2025, in: <https://ogy.de/nmm3> [05.05.2025].
- 11 Freedom House dokumentiert, dass russische Plattformen Inhalte systematisch entfernen oder deren Sichtbarkeit einschränken. Insbesondere VKontakte hat laut einem Bericht des Citizen Lab der University of Toronto die Entfernung von Inhalten massiv gesteigert. So wurden beispielsweise 94.942 Videos, 1.569 Community-Konten und 787 persönliche Konten blockiert. Darüber hinaus zeigt ein Leak des Yandex-Quellcodes, dass der Suchalgorithmus bestimmte kritische Begriffe filtert, um beispielsweise negative Darstellungen von Präsident Putin zu vermeiden. Freedom House 2024: Russia, in: <https://ogy.de/hovs> [03.06.2025]; Knockel, Jeffrey et al. 2023: Not OK on VK: An Analysis of In-Platform Censorship on Russia's VKontakte, Citizen Lab, 26.07.2023, in: <https://ogy.de/soxj> [11.06.2025]. Hier werden die Zensurmechanismen auf VKontakte dargestellt: Inhalte, die als „extremistisch“ gelten – darunter auch kritische historische Narrative – werden durch automatisierte Systeme entfernt oder ihre Sichtbarkeit wird eingeschränkt. Die Untersuchung belegt, dass VKontakte zunehmend Inhalte blockiert, die nicht mit der offiziellen Geschichtsdarstellung übereinstimmen.
- 12 Siehe auch Creemers, Rogier 2020: China's Approach to Cyber Sovereignty, Konrad-Adenauer-Stiftung, 25.11.2020, in: <https://ogy.de/ercj> [11.06.2025].
- 13 Taiwan AI Labs 2025: Analysis of LLM Bias (Chinese Propaganda & Anti-US Sentiment) in DeepSeek-R1 vs. ChatGPT o3-mini-high, 05/2025, in: <https://ogy.de/e3go> [03.06.2025].

Russland als Kolonialmacht im Kaukasus

Eine Unterdrückungsgeschichte

Foto: © K. M. Krause, Snapshot, Imago.

Auf einen Blick

Obwohl Russland seit Anfang des 19. Jahrhunderts in seiner eurasischen Nachbarschaft eine imperiale Politik betreibt, wird es in vielen postkolonialen Diskursen nicht als Kolonialmacht wahrgenommen, was auch an der Verbindung zwischen marxistischen und postkolonialen Theorien liegt.

Der Südkaukasus ist ein Beispiel dafür, dass die russische und sowjetische Politik gegenüber kleinen heutigen Nachbarstaaten Strukturmerkmale aufweist, die den Herrschaftsmethoden westeuropäischer Kolonialmächte ähneln: politische Kontrolle, wirtschaftliche Ausbeutung, kulturelle Assimilierung.

Während das zaristische Russland seine koloniale Politik auch offen so benannte, versuchte die Sowjetunion,

sie hinter Begriffen wie „Solidarität“ und „Fortschritt“ zu verschleiern.

Im Gegensatz zu vielen westlichen Diskursen wird Russland im Südkaukasus deutlich als Kolonialmacht benannt. Am stärksten ist dies in Georgien ausgeprägt. In Armenien herrschte lange das Bild von Russland als Schutzmacht vor. Dieses wird aber in jüngerer Zeit zunehmend hinterfragt.

Die Perspektive des Südkaukasus sollte in westlichen Postkolonialismus-Debatten stärkere Berücksichtigung finden. Sie kann helfen, die russische Selbstdarstellung als antikoloniale Speerspitze zu widerlegen.

Die Autoren



Stephan Malerius ist Leiter der Abteilung EU-Projekte der Konrad-Adenauer-Stiftung. Bis April 2025 war er Leiter des Regionalprogramms Politischer Dialog Südkaukasus der Konrad-Adenauer-Stiftung mit Sitz in Tiflis.



Florian Binder ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Regionalprogramm Politischer Dialog Südkaukasus.

Russland als blinder Fleck in der westlichen Kolonialismusedebatte

Es war eine internationale Konferenz der Konrad-Adenauer-Stiftung in Nairobi im Jahr 2022, die die georgische Journalistin und Gründerin von Coda-Story¹, Natalia Antelava, zu Reflexionen über die Frage inspirierte, warum wir dazu neigen, Russland nicht als Kolonialmacht zu sehen. Thema der Konferenz, die Herausgeber und Publizisten aus Afrika mit Journalistinnen aus Osteuropa zusammenbrachte, war die Beobachtung, dass das russische Narrativ, man stelle sich als Erbfolger der Sowjetunion weiterhin dem „neokolonialen Westen“ entgegen, in Afrika einen breiten Resonanzboden besitzt. Antelava beschreibt in einem klugen Essay, wie sie in der sowjetischen Schule in Georgien mit dem Mythos der Sowjetunion als antikononialer Anwältin der Unterdrückten aufwuchs – eine Ansicht, die später im Studium in den USA bekräftigt wurde. An US-amerikanischen Universitäten wurde Kolonialismus als eine von westlichen Ländern vorwiegend in weit entfernten Überseegebieten ausgeübte Herrschaftsform gelehrt. Russland fehlte in diesem Bild.²

Auch die postkoloniale Debatte konzentriert sich auf die Auseinandersetzung mit Machtgefügen, Unterjochung oder kultureller Dominanz westlicher Imperien in Subsahara-Afrika, Lateinamerika, Südostasien, dem Nahen Osten oder Nordafrika. Dass das zaristische Russland und später die Sowjetunion im Kaukasus und in Zentralasien nach ähnlichen Mustern wie Frankreich, die Niederlande oder das britische Empire als Kolonialmacht agierte, wird nur selten

diskutiert.³ Das hat mehrere Gründe: Zunächst positionierte sich die Sowjetunion 70 Jahre lang als marxistisch-leninistischer Gegenpol zum kapitalistischen Westen sowie als selbsternannte Unterstützerin nationaler antikapitalistischer Befreiungsbewegungen (von Angola, Algerien, Eritrea über Kuba und Kolumbien bis nach Korea, Vietnam oder Kambodscha), die diesen Ländern im Kampf gegen den „westlichen Kolonialismus“ beistand. Darauf geht die bis heute bestehende ideologische Affinität von Marxismus und Postkolonialismus zurück. Die von Akademikern wie Frantz Fanon, Kwame Nkrumah oder Samir Amin mitgeprägte Debatte bedient sich (neo) marxistischer Bezugsrahmen in ihrer Kritik am westlichen Kolonialismus. Eine wichtige Rolle spielt dabei Lenins Schrift vom Imperialismus als höchstem Stadium des Kapitalismus, in der beschrieben wird, wie der kapitalistische Westen in der Ordnung nach dem Ersten Weltkrieg durch (neo)koloniales Verhalten die globalen Ungleichheiten aufrecht zu erhalten versuchte. In dieses Weltbild passt nicht, dass sich die Sowjetunion im Kaukasus oder in Zentralasien selbst als imperiale Macht gebärdete. Eingewandt wird auch, dass die Sowjetunion ethnisch föderal strukturiert und den einzelnen Sowjetrepubliken weitreichende Souveränität gewährt gewesen sei, weshalb eine Charakterisierung als Kolonialmacht nicht greife. Dabei wird ignoriert, dass die föderale Struktur nur nominell war und Souveränität lediglich auf dem Papier existierte. Schließlich ist die Rolle Russlands beziehungsweise der Sowjetunion als Kolonialmacht auch deshalb eine Leerstelle, weil der Begriff der Dekolonialisierung westeuropäisch geprägt ist, wie auch der aktuelle postkoloniale Diskurs,

in dem Stimmen aus dem Süden wie auch dem Osten unterrepräsentiert sind. So entsteht eine – wie David Moore es beschreibt – „doppelte Stille“, bei der die postkolonialen Studien im Westen die postsowjetischen Staaten übersehen und die postsowjetischen Wissenschaften selten postkoloniale Ansätze einbeziehen.⁴

Die blinden Flecke in den westlichen postkolonialen Debatten verschaffen dem Regime Putin einen großen Vorteil. Über soziale Medien versorgt die russische Propagandamaschine seit geraumer Zeit bevorzugt linke Kreise in Europa oder Einwanderermilieus in den USA mit der immer gleichen antikolonialen Botschaft, die das narrative Vermächtnis der Sowjetunion lebendig zu halten und für Moskau zu reklamieren sucht. So gelingt es Russland aktuell, sich als antikolonialer Wortführer global zu positionieren.⁵ Diese Positionierung gründet jedoch – wie in anderen Bereichen auch – auf Geschichtsklitterung und manipulativer Auslassung. Tatsächlich reicht Russlands eigene Kolonialgeschichte, sehr deutlich im Kaukasus sichtbar, bis Anfang des 19. Jahrhunderts zurück. Und sie ist ein Kontinuum, das sich praktisch ununterbrochen bis in die Gegenwart erstreckt.

Die koloniale Herrschaft Russlands im Kaukasus kennzeichneten Kontrolle, Ausbeutung und Repression.

Annexion und Unterwerfung – die Eroberung des Kaukasus

Die Kolonialisierung des Kaukasus durch das russische Zarenreich ist in dem größeren Zusammenhang des europäischen Imperialismus des 19. Jahrhunderts zu sehen. Sie verlief im Nord- und Südkaukasus unterschiedlich, zeigt aber offensichtliche Ähnlichkeiten zum Vorgehen westlicher Kolonialmächte wie des britischen Empire oder Frankreichs.⁶ Schlüsseldatum ist einerseits 1801, als das Russische Reich unter Zar Alexander I. Kartlien-Kachetien (das heutige

Ostgeorgien) annektierte, nachdem es wenige Jahre zuvor dem georgischen Königreich im Vertrag von Georgijewsk territoriale Integrität sowie militärischen Beistand zugesagt hatte. Dieser Vertrag ähnelt den Schutzbriefen, die beispielsweise das Deutsche Kaiserreich mit seinen Kolonien in Afrika schloss. Die zweite wichtige Zeitspanne für die russische Kolonialgeschichte im Kaukasus reicht von 1817 bis 1864, als das Zarenreich in langen, zähen und brutalen Kriegen den Nordkaukasus (vor allem das heutige Tschetschenien und Dagestan) unterwarf.⁷ Hier lebten zahlreiche Bergvölker, die ethnisch und kulturell sehr unterschiedlich waren, sich aber in dem halben Jahrhundert russischer Unterjochungsbestrebungen wiederholt in einem antikolonialen Widerstand vereinigten,⁸ am wirkungsvollsten unter dem Imam Schamil (1797 bis 1871), der die lokale Autonomie gegen die russischen Invasionstruppen zu verteidigen suchte.

Kennzeichnend für die koloniale Herrschaft Russlands im Kaukasus waren politische Kontrolle, wirtschaftliche Ausbeutung und kulturelle Repression. Lokaler Widerstand wurde mit umfassender Gewalt unterdrückt, die Massen deportationen, Zwangsumsiedlungen und die Vernichtung lokaler Gemeinschaften einschloss. Stellvertretend kann hier die versuchte Auslöschung der Tscherkessen genannt werden, die während der Kriege zu fast 97 Prozent getötet wurden (1 bis 1,5 Millionen Opfer).⁹

Bildung und Kultur, vor allem in Gestalt von systematischer Russifizierung, waren wichtige Elemente der Kolonialisierung des Kaukasus. Lokale Sprachen, einschließlich Georgisch und Armenisch, wurden marginalisiert, flächendeckend russische Schulen eingerichtet. In der Geschichte des 1851 errichteten Opernhauses in Tiflis werden die kolonialen Methoden des russischen Zarenreichs manifest, hier mit den Worten des russischen Statthalters im Südkaukasus, Michail Woronzow: „Ich blicke auf das russische Theater in Tiflis nicht als ein Mittel der Unterhaltung oder des Spaßes, sondern als eine Institution, die gewichtige Ziele verfolgt: die lokale Bevölkerung mit der russischen Sprache

und den russischen Gewohnheiten vertraut zu machen und sie schrittweise mit Russland zu verschmelzen.“¹⁰

Assimilierung oder Russifizierung waren für Russland ein Instrument der Konsolidierung der Macht. Die in Baku geborene Schriftstellerin Olga Grjasnowa beschreibt in ihrem Roman „Der verlorene Sohn“ eindrucksvoll, wie der in den Hochkaukasus zurückgedrängte und von russischen Truppen belagerte Schamil gezwungen wird, seinen Sohn Jamalludin als Pfand während der Verhandlungen an die Russen auszuliefern. Entgegen der Absprachen wird Jamalludin nach Sankt Petersburg gebracht, wo sich der Zar persönlich seiner annimmt, um ihn „zu assimilieren“ mit dem Plan, ihn später als loyalen Statthalter Russlands zurück in den Kaukasus zu schicken. Während der Ausbildung in den zaristischen Eliteschulen lernt Jamalludin Russisch, Französisch, Englisch und Deutsch, seine awarische Muttersprache vergisst er. Schamil gelingt es nach Jahren jedoch, seinen Sohn freizupressen.¹¹

Im Gegensatz zum Zarenreich war das sowjetische Russland bemüht, die koloniale Politik in der Region zu verschleiern.

Die Eroberung und Russifizierung des Kaukasus wurden begleitet von der Errichtung einer kolonialen Verwaltung, die nach der Annexion von Kartlien-Kachetien systematisch geplant und installiert wurde. 1828 wandte sich der Diplomat und Dramatiker Alexander Gribojedow mit dem Plan an die zaristische Regierung, „viele Tausende von Bauern aus Zentralrussland in den Kaukasus umzusiedeln, um dort massive Kolonien zu schaffen“.¹² Mit einer an Normen des zaristischen Russlands angepassten Rechtsprechung blieb der Kaukasus bis 1917 unter russischer Militärverwaltung, deren kolonialen Charakter der Zarenhof nicht zu kaschieren versuchte. Die 1896 gegründete Abteilung für Umsiedlung im zaristischen Innenministerium in Sankt Petersburg gab von 1907 bis 1917 eine

Zeitschrift mit dem Titel „Voprosy kolonizatsii“ („Probleme der Kolonialisierung“) heraus.¹³

Kolonialisierung im kommunistischen Gewand – der sowjetische Kaukasus

Während das russische Zarenreich die Unterwerfung des Kaukasus nicht nur als Kolonialisierung betrieb, sondern auch so benannte, war das sowjetische Russland bemüht, seine koloniale Politik in der Region zu verschleiern, obwohl sie in vielfacher Hinsicht eine faktische Fortsetzung des zaristischen Kolonialismus war.¹⁴ Das ist bedeutsam, denn Wladimir Putin stellt die Russische Föderation des 21. Jahrhunderts in die Tradition der Sowjetunion und weist „koloniale Intentionen“ von sich.

Die sowjetische Rhetorik propagierte Gleichheit, Brüderlichkeit und sozialistischen Internationalismus. Sowjetische Führer traten für das Recht auf Selbstbestimmung der Völker ein und anfänglich, in den 1920er-Jahren, wurden im Rahmen der „Korenizatsija“ (Einwurzelung) tatsächlich Sprachen und Kulturen nichtrussischer Völker gefördert. Diese Politik wurde jedoch in den 1930er-Jahren aufgegeben und im Kaukasus wie in anderen Unionsrepubliken durch die Errichtung stark zentralisierter Verwaltungsstrukturen ersetzt mit dem Ziel, die Gebiete wieder – wie im 19. Jahrhundert – zu assimilieren und zu russifizieren. Dass das Vorgehen der Sowjetunion im Kaukasus der Politik europäischer Kolonialmächte ähnelte, lässt sich an drei Beispielen zeigen:

1. Die Zwangskollektivierung der Landwirtschaft führte mit der Gründung von Kolchosen und Sowchosen insbesondere in Armenien und Georgien zur Entfremdung und Entwurzelung der ländlichen Bevölkerung und zerstörte traditionelle Lebensformen. Vergleichbare Folgen hatte die Landpolitik, die der Politik westeuropäischer Kolonialmächte ähnelte. In Aserbaidschan traten in der frühen Sowjetunion koloniale Muster von wirtschaftlicher Ausbeutung besonders deutlich zutage. Die Gewinne aus dem immensen Ölreichtum der Republik, die in den 1940er-Jahren mehr als 70 Prozent der





„Die lokale Bevölkerung schrittweise mit Russland zu verschmelzen“: So definierte ein Statthalter des Zaren im Südkaukasus den Zweck des 1851 gegründeten Opernhauses von Tiflis. Foto: © Blossfeldia, Dreamstime, Imago.

gesamten Ölproduktion in der Sowjetunion erbrachte, wurden in Moskau verwaltet, ohne dass aserbajdschanische Kader in Baku Einfluss darauf hatten.¹⁵ Ähnlich verliefen die britische Aneignung indischer Baumwolle oder die Ausbeutung der umfangreichen Kautschukvorkommen im Kongo durch die belgische Kolonialmacht.

Die sowjetische Rhetorik propagierte Gleichheit und Unabhängigkeit.

2. Ab den 1930er-Jahren betrieb die Sowjetunion eine Russifizierung ihrer Unionsrepubliken. Russisch wurde im Kaukasus offizielle Sprache in Verwaltung, Bildung und im öffentlichen Leben, für viele türkische Sprachen im

Nordkaukasus wurde zudem das kyrillische Alphabet eingeführt. Gute Kenntnisse des Russischen waren die Voraussetzung für sozialen Aufstieg. Die sowjetischen Machthaber gingen somit im Kaukasus ähnlich vor wie die britische Kolonialmacht in Indien oder Frankreich in Algerien und Westafrika, wo lokale Sprachen unterdrückt und Englisch beziehungsweise Französisch die Verkehrssprachen wurden.

3. Auch die sowjetische Unterdrückung lokaler Identitäten und nationaler Bewegungen im Kaukasus verlief nach kolonialen Mustern. Nach dem Augustaufstand von 1924 wurden in Georgien Hunderte von Nationalisten inhaftiert oder hingerichtet. Aserbajdschaner, die sich gegen die sowjetische Herrschaft und für eine Stärkung der aserbajdschanischen Identität einsetzten, wurden festgenommen oder verschwanden. Im

Nordkaukasus betrieben die sowjetischen Machthaber die Vernichtung ganzer Völker, was ihnen allerdings nicht gelang: Während der stalinistischen Säuberungen 1937/1938 wurden geschätzt 14.000 Tschetschenen verhaftet oder ermordet und im Winter 1944 im Rahmen der „Operation Lentil“ etwa eine halbe Million Tschetschenen und Inguschen nach Zentralasien deportiert, von denen etwa 300.000 auf dem Weg umkamen.¹⁶

Zwar propagierte die sowjetische Rhetorik jahrzehntelang Gleichheit und Unabhängigkeit, die tatsächlichen Bedingungen in der „kaukasischen Peripherie“ waren jedoch geprägt von russischer Dominanz, Zwang, Ausbeutung und Vernichtung. Nimmt man der Rhetorik ihr Gewand aus vorgeblicher Solidarität und

sozialistischem Fortschritt, bleibt das Vorgehen der Sowjetunion im Kaukasus eine nackte „Manifestation von Kolonialismus“¹⁷, ähnlich dem der britischen, französischen oder niederländischen Kolonialmächte.

In Armenien ist Abhängigkeit das neokoloniale Instrument Russlands.

Russischer Neokolonialismus im Kaukasus

Androhung und Anwendung von Gewalt, Errichtung neuer oder Wiederherstellung verlorener Abhängigkeiten und „divide et impera“ wurden



Abhängigkeit als Machtinstrument: Armenien und Russland schlossen 2024 ein Abkommen über die Stationierung russischer Grenztruppen auf dem Flughafen in Jerewan. Solche Truppen sind ebenfalls an den Grenzen Armeniens mit der Türkei und dem Iran zu finden. Foto: © Aram Nersesyan, SNA, Imago.

zu Leitprinzipien russischer Außenpolitik gegen Ende und nach dem Zerfall der Sowjetunion. Bartłomiej Krzysztan beschreibt dies als eine „neokoloniale Politik des Erhaltens von Einfluss durch das Verstetigen von Konflikten und Instabilität“.¹⁸ Im Kaukasus sind die blutige Niederschlagung von Demonstrationen in Baku und Tiflis (1989/1990), die Unterstützung der Abchasen während des Bürgerkrieges in Georgien (1991 bis 1993), die beiden Tschetschenien-Kriege (1994 bis 1996 und 1999 bis 2009) oder der Russisch-Georgische Krieg von 2008 nur einige Beispiele dafür, wie sich koloniale Muster perpetuieren. Umgekehrt warb der erste Präsident der tschetschenischen Republik Itschkerien, Dschochar Dudajew, Anfang der 1990er-Jahre mit antikolonialer Rhetorik für eine nationale Befreiung, was wie ein Echo von Frantz Fanon oder Jean-Paul Sartre und deren Beschreibung des algerischen Widerstandes gegen die französische Kolonialmacht klingt.¹⁹

In Armenien ist Abhängigkeit das neokoloniale Instrument Russlands: ob über die Einrichtung einer russischen Militärbasis in Gyumri in Nordarmenien, die Stationierung von russischen Grenztruppen auf dem Flughafen in Jerewan und an den Grenzen Armeniens mit der Türkei und dem Iran oder die Aneignung beziehungsweise Kontrolle eines Großteils der armenischen Wirtschaft (Gaspipelines, Minen, Eisenbahnnetz). Dass diesem Vorgehen ein neokoloniales Denken zugrunde liegt, wurde offenkundig, als Duma-Sprecher Boris Gryslow bei einem Besuch in Jerewan 2004 von Armenien als „Vorposten Russlands im Südkaukasus“ sprach.²⁰

Der russische Neokolonialismus im Kaukasus ist ein komplexes Phänomen.

Die gleichzeitige Aufrüstung von Armenien und Aserbaidschan über mehr als 20 Jahre oder die Anerkennung der völkerrechtlich zu Georgien gehörenden Gebiete Abchasien und Südossetien durch Russland offenbaren Strategien des Spaltens, die vor allem dazu dienen, Einflusshebel

im Kaukasus zu erhalten. Auch die von Russland entwickelten „Integrationsprojekte“ wie die Eurasische Wirtschaftsunion oder die Vereinigung des Vertrages über kollektive Sicherheit sind als Instrumente russischer Dominanz zu verstehen.

Der russische Neokolonialismus im Kaukasus ist ein vielschichtiges Phänomen, das von politischen Machtverhältnissen bis zu mentalen Dispositionen reicht. Für Thornike Gordadze erinnert Russlands Beziehung zu Tschetschenien in den vergangenen 20 Jahren an die russische Kolonialpolitik des 19. Jahrhunderts. Neben starker Militärpräsenz wird die Region von kooptierten Eliten regiert.²¹ Was seinerzeit Zar Alexander I. mit dem Sohn Schamils nicht glückte, gelingt Putin heute mit Ramsan Kadyrow. Tigran Amiryany wiederum beschreibt die koloniale Haltung vieler russischer „Relokanten“, die 2022/2023 nach Beginn des Angriffskrieges Russlands gegen die Ukraine nach Jerewan oder Tiflis übersiedelten. Sie brachten ihre russische Komfortzone mit und meinen, damit die lokalen Gemeinschaften und Kulturen aufzuklären oder zu veredeln. Einem Dialog über die koloniale Politik Russlands oder die „Rekolonialisierung“ der Kulturen im Südkaukasus verweigern sie sich weitestgehend.²²

Kolonialisierungsdiskurse im Südkaukasus

Der beschriebenen „doppelten Stille“ stehen im Südkaukasus Diskurse gegenüber, die die Rolle Russlands als Kolonialmacht thematisieren. Am lebhaftesten ist die Diskussion über die russisch-sowjetische Herrschaft als eine Form kolonialer Unterdrückung in Georgien.²³ Russland habe sich – ähnlich wie westliche Länder – auf einer *mission civilisatrice* gewöhnt, aber vor allem Gewalt, Diskriminierung und Russifizierung gebracht.²⁴ Bezeichnend ist das 2006 eröffnete „Museum der sowjetischen Besatzung“ in Tiflis, das der Geschichte der nationalen Befreiungsbewegung Georgiens sowie den Opfern der sowjetischen Repressionen gewidmet ist.²⁵ Der postkoloniale Diskurs in Georgien ist nicht nur akademischer Natur, sondern findet seinen Niederschlag auch in der aktuellen politischen

Auseinandersetzung. Bei den Protesten gegen das Agentengesetz (alias „Russian Law“) im Jahr 2024 und später gegen die Aussetzung der europäischen Annäherung war die Forderung „Nieder mit dem russischen Kolonialismus“ sehr prominent vertreten. Zudem trägt der Umstand, dass Russland seit 2008 etwa 20 Prozent des georgischen Territoriums besetzt hält, zu einem ausgeprägten Bewusstsein der Georgierinnen und Georgier bei, in einem postkolonialen Staat zu leben. Nicht in einem rein temporalen Sinn – also als nachkolonial –, sondern als Raum, in dem koloniale Formationen nicht überwunden, sondern überlagert, verschoben und reaktualisiert werden. Der georgische Blick ist dabei durchaus nicht nur auf das eigene Land beschränkt, sondern die russische Kolonialgeschichte wird im Kaukasus auch in einem regionalen Zusammenhang perzipiert: Georgien ist der einzige Staat weltweit, der den Genozid an den Tscherkessen seit 2011 offiziell als solchen anerkennt.²⁶

In Armenien befindet man sich bei der Neubewertung der russisch-armenischen Beziehungen erst am Anfang.

In Armenien hingegen dominierte lange Zeit das Narrativ von Russland beziehungsweise der Sowjetunion als „Schutzmacht“ und weniger als Kolonialmacht. Diese Wahrnehmung beruht insbesondere auf der Darstellung Russlands als „Retter“ der armenischen Nation während des Völkermords an den Armeniern 1914/1915. Demnach schuldeten die Armenier Russland nicht nur Dankbarkeit für das Überleben, sondern die Existenz Armeniens wäre ohne Russland auch heute noch bedroht und das Land der Türkei und Aserbaidschan schutzlos ausgeliefert. Erst in jüngerer Zeit, insbesondere seit dem zweiten Bergkarabach-Krieg von 2020, werden die Stimmen lauter, die die kolonialen Strukturen aus der Sowjetzeit als Ursachen heutiger Konflikte benennen²⁷ und beschreiben, wie die russisch-armenischen Beziehungen in der postsowjetischen Zeit viele Merkmale einer

postkolonialen Abhängigkeit aufweisen.²⁸ Auch in Armenien beginnt man, das 19. Jahrhundert anders zu rezipieren. Ein neues Geschichtsbuch für achte Klassen führte im Jahr 2024 zu diplomatischen Spannungen mit Moskau, da die Eingliederung Armeniens in das Russische Reich im Jahr 1829 erstmals als „Annexion“ bezeichnet wurde. Das russische Außenministerium veröffentlichte daraufhin Auszüge des entsprechenden Kapitels online und versah sie mit „Fake“-Stempeln. Die Bezeichnung „Annexion“ sei „provokativ“, hieß es, und die Eingliederung Armeniens durch Russland habe eine „kolossale Bedeutung für die künftige Wiederherstellung der armenischen Staatlichkeit“ gehabt. Wenige Tage später verkündete das armenische Bildungsministerium, dass der entsprechende Abschnitt des Lehrbuchs überarbeitet worden sei – der Begriff „Annexion“ wurde entfernt.²⁹ Die aktuellen akademischen wie öffentlichen Diskurse in Armenien zeigen, dass man sich bei der Neubewertung der russisch-armenischen Beziehungen, insbesondere in Bezug auf ihre koloniale Natur, erst am Anfang befindet.

Fazit: Diskurshoheit über das neokoloniale Russland gewinnen

Am 15. und 16. Februar 2024 veranstaltete die Regierungspartei „Einiges Russland“ in Moskau ein internationales Forum mit dem Titel „Für die Freiheit der Nationen“, zu dem annähernd 400 Delegierte aus Afrika, Asien, dem Nahen Osten, Lateinamerika und Europa eingeladen waren. Wladimir Putin erklärte in seinem Eröffnungsauftritt: „Unser Land hat viel für die Niederschlagung des kolonialen Systems getan, für die Unterstützung der nationalen Befreiungsbewegungen.“³⁰ Eine Woche zuvor war in der armenischen Zeitschrift Hraparak ein Artikel erschienen, in dem es heißt, das Hauptziel des Westens sei es, „die neokoloniale Kontrolle über den Kaukasus und Zentralasien zu erlangen“.³¹

Die Zitate zeigen, dass es Ziel der russischen Propaganda ist, durch Lügen, Desinformationen und Manipulation Zwietracht in den Reihen des Feindes zu säen. Und der Feind ist Europa (geografisch) beziehungsweise die liberalen

Demokratien (systemisch). Zwar sind die Methoden klassisch, lediglich potenziert durch die sozialen Medien, aber die EU tut sich schwer damit, angemessen und vor allem effektiv darauf zu reagieren. Projekte wie EUvsDisinfo sind gut (gemeint), aber nicht ausreichend.

Wenn die neue Regierung in Deutschland einen Politikwechsel einleitet, ist beim Thema Postkolonialismus auch ein Diskurswechsel notwendig, vor allem dort, wo die akademische Debatte die politische Entscheidungsfindung mitbeeinflusst. Ein Strategiepapier der Konrad-Adenauer-Stiftung zur Neuausrichtung der deutschen Entwicklungszusammenarbeit plädiert für ein ausgeprägteres Bewusstsein, dass Versatzstücke aus dem postkolonialen Theorieumfeld „systemischen Rivalen bei dem Versuch in die Hände spielen [...], die regelbasierte Weltordnung zu delegitimieren und antiwestliche Stimmungen zu erzeugen“. Dieses Plädoyer ist auch ein Appell, Russland historisch als Kolonialmacht zu markieren und in seiner gegenwärtigen neokolonialen Politik zu demaskieren. Von den Debatten im Südkaukasus können wir dabei viel lernen. Der Blick aus Armenien oder Georgien auf Russland als jahrhundertelanger, unmittelbarer Nachbar ist klarer, schärfer und im wörtlichen Sinne unverstellt. Es lohnt sich für den Westen, genau hinzuschauen und zuzuhören. Gemeinsam sollten wir anstreben, in der Postkolonialismusdebatte die russischen Narrative wirksamer zu widerlegen und die Deutungshoheit zu gewinnen.

- 1 Coda-Story ist ein innovatives Journalismus-Studio, das die sich verändernde Natur und die geografische Ausbreitung des modernen Autoritarismus untersucht.
- 2 Antelava, Natalia 2024: When sameness becomes a colonial tool of oppression, Coda Media, 14.06.2024, in: <https://ogy.de/4nf3> [25.04.2025]. Antelava plädiert dafür, den sehr eng definierten Begriff des Kolonialismus weiter zu fassen. Bezugnehmend auf den ukrainischen Philosophen Volodymyr Yermolenko beschreibt sie „Gleichheit“ („sameness“) als ein wesentliches Instrument kolonialer Unterdrückung, das von westlichen Imperien und Russland durchaus unterschiedlich eingesetzt wurde. Während die westliche Botschaft an die unterdrückten Völker lautete „Ihr seid nicht in der Lage, wie wir zu sein“, war die russische Doktrin „Es ist euch nicht erlaubt, anders als wir zu sein“. Am Ergebnis änderte das nichts: „Auch wenn Russen und Europäer ihre Reiche unterschiedlich aufbauten, war das Ergebnis doch dasselbe: Gewalt, neugezogene Grenzen, Unterdrückung von Sprachen und Kulturen und die Vernichtung ganzer Gemeinschaften.“
- 3 Umfänglich betrachtet in Göksel, Oğuzhan / Huseynova, Natavan 2024: The Other Colonial Empire: Reconsidering Soviet Rule in the Caucasus and Central Asia through a Post-Colonial Lens, *Florya Chronicles of Political Economy* 10/2, 25.10.2024, S. 211–247, in: <https://ogy.de/yui5> [25.04.2025]. Der Text gibt einen Überblick über die (De-)Kolonialisierungsdiskurse und ihre Leerstellen im Westen und in Russland.
- 4 Moore, David Chioni 2001: Is the Post- in Post-colonial the Post- in Post-Soviet? Toward a Global Postcolonial Critique, *Publications of the Modern Language Association* 116: 1, S. 111–128, in: <https://ogy.de/Ofxs> [25.04.2025].
- 5 Die russische Propaganda fungiert auch hier als ein Drehbuch für andere autoritäre Staaten, etwa für Aserbaidschan, das sich im vergangenen Jahr in seiner Auseinandersetzung mit Frankreich die (de-)kolonialen Narrative zu eigen zu machen und die COP29 dafür als globale Bühne zu nutzen versuchte. Siehe etwa Petersen, Svenja 2025: From Nagorno-Karabakh to Mayotte: Azerbaijan's Foreign Policy Pivot into the Anti-Colonial Arena, *Caucasus Watch*, 09.02.2025, in: <https://ogy.de/t9lk> [25.04.2025].
- 6 Göksel / Huseynova 2024, N. 3, S. 224–231.
- 7 Zum Krieg Russlands im Kaukasus im 19. Jahrhundert siehe Gammer, Moshe 2013: Empire and Mountains: The Case of Russia and the Caucasus, *Social Evolution & History* 12: 2, 09/2013, in: <https://ogy.de/3tnx> [25.04.2025].

- 8 Halbach, Uwe 1994: „Holy War“ against Czarism: The Links between Sufism and Jihad in the Nineteenth-Century Anticolonial Resistance against Russia, in: Kappeler, Andreas / Simon, Gerhard / Brunner, Georg 1994: *Muslim Communities Re-emerge. Historical Perspectives on Nationality, Politics, and Opposition in the Former Soviet Union and Yugoslavia*, Durham / London, S. 251-276.
- 9 Richmond, Walter 2013: *The Circassian Genocide*, New Brunswick.
- 10 Zitiert nach Sigua, Maia 2017: *The Curtains of Tbilisi Opera House: Two Symbols, One Story*, Music in Art XLII 1-2, S. 223-231, hier: S. 224, in: <https://ogy.de/ghpu> [25.04.2025].
- 11 Grjasnowa, Olga 2020: *Der verlorene Sohn*, Berlin; ähnlich beschrieben von Lapiere, Alexandra 2008: *Tout l'honneur des hommes: Dans la Russie des tsars, le destin du fils de l'iman de Tchétchénie*, Paris.
- 12 Zitiert nach Etkind, Alexander 2011: *Internal Colonization: Russia's Imperial Experience*, Cambridge, S. 110.
- 13 Yaylovan, Diana / Darchinova, Lala 2022: *Imperial Legacies in the South Caucasus: Armenian-Azerbaijani Relations, 1918-1920*, *Journal for Conflict Transformation*, 01.12.2022, in: <https://ogy.de/nsns> [25.04.2025].
- 14 „Der russische Staat hat historisch immer nach dem Gesetz des Stärkeren gehandelt. Der Unterschied lag darin, dass das zaristische Russland dies ganz offen tat, während das sowjetische Russland es verschleierte, um die Weltgemeinschaft zu täuschen und der Verantwortung für die eigenen Taten zu entgehen.“ Janeldize, Otar 2020: *International Recognition of the Democratic Republic of Georgia*, *Georgian Foundation for Strategic and International Studies*, S. 6, in: <https://ogy.de/e51i> [25.04.2025].
- 15 Umfänglich beschrieben bei Sicotte, Jonathan H. 2017: *Baku: Violence, Identity, and Oil, 1905-1927*, 14.11.2017, in: <https://ogy.de/88dw> [05.06.2025].
- 16 Drolet-Duguay, Mathieu 2023: *Russian Colonialism in the North Caucasus: The Chechen Case*, 01.05.2023, S. 39-42, in: <https://ogy.de/7qxx> [05.06.2025].
- 17 Göksel / Huseynova 2024, N. 3, S. 231.
- 18 Krzyszczan, Bartłomiej 2022: *Divided memory, postcolonialism and trauma in the South Caucasus*, *Memory Studies* 15: 6, 30.11.2022, in: <https://ogy.de/599r> [25.04.2025].
- 19 Marshall, Alex 2010: *The Caucasus Under Soviet Rule*, S. 294, in: <https://ogy.de/lans> [05.06.2025].
- 20 Zitiert nach Regnum 2004: *Борис Грызлов: Армения является форпостом России на Южном Кавказе*, 15.12.2004, in: <https://ogy.de/d5jq> [25.04.2025].
- 21 Gordadze, Thornike 2024: *Georgia's Lost Potential to Support North Caucasus Decolonization*, *Geo Politics* 6, 04.05.2024, in: <https://ogy.de/7n95> [25.04.2025].
- 22 Amiryan, Tigran 2023: *Relocation or Recolonization: The Cultural Dynamics of Russian Migration to the South Caucasus*, *Goethe-Institut*, 10/2023, in: <https://ogy.de/23km> [25.04.2025].
- 23 East European University: *Georgia in the Context of Interdisciplinary Postcolonial Studies*, in: <https://ogy.de/6axz> [25.04.2025]; Koplatadze, Tamar 2019: *Theorising Russian postcolonial studies*, *Postcolonial Studies* 22: 4, 04.12.2019, S. 478 ff., in: <https://ogy.de/5aa1> [05.06.2025]; *Georgian Journal* 2013: *Georgia as a postcolonial state*, 14.11.2013, in: <https://ogy.de/gj5j> [25.04.2025].
- 24 Caucasus University 2025: *Colonization, Decolonization and Recolonization of Georgia*, 27.03.2025, in: <https://ogy.de/ia4d> [25.04.2025].
- 25 Grdzelidze, Ketevan / Ebralidze, Aleksandre 2023: *Defining Contexts of the Postcolonial, the Post-Soviet and the Peripheral - The Case of Georgia*, *Journal of Caucasian Studies* 8: 14, 31.05.2023, S. 57-82, in: <https://ogy.de/5lnv> [25.04.2025].
- 26 Barry, Ellen 2011: *Georgia Says Russia Committed Genocide in 19th Century*, *The New York Times*, 20.05.2011, in: <https://ogy.de/xvbq> [25.04.2025].
- 27 Bajalan, Djene Rhys / Yildiz, Sara Nur / Davidian, Vazken Khatchig 2020: *What's Really Driving the Azerbaijan-Armenia Conflict*, *Jacobin*, 10.08.2020, in: <https://ogy.de/v6ym> [25.04.2025].
- 28 Vardanyan, Edgar / Zolyan, Mikayel 2024: *Discourse of Russian colonialism regarding Armenia*, *Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit*, 18.12.2024, in: <https://ogy.de/pwgr> [25.04.2025].
- 29 Barseghyan, Arshaluys 2024: *Armenia removes references to 'Russian annexation' from history textbooks after Moscow criticism*, *OC Media*, 19.08.2024, in: <https://ogy.de/46qn> [25.04.2025].
- 30 Zitiert nach NIA Nischni Nowgorod 2024: *„Единая Россия“ провела первый международный форум „За свободу наций!“*, 17.02.2024, in: <https://ogy.de/O011> [25.04.2025].
- 31 Zitiert nach European External Action Service 2024: *The main goal of the West is neocolonial control over the Caucasus and Central Asia*, *EUVsDisinfo*, 07.02.2024, in: <https://ogy.de/ob4q> [25.04.2025].

Around the world with the Konrad Adenauer Foundation

NEU



**INTERNATIONAL
REPORTS**

Der englischsprachige Außenpolitik-Podcast der Konrad-Adenauer-Stiftung

Seit vier Jahren bietet Ihnen unser Podcast **Auslandsinfo Spotlight** kompakte Informationen und Einschätzungen aus allen Weltregionen – direkt ins Ohr und aus erster Hand. Für alle, die davon nicht genug bekommen können, gibt es jetzt noch mehr davon.

Unser neuer englischsprachiger Podcast **International Reports** versorgt Sie monatlich mit fundierten Analysen zu außen-, sicherheits- und entwicklungspolitischen Fragen – andere Themen, andere Sprache, bewährte Qualität.

**Abonnieren Sie uns überall dort,
wo es Podcasts gibt.**



www.kas.de/en/podcast-international-reports

Gemeinsam gegen den Westen

Postkoloniale Diskurse als Legitimation autoritärer Kooperation in und mit Lateinamerika



Foto: © David de la Paz, Xinhua, Imago.

Auf einen Blick

Postkoloniale und antikapitalistische Denkmuster gehen in Lateinamerika seit Jahrzehnten eine Symbiose ein, aus der sich die Rhetorik vieler Linker in der Region speist; Epizentrum dieses Diskurses ist Havanna.

Besagter Diskurs zeichnet sich weltpolitisch durch ausgeprägtes Schwarz-Weiß-Denken aus: auf der einen Seite der Westen als Aggressor, auf der anderen Seite der „Globale Süden“ – autoritäre Regime eingeschlossen – als Opfer.

Die Verteidigung und Verklärung linksautoritärer Regierungen in Lateinamerika ist Kernbestandteil dieser Rhetorik und der Organisationen, die sie transportieren: an erster Stelle das 1990 von Fidel Castro und Lula da

Silva gegründete Foro de São Paulo. Kritik an Diktaturen wird abgewiesen. Diese verstoße gegen das Prinzip der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten.

Während die lateinamerikanische Linke den „Imperialismus“ des Westens kritisiert, ignoriert sie viel zu oft die imperialen Bestrebungen ihrer internationalen Verbündeten wie Russland und China.

Kulturell-diskursive Dominanz ist ein Erfolgsfaktor für die lateinamerikanische Linke. Das Mitte-Rechts-Spektrum sollte sich dieser Auseinandersetzung stellen und Begriffe wie Demokratie und universelle Menschenrechte gegen identitätspolitische Verfälschungen verteidigen.



Sebastian Grundberger ist Referent für die Andenländer bei der Konrad-Adenauer-Stiftung. Bis Dezember 2024 leitete er das Regionalprogramm Parteiendialog und Demokratie in Lateinamerika mit Sitz in Montevideo. Er ist Autor des Buches „Die rosa Galaxie. Wie linksautoritäre Netzwerke und ihre internationalen Alliierten die Demokratie in Lateinamerika untergraben“.

Am 19. Januar 2025 veröffentlichte das von der kubanischen Diktatur gelenkte Online-Medium Cubadebate in seiner Reihe „Antikapitalistische Tribüne“ einen Kommentar mit dem Titel: „Gegen den Faschismus und den Imperialismus: Politik, Taktik und Organisation“.¹ In ihm bezeichnet Manu Pineda, spanischer Europaabgeordneter der „Vereinigten Linken“, die autoritären Regime in Kuba und Venezuela als „wichtigste Pfeiler“ eines „antihegemonialen Projektes“ und fordert alle linken und „progressiven“ Bewegungen Lateinamerikas auf, hinter ihnen „ohne Angst und Komplexe“ die Reihen zu schließen und so die „politische und wirtschaftliche Dominanz des Westens“ herauszufordern. Jede „lauwarme“ Einstellung gegenüber Kuba und Venezuela torpediere die Anstrengungen, eine „gerechtere, multipolare Welt, die sich vom Joch des Imperialismus befreit hat“, zu schaffen. Der Europaparlamentarier konnte sich über weite Verbreitung seines Textes freuen. So reproduzierten ihn nicht nur der vom venezolanischen Regime kontrollierte regionale Fernsehkanal Telesur, sondern auch der Hisbollah-nahe libanesischer Fernsehkanal Al Mayadeen sowie die syrische Nachrichtenagentur Shafaqna.

Der Kommentar steht in dreierlei Hinsicht beispielhaft für interne Dynamiken der lateinamerikanischen Linken: Zum einen exemplifiziert er eine weit verbreitete Sicht der internationalen Beziehungen, in welcher der Westen die Position des Bösen einnimmt, zu dessen Bekämpfung die angewendeten Mittel zweitrangig sind. Weiterhin zeigt der Text den transnationalen Charakter dieses Diskurses und seine weltweite Anschlussfähigkeit. So schreibt ein spanischer Linkspolitiker auf einer kubanischen Homepage zur Unterstützung linksautoritärer Regime in Lateinamerika und findet nicht nur dort, sondern auch in der

islamistischen Szene Zustimmung. Und schließlich ist die Artikulationsachse des Diskurses einmal mehr Havanna, seit der kubanischen Revolution im Jahr 1959 quasireligiöser Sehnsuchtsort für Generationen lateinamerikanischer und internationaler Linker und selbsternannter Hort des antikolonialen Kampfes.

Viele Narrative der autoritären Linken Lateinamerikas stammen entweder direkt aus der kubanischen Diskursküche oder wurden dort als Zutaten angeliefert, mit revolutionär-romantischem Aroma angereichert und anschließend auf dem gesamten Kontinent konsumiert und assimiliert. Insbesondere gilt dies für Diskurse, die sich in postkoloniale Denkmuster einpassen. Susanne Schröter definiert diese: „Die postkoloniale Theorie basiert im Wesentlichen auf einem binären Weltbild, in dem die Täter- und Opferpositionen klar verteilt sind. Vereinfacht geht es um den ‚Westen‘ als Täter und den sogenannten Globalen Süden als Opfer.“² Vor diesem Hintergrund weist Schröter ebenfalls darauf hin, wie viele postkoloniale Theoretiker in der Tradition der ursprünglich von der Sowjetunion betriebenen Verbindung zwischen Antikolonialismus und Antikapitalismus im Rahmen einer kommunistischen Logik stehen. Der Sowjetunion, so die Autorin, gelang es damit, sich international als antikoloniale Macht darzustellen, obwohl sie selbst kolonial agierte.

„Hyänen und Schakale“

Das postrevolutionäre Kuba wurde schnell zum lateinamerikanischen Labor dieser Verbindung von Antikolonialismus und Antikapitalismus. Exemplarisch stehen hier die Worte des ehemaligen Industrieministers und Zentralbankpräsidenten der Revolutionsregierung, Ernesto „Che“ Guevara, im Soldatenrock vor den Vereinten

Nationen im Jahr 1964: „Unsere freien Augen öffnen sich heute in Richtung neuer Horizonte. Sie sind frei, das zu sehen, was sie in der Zeit, als wir koloniale Sklaven waren, nicht sehen konnten – dass die ‚westliche Zivilisation‘ hinter ihrer prächtigen Fassade ein Bild voller Hyänen und Schakale versteckt.“³

Daraus folgerte der 1967 beim Guerillakampf in Bolivien getötete Guevara die Forderung nach einer „Befreiung Lateinamerikas vom kolonialen Joch“. Bereits vier Jahre zuvor hatte Fidel Castro vor demselben Weltgremium erklärt: „Es muss klargelegt werden, dass die Regierung der USA nicht Anwalt der Freiheit ist, sondern Ausführungsorgan der Ausbeutung und der Unterdrückung gegen die Völker der Welt.“⁴

Trotz seiner Eigenschaft als De-facto-Vasallenstaat der Sowjetunion prägte Kuba die sogenannte Blockfreienbewegung.

Kubas Diktatur versteht sich seit ihrem Ursprung 1959 als Opfer und reklamiert diesen Opferstatus global für die „Völker der Welt“. Getreu seiner Charakterisierung der westlichen Zivilisation als eine Ansammlung von „Hyänen und Schakalen“ fand das Castro-Regime schnell zum symbiotischen Bund mit der Sowjetunion als in Wahrheit wichtigstem Antagonisten der freien Welt.

Der argentinische Diplomat und Journalist Juan B. Yofre zeigt in seinem Werk „Es war Kuba“⁵, dass die Koordination der Politik der kubanischen Revolutionsregierung mit der Sowjetunion schon unmittelbar nach der Machtergreifung der Revolutionäre begann. Die Abhängigkeit Kubas als „Untergeordneter“⁶ und nicht als Bündnispartner der Sowjetunion wurde im Rahmen der sogenannten Kubakrise 1962 besonders deutlich. Damals wurde die Stationierung von sowjetischen Mittelstreckenraketen und Truppen auf Kuba in Moskau beschlossen, bevor die

kubanischen Autoritäten von den Plänen überhaupt in Kenntnis gesetzt wurden.⁷

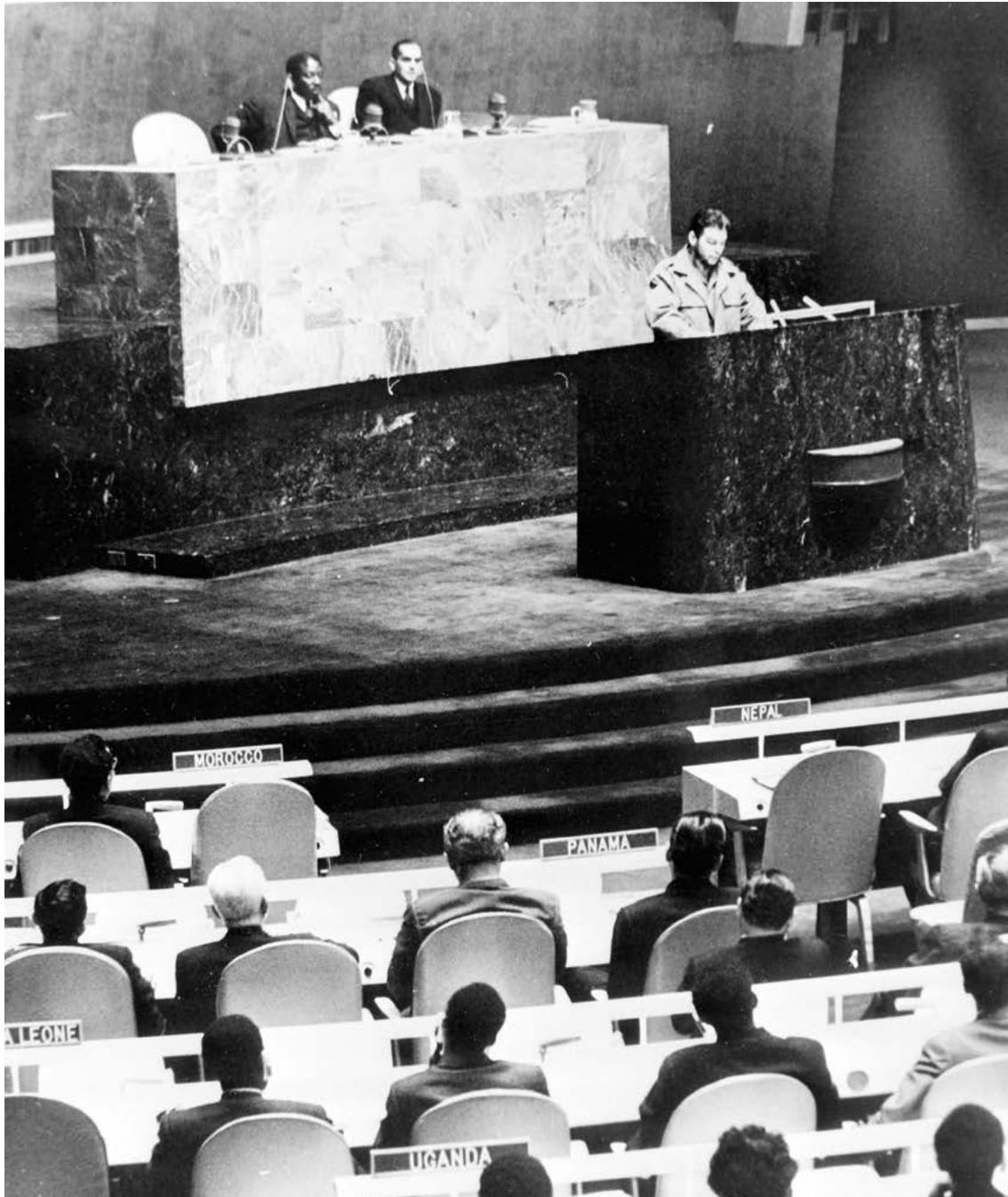
Trotz seiner Eigenschaft als De-facto-Vasallenstaat der Sowjetunion prägte Kuba die 1961 in Belgrad gegründete sogenannte Blockfreienbewegung und nutzte diese Bühne zur weltpolitischen Profilierung mit dem hohen moralischen Anspruch eines „Beispiels“⁸ für die Welt. Die kubanischen Guerillakrieger und ihre gezielte mediale Inszenierung bedienten die Revolutionssehnsucht von Generationen lateinamerikanischer und europäischer Linker. Der Erfolg dieser Strategie war und ist durchschlagend. Trotz der Bilanz der kubanischen Ein-Parteien-Diktatur mit zehntausenden Opfern,⁹ unzähligen Menschenrechtsverbrechen und der Abwesenheit von Rechtsstaatlichkeit, freier Presse oder legaler Opposition seit mindestens 65 Jahren bestimmt Havanna weiter in erstaunlicher Weise die Diskurse vieler lateinamerikanischer Linker. Die moralische Reinwaschung oder zumindest Relativierung der kubanischen Diktatur ist kulturell dabei auch im Westen verankert. Ein Beispiel hierfür ist der Hollywood-Streifen „Die Reise des jungen Che“ aus dem Jahr 2004, der auf einer Autobiografie seines Protagonisten basiert.

Dieser andauernde Image-Erfolg der kubanischen Diktatur ist besonders überraschend, da die Vorzeichen für sie nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion von 1989 bis 1991 alles andere als vielversprechend erschienen. Kuba, das über keinerlei nennenswerte Rohstoffvorkommen verfügt, stürzte nicht nur in eine schwere Wirtschafts-, sondern auch in eine Sinnkrise.

In dieser Situation wandte sich Fidel Castro an seine lateinamerikanischen Freunde und Bewunderer, angeführt vom brasilianischen Gewerkschafter und heutigen Staatspräsidenten Luiz Inácio („Lula“) da Silva. Gemeinsam luden beide 48 linksrevolutionäre Parteien und teilweise gewaltbereite Organisationen aus 14 Ländern vom 2. bis 4. Juli 1990 nach São Paulo ein. Ziel war es, „einheitliche und einstimmige Vorschläge im antiimperialistischen Kampf des Volkes“ zu erarbeiten.¹⁰ Geboren war das Foro de São Paulo

(FSP). Innerhalb von nur einer Dekade konnten mit dem FSP verbundene Kräfte in einem Großteil der Region durch demokratische Wahlen an die Macht gelangen. Zentraler Fackelträger und Financier dieses neuen Zusammenschlusses

wurde dabei der 1999 ins Amt gekommene venezolanische Staatschef Hugo Chávez. Der alternde Fidel Castro wurde für Chávez zu einer Art ideologischer Vaterfigur, deren Regime er durch venezolanische Erdöleinnahmen zu stabilisieren half.



„Dass die ‚westliche Zivilisation‘ hinter ihrer prächtigen Fassade ein Bild voller Hyänen und Schakale versteckt“: Ernesto „Che“ Guevara 1964 vor den Vereinten Nationen. Foto: © United Archives International, Imago.

Kronjuwel der kubanischen *soft power*

Das FSP, für das die vorbehaltlose Verteidigung des Regimes in Havanna identitätsstiftend war und ist, wurde schnell zum Kronjuwel der kubanischen *soft power*. Hierdurch gelang es, den kubanischen Diskurs vom internationalen und antikolonialen Klassenkampf gegen den westlichen Systemfeind USA in ganz Lateinamerika nicht nur weiter hoffähig zu machen, sondern ihm an die zentralen Schalthebel der Macht zu verhelfen. So ist das 2017 in Managua (Nicaragua) verabschiedete politische Grundsatzzprogramm des FSP, der „Consenso de Nuestra América“¹¹, nicht nur „dem Beispiel für revolutionäre Konsequenz des Kommandanten Fidel Castro“ gewidmet, sondern fordert auch die „Befreiung unserer Völker von der imperialistischen und kapitalistischen Herrschaft“ sowie von der „kolonialen Beherrschung“.

Aus dem Foro de São Paulo und dem Tandem Lula/Castro wuchs ein ganzes linkes Ökosystem.

Blickt man auf die Parteien, die derartige Erklärungen durch ihre Mitgliedschaften im FSP legitimieren, findet man neben den autokratischen Staatsparteien aus Kuba, Venezuela oder Nicaragua auch nach innen demokratischen Spielregeln folgende Parteien wie die brasilianische Arbeiterpartei Lulas, die Sozialistische Partei Chiles der ehemaligen Präsidentin und UN-Menschenrechtshochkommissarin Michelle Bachelet, die Frente Amplio Costa Ricas oder wichtige Teile der uruguayischen und chilenischen Frente Amplio. Offenbar zeigen diese Parteien wenig Berührungsängste mit ihren autokratischen Schwestern. Gleichzeitig werden antiwestliche Ressentiments innenpolitisch zur Legitimierung der eigenen Herrschaft genutzt. Nur ein Beispiel ist der Brief des ehemaligen linkspopulistischen mexikanischen Staatschefs Andrés Manuel López Obrador (AMLO), dessen Partei MORENA ebenfalls zum FSP gehört, an

den spanischen König im Jahr 2019. Felipe VI. solle sich, so AMLO, für die Verbrechen während der spanischen Eroberung Amerikas im 16. Jahrhundert entschuldigen.¹² Die Weigerung des Monarchen, Folge zu leisten, führte zu dessen Nicht-Einladung zur Amtsübernahme von AMLOs Nachfolgerin und Parteifreundin Claudia Sheinbaum.

Wie das 2024 erschienene Buch „Die rosa Galaxie“¹³ zeigt, wuchs aus dem FSP und dem Tandem Lula/Castro ein ganzes Ökosystem an linken internationalen Organisationen, Parteienverbänden, Thinktanks, Akademikervereinigungen, Aktivistengruppen und staatlichen sowie privaten Presseorganen. Teil dieser rosa Galaxie sind etwa die aus mehrheitlich prominenten Linkspolitikern bestehende Aktivistengruppe der Grupo de Puebla um die Ex-Präsidenten Rafael Correa (Ecuador) und Evo Morales (Bolivien) sowie den spanischen Ex-Ministerpräsidenten José Luis Rodríguez Zapatero, der Akademikerverband Consejo Latinoamericano de Ciencias Sociales (CLACSO) oder die überregional agierende, aber stark in Lateinamerika verankerte Organisation „Progressive International“.

Derartige Gruppen bauen ideologisch auf die von der Komintern¹⁴ bis zur Blockfreienbewegung etablierte Tradition des Internationalismus der Linken auf. So stellte die „Progressive International“ ihren Gründungskongress 2019 unter den Titel „Internationalismus oder Auslöschung“ und verabschiedete eine Grundsatzerklärung, in der sie die „Dekolonialisierung des Planeten“ forderte. Epizentrum dieser Versuche bleibt dabei Kuba. So veranstaltete die Organisation in Havanna im Jahr 2024 mit dem kubanischen Staatschef Miguel Díaz-Canel als Starredner einen Kongress über eine „neue Weltwirtschaftsordnung“. Gemeinsam erarbeiteten Persönlichkeiten wie der ehemalige kolumbianische Präsident Ernesto Samper, der ehemalige ecuadorianische Präsidentschaftskandidat Andrés Arauz oder der Koordinator der Grupo de Puebla, Marco Enríquez-Ominami, einen „Plan zum Aufstand des Globalen Südens, zur Erneuerung des Weltsystems durch neue und alternative Institutionen“.¹⁵

Transnationale autoritäre Kooperation

In der Tradition der engen Verbindung Kubas zur Sowjetunion unterhalten zentrale Akteure der autoritären lateinamerikanischen Linken engste Verbindungen zu den internationalen autoritären Playern Russland, China und Iran, während sie deren imperialistische Aktivitäten weitgehend ignorieren. Wie schon bei Che Guevara ist auch heute das gemeinsame Ziel die Bekämpfung der Vorherrschaft der westlichen, freiheitlich-demokratischen Ordnung. Statt des globalen Exports des Guerillakampfes setzt man heute auf andere Formen der transnationalen autoritären Kooperation – etwa im medialen, akademisch-kulturellen und politischen Bereich. Dass sich diese Beziehung gerade für China auch wirtschaftlich lohnt, ist mehr als nur ein Nebeneffekt.

Besonders auffällig sind die medialen Verbindungen. So ist das spanischsprachige Programm von Russia Today (RT) nicht nur das erfolgreichste fremdsprachige Programm des Kreml-Sprachrohrs überhaupt, sondern rekrutiert seine Journalisten häufig aus ehemaligen Mitarbeitern venezolanischer oder kubanischer Staatsmedien sowie aus dem Umfeld linkspopulistischer Politiker.¹⁶ Nur eines von vielen Beispielen ist die Talkshow, in der der ehemalige ecuadorianische Staatschef Rafael Correa auf RT Gesinnungsgenossen wie Nicolás Maduro (Venezuela), Evo Morales (Bolivien) oder Cristina Fernández de Kirchner (Argentinien) interviewt. Zudem nehmen russische Auslandsmedien wie RT oder Sputnik Narrative des venezolanischen Regimes¹⁷ genauso auf wie venezolanische Staatsmedien etwa die „Befreiung“ von Städten in Donezk durch die russische Armee feierten. Einer ähnlichen Logik folgt der iranische spanischsprachige Auslandskanal HispanTV, der neben seinem israelfeindlichen Programm eine klare Färbung mit den Narrativen der rosa Galaxie aufweist. Für den spanischen Politologen Sergio Castaño ist dies allen ideologischen Unterschieden zum Trotz damit zu erklären, dass islamistische Gotteskrieger und selbsternannte laizistische „Progressive“ „im Antikapitalismus und Antiimperialismus Gemeinsamkeiten finden, die sie dazu bringen,

Synergien zu nutzen, um ihre jeweiligen Ziele voranzutreiben“.¹⁸

Ähnliches geschieht im akademischen Raum. So fand im Oktober 2023 während des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine ein akademisches Forum statt, das linke Wissenschaftler mit akademischen Kreml-Apologeten zusammenbrachte – organisiert von der Staatlichen Universität Sankt Petersburg, der Agentur Sputnik sowie dem akademischen Arm der rosa Galaxie, CLACSO. Anwesend auf dem Kongress war der ehemalige CLACSO-Exekutivdirektor Atilio Borón, der in der lateinamerikanischen Presse schreibt, Russland verteidige sich gegen die „Aggression“ der NATO.¹⁹ Die Unterwerfung von CLACSO unter die kubanische Agenda wurde 2023 deutlich, als die amtierende Exekutivdirektorin Karina Batthyány in die staatliche Akademie der Wissenschaften Kubas aufgenommen wurde. Die uruguayische Soziologin erklärte in einem Land mit gleichgeschalteten Universitäten: „Uns eint ein offener, kritischer und gesellschaftlich relevanter wissenschaftlicher Erkenntnisgewinn.“²⁰ CLACSO „kooperiert“ auch mit staatlichen chinesischen Forschungseinrichtungen, etwa im Rahmen eines Buchprojektes 2023, welches die offizielle Geschichtsschreibung der Kommunistischen Partei Chinas in spanischer Sprache verbreitet.

Kritik an autoritären Regimen wird mit dem Argument der „Autonomie der Völker“ abgewiesen.

Politisch stehen China, Russland und die rosa Galaxie vereint hinter den linksautoritären lateinamerikanischen Regimen. Jüngstes Beispiel ist die Gratulation des chinesischen Botschafters in Nicaragua zur neuen Verfassung an die dortige Diktatur im März 2025. Die Magna Charta, die der Herrscherfamilie Ortega-Murillo alle Macht im Staate sichert und den Rechtsstaat und die Gewaltenteilung faktisch aussetzt, sei „demokratisch“ und „revolutionär“, so der Diplomat.²¹

Chinas Präsident Xi Jinping war einer der ersten Gratulanten des autoritären Staatschefs Nicolás Maduro nach der Wahlfarce in Venezuela vom 28. Juli 2024. Das venezolanische Regime und seine Regierung seien „gute Freunde, die sich gegenseitig vertrauen“, so Xi. China werde immer „die gerechte Sache Venezuelas“ unterstützen, sich „jeder ausländischen Einmischung“ zu widersetzen.²²

Absolutistische Sicht des Nichteinmischungsprinzips

Das aus der Blockfreienbewegung übernommene Argument der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten ist im linksautoritären Diskurs besonders präsent. In Bezug auf die Haltung der Grupo de Puebla zu Kuba und Venezuela bemerkt der chilenische Mitarbeiter der Gruppe, Daniel Flores: „Wir diskutieren diese Projekte nicht, weil wir Respekt vor der Autonomie der Völker haben.“²³ Wenn jedoch jede Kritik an autoritären Regimen mit dem Argument der „Autonomie

der Völker“ abgewiesen wird, bedeutet dies de facto die Infragestellung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und des Konzeptes der individuellen Rechte jedes Menschen. Hier trifft sich das Narrativ der lateinamerikanischen Linken mit der seit Jahren aus Peking betriebenen internationalen Umwidmung des Menschenrechtsbegriffs in dem Sinne, dass das „Recht auf wirtschaftliche Entwicklung über alle Rechte priorisiert werden muss – insbesondere über zivile und politische Rechte“.²⁴

Der US-amerikanische Jurist Tanner Larkin nennt diesen Versuch Chinas, die internationalen Normen umzuwidmen, „Normfare“.²⁵ Die Kommunistische Partei Chinas hege dabei eine „harte, absolutistische Sicht auf Staatssouveränität und Nicht-Intervention“. Diese „harte, absolutistische Sicht“ führt zur direkten Gegnerschaft zur westlichen Demokratie. In dem Moment, wo der antikoloniale, antiimperialistische Kampf zum Selbstzweck wird, wird die freiheitliche Demokratie zum Herrschaftsinstrument des Westens.



Materielle und kulturelle Hegemonie: Lateinamerikas Linke hat sich in den vergangenen Jahrzehnten – wie hier in Venezuela – teils nur mit Gewalt an der Macht halten können. Gleichzeitig dominiert sie auf kulturell-diskursiver Ebene auch dann, wenn sie nicht regiert. Foto: © Juan Carlos Hernandez, Zuma Press, Imago.

Exemplarisch steht hier die Weltsicht des argentinischen Psychologen, Philosophen und marxistischen Aktivisten Marcelo Colussi in einem von CLACSO 2024 herausgegebenen und im Rahmen eines Kooperationsabkommens zwischen CLACSO und der schwedischen Entwicklungsgesellschaft SIDA finanzierten Buch unter dem Titel „Auf in den Sozialismus“:

„Die Welt dreht sich um zwei entgegengesetzte Pole – die Besitzer der Produktionsmittel und die Arbeiter. Dazu kommen alle anderen Gegensätze: Patriarchat, Rassismus, Imperialismus, Kolonialismus, Heteronormativität, Ökozid. Der Sozialismus [...] ist ein Kriegsruf, um eine neue Gesellschaft zu schaffen, in der all diese Ungerechtigkeiten gemeinsam ausgelöscht werden können.“²⁶ Später heißt es: „Was absolut klar erscheint, ist, dass es im Rahmen bourgeoiser Demokratien nicht möglich ist, durch Wahlen reale sozialistische Alternativen zu schaffen. [...] Den Sozialismus erreicht man nur, indem man den Dominationsapparat der herrschenden Klasse zerstört – die Bourgeoisie.“²⁷

Die rosa Galaxie überführte erfolgreich postkoloniale Denkmuster in die lateinamerikanische Moderne.

Kulturelle und politische Siege der autokratischen Linken

Warum jedoch sind antikolonial-antidemokratische Diskurse so erfolgreich? Einen Blick auf die Strategie der autoritären Linken bot Álvaro García Linera, ehemaliger Vizepräsident der Regierung von Evo Morales und Mitglied der Grupo de Puebla sowie der Progressive International, in einer Rede auf der von CLACSO organisierten „Lateinamerikanischen Konferenz für Sozialwissenschaften“ 2018:

„Regierungen und progressive Kräfte in Lateinamerika verfügten zudem über die Stärke, auf früheren kulturellen Erfolgen aufzubauen – sowohl

über einen Zeitraum von zehn bis zwanzig Jahren als auch konzentriert in den Monaten oder Jahren vor großen kathartischen sozialen Aufständen. Gramsci hatte Recht: Alle populären, politischen oder militärischen Erfolge erfordern vorherige kulturelle Erfolge, die in verschiedenen Lebensbereichen erzielt wurden: an Universitäten, in den Medien, in der Nachbarschaft, im Alltag, in der Familie und so weiter.“²⁸

Den in der rosa Galaxie zusammengeschlossenen Akteuren der lateinamerikanischen Linken gelang es durch systematisches Vordringen in den kulturellen Bereich, wesentlich in Kuba gepflegte postkoloniale Denkmuster erfolgreich in die lateinamerikanische Moderne zu überführen.

Am Beispiel der linksautoritären Akteure der rosa Galaxie Lateinamerikas lässt sich die binäre postkoloniale Einteilung der Welt in „Täter“ und „Opfer“ gut nachvollziehen. Täter sind in dieser Logik die „Hyänen und Schakale“ der westlichen Zivilisation, der „Neoliberalismus“, der „Imperialismus“ und der „Faschismus“, während alle Akteure, die diesen bekämpfen, ausnahmslos in die Opferkategorie gehören, darunter auch autokratische Staaten und Diktaturen. So wird die im eingangs zitierten Artikel angemahnte Unterstützung Venezuelas und Kubas oder auch Chinas oder Russlands zu einer Art antikolonialen Glaubensbekenntnis und jede Relativierung zu einem Verrat. Diese Tendenz geht selbst manchem Linken zu weit. So schrieb der Journalist und ehemalige Büroleiter der Rosa-Luxemburg-Stiftung in São Paulo und Buenos Aires, Gerhard Dilger, 2024 treffend in der taz:

„Selten hört man in diesen Kreisen ein böses Wort über selbstherrliche Caudillos wie Daniel Ortega in Nicaragua oder auch den Bolivianer Evo Morales, in deren Weltbild demokratische Regierungswechsel nicht vorgesehen sind. Das wohlbegründete Misstrauen gegen die USA und deren Interventionen seit 200 Jahren schlägt allzu oft in ein krudes Schwarz-Weiß-Denken um, das die Politik Beijings oder Moskaus noch heute in einem erstaunlich milden Licht erscheinen lässt.“²⁹

Diskursive Schwäche der politischen Mitte

Dabei ist die relative Stärke autoritärer und postkolonialer Diskurse in Lateinamerika auch der Schwäche der Gegenseite geschuldet. Die politische Mitte beziehungsweise das Mitte-Rechts-Spektrum beschränkt sich viel zu häufig auf Themen wie Wirtschaft und Sicherheit, ohne die autoritäre Linke im kulturell-diskursiven Bereich zu stellen. Diese Zurückhaltung ebnet den Akteuren der rosa Galaxie den Weg, da auch während konservativer Regierungsperioden der kulturell-intellektuelle Humus viel zu sehr von linksautoritären und postkolonialen Diskursen bestimmt bleibt. Andererseits öffnet die diskursive Schwäche der politischen Mitte rechtspopulistischen Akteuren die Tür, deren identitätspolitische und mitunter verschwörungstheoretische Agenda wenig mit einem freiheitlich-demokratischen Gesellschaftsverständnis zu tun hat. Ein Beispiel ist der 35-jährige argentinische Bestsellerautor Agustín Laje aus dem Dunstkreis der Unterstützer des argentinischen Präsidenten Javier Milei, der die Forderung eines „Kulturkriegs“ gegen den sogenannten Globalismus³⁰ in rechten lateinamerikanischen Kreisen populär macht.

Ein ernsthafter Versuch, auch auf kulturell-diskursivem Gebiet die Dominanz der rosa Galaxie zu durchbrechen und durch eigene freiheitlich-demokratische Narrative zu ersetzen, ist für die politische Mitte schon aus Selbsterhaltungsinstinkt dringend notwendig. Dafür gibt es zahlreiche Ansätze. So muss der Begriff der Demokratie als universelles politisches Leitbild ständig gegen Verformungen und Aushöhlungen von jeglicher Seite in Schutz genommen sowie mit Inhalt und Leben gefüllt werden. Das Gleiche gilt für den universellen Wert der Menschenrechte. Diese beiden Konzepte, die nach allen Umfragen weiterhin von einer großen Mehrheit der Lateinamerikaner grundsätzlich gestützt werden, sind die wichtigsten diskursiven Schätze der politischen Mitte. Umso wichtiger ist es deshalb auch, sie nicht durch eine zu weite Definition und identitätspolitische Interpretationen zu verwischen und somit angreifbar zu machen.

Auf der klaren Basis dieser Werte ist die Offenlegung der Widersprüche der autoritären Linken jenseits von rechten Echokammern dringend notwendig. Wenn es nicht gelingt, wichtige Teile der demokratischen Linken durch Information und Artikulation auch emotional von der autoritären Linken zu trennen, wird dieses Unterfangen extrem schwierig. Größte Herausforderung ist es, die zahlreichen Widersprüche hinter der ständigen Angriffshaltung des postkolonialen Diskurses aufzuzeigen und so das Täter-Opfer-Denken zu durchbrechen. Ansätze hierfür gibt es genug – von der Visualisierung der Menschenrechtsbilanz linksautoritärer Regime etwa durch die Sichtbarmachung von Folter und politischen Gefangenen, der Entmystifizierung der antikolonialen Heldengestalten wie Fidel Castro oder „Che“ Guevara bis hin zur Offenlegung der internationalen Netzwerke autoritärer Kooperation.

Zudem sollten sich gerade die europäischen Staaten in Zeiten der geopolitischen Polarisierung bewusst sein, dass die Penetration antiwestlicher Diskurse an eher weniger beachteter Stelle, wie etwa an lateinamerikanischen Universitäten, umso effektiver ist. Nicht zuletzt sollte die europäische Entwicklungszusammenarbeit vor diesem Hintergrund genau überprüfen, ob all ihre „Partner“ diesen Namen auch wirklich verdienen. Denn hinter antikolonialen Diskursen verbirgt sich eine transnationale Struktur von Akteuren, die am westlich-zivilisatorischen Selbstverständnis nagen und die Grundwerte des freiheitlich-demokratischen Modells zu zerstören suchen.

- 1 Pineda, Manu 2025: Frente al fascismo y el imperialismo: Política, método y organización, Tribuna Antifascista, Cubadebate, 19.01.2025, in: <https://ogy.de/br0t> [23.04.2025].
- 2 Schröter, Susanne 2025: „Islamophobie“, „antimuslimischer Rassismus“ und „rassistisch-kolonialer Westen“?, Konrad-Adenauer-Stiftung, 24.03.2025, in: <https://ogy.de/h752> [23.04.2025].
- 3 Guevara, Che Ernesto 1964: Discurso de Ernesto Che Guevara na Assembleia da ONU, Rede, Periódico Revolución, Terra Sen Amos, 12.12.1964, in: <https://ogy.de/78xl> [17.04.2025].
- 4 Castro, Fidel 1960: Discurso Pronunciado por el Comandante Fidel Castro Ruz, Rede, Portal Cuba, 26.09.1960, in: <https://ogy.de/6had> [17.04.2025].
- 5 Yofre, Juan Bautista 2014: Fue Cuba. La infiltración cubano-soviética que dio origen a la violencia subversiva en Latinoamérica, Buenos Aires.
- 6 Ebd., S. 232.
- 7 Ebd., S. 232 ff.
- 8 Radio Cubana 2020: Fidel Castro: La vigencia de su ejemplo y enseñanzas, 25.11.2020, in: <https://ogy.de/q9k4> [05.04.2025].
- 9 Stausberg, Hildegard 2008: Castro, der brutale Mann aus Kuba, Die Welt, 19.02.2008, in: <https://ogy.de/wb3p> [24.04.2025].
- 10 Foro de São Paulo (FSP) 2020: Breve historial y fundamentos, 12.10.2020, in: <https://ogy.de/fodm> [24.04.2025].
- 11 Grupo de trabajo del FSP 2017: Consenso de Nuestra America - Proyecciones de un programa político del Foro Sao Pablo, 22.03.2017, in: <https://ogy.de/uw3h> [24.04.2025].
- 12 Smith, Alexandra 2024: Las diez acusaciones y cinco exigencias que López Obrador reclamó en su carta al rey Felipe VI, 20 Minutos Editora, 26.09.2024, in: <https://ogy.de/3vpg> [24.04.2025].
- 13 Grundberger, Sebastian 2024: Die rosa Galaxie. Wie linksautoritäre Netzwerke und ihre internationalen Alliierten die Demokratie in Lateinamerika untergraben, Konrad-Adenauer-Stiftung, 22.04.2024, in: <https://ogy.de/5x8g> [24.04.2025].
- 14 Die Kommunistische Internationale (Komintern) war ein weltweites Bündnis kommunistischer Parteien, das 1919 auf Initiative Lenins in Moskau gegründet wurde. Die Komintern existierte formell bis 1943.
- 15 Grundberger, Sebastian 2024: La Internacional Progresista o cambiar el mundo desde La Habana, Diálogo Político, Konrad-Adenauer-Stiftung, 17.05.2024, in: <https://ogy.de/ask5> [23.04.2025].
- 16 Grundberger 2024, N.13, S.73 ff.
- 17 Pelaez Cilano, Johanna/Puerta, María Isabel 2022: Así nos habla el Kremlin. Narrativa política y medios de comunicación rusos en América Latina, DP Enfoque 10, Konrad-Adenauer-Stiftung, in: <https://ogy.de/Oprx> [23.04.2025].
- 18 Castaño Riaño, Sergio 2023: Hispantv, el canal utilizado por la República Islámica de Irán para extender su poder blando en España y Latinoamérica, in: Salido López, Mercedes (Hrsg.) 2023: Derecho, Religión y Política en la Sociedad Digital, Granada, S.23-55, in: <https://ogy.de/jnhk> [19.03.2025].
- 19 Borón, Atilio 2022: Rusia-Ucrania: Una tragedia evitable, Página 12, 25.02.2022, in: <https://bit.ly/4dArzdL> [20.04.2025].
- 20 Grundberger 2024, N.13, S.53.
- 21 Despacho 505 2025: China califica de „democrática“ la Constitución nicaragüense que impone una dictadura familiar, 10.03.2025, in: <https://ogy.de/yqdv> [12.05.2025].
- 22 SWI swissinfo.ch 2024: Xi Jinping felicita a Maduro por su reelección como presidente venezolano, 30.07.2024, in: <https://ogy.de/d1ir> [12.05.2025].
- 23 Flores, Daniel 2024: Bestias y rozas, Grupo de Puebla, 10.07.2024, in: <https://ogy.de/xo45> [12.05.2025].
- 24 Larkin, Tanner 2022: How China is Rewriting the Norms of Human Rights, Lawfare, 09.05.2022, in: <https://ogy.de/qdvt> [12.05.2025].
- 25 Larkin, Tanner 2022: China's Normfare and the Threat to Human Rights, 122 Columbia Law Review 2285 (2022), 09.02.2022, in: <https://ogy.de/y2np> [12.05.2025].
- 26 Colussi, Marcelo 2024: Vamos por el socialismo, Consejo Latinoamericano de Ciencias Sociales, S.47 f., in: <https://ogy.de/6vbk> [23.06.2025].
- 27 Ebd., S.140.
- 28 García Linera, Álvaro 2023: All popular victories require prior cultural victories, Progressive International, 05.04.2023, in: <https://ogy.de/po7i> [23.04.2025].
- 29 Dilger, Gerhard 2024: Maduros Wahlfarce, taz, 04.08.2024, in: <https://ogy.de/5el9> [12.05.2025].
- 30 Laje, Agustín 2024: Globalismo: Ingeniería social y control total en el siglo XXI, Buenos Aires.

Zwischen West und Süd

Postkoloniale Diskurse in der brasilianischen Außenpolitik



Foto: © Ricardo Stuckert, Zuma Press, Imago

Auf einen Blick

Brasilien ist ein westliches Land. Im Gegensatz zu den meisten afrikanischen und asiatischen Staaten, aber ähnlich wie bei den meisten anderen lateinamerikanischen Staaten, liegt die Unabhängigkeit bereits rund 200 Jahre zurück. Kontinuität und ein enges Verhältnis zu den westlichen Staaten prägten weite Teile dieser Zeit.

Seit den 1970er-/1980er-Jahren hat Brasilien seine Außenbeziehungen zunehmend nach „Süden“ diversifiziert. Enttäuschung über die Haltung westlicher Staaten in der brasilianischen Schuldenkrise war ein wichtiger Faktor hinter dieser Entwicklung.

Postkoloniale Diskurse sind nicht ursächlich für dieses Phänomen verantwortlich, haben es aber punktuell verschärft. Sie sind in Brasilien ein aus nordamerikanischen und europäischen Universitäten importiertes Elitenphänomen, das vor allem bei linken Parteien und deren Vorfelddorganisationen Anklang findet.

Außenpolitisch relevant wurden diese Diskurse in den vergangenen Jahren vor allem durch die präsidentielle Außenpolitik von „Lula“ da Silva, sichtbar insbesondere durch dessen verbale Ausfälle gegen Israel und die enge Anbindung an afrikanische Staaten. Hier weicht Lula teils von der Politik des Außenministeriums ab.



Philipp Gerhard ist Trainee im Auslandsbüro Brasilien der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Der eine wurde im Jordan getauft, der andere in Israel zur Persona non grata erklärt. Der Unterschied zwischen dem ehemaligen Präsidenten Jair Messias Bolsonaro und dem aktuellen Präsidenten Luiz Inácio „Lula“ da Silva könnte kaum deutlicher ausfallen. Während der Erste einen betont israelfreundlichen Kurs einschlug, suchte Lula die Konfrontation. Beim Gipfeltreffen der Afrikanischen Union im Februar 2024 hielt er sich nicht zurück, als er etwas heiser vor die Mikrofone trat. So sei die Bombardierung des Gazastreifens durch die israelische Luftwaffe ein beispielloses Verbrechen. Nur „als Hitler beschloss, die Juden zu ermorden“, sei Vergleichbares geschehen.¹

Nach Lulas Weigerung, der Ukraine Munition zu liefern und den russischen Angriffskrieg als solchen zu ächten, staunten die Europäer ein zweites Mal nicht schlecht, als der brasilianische Präsident die israelischen Attacken auf den Gazastreifen als Völkermord einordnete. Eine solch harsche Wortwahl hatten sie nicht erwartet. Die israelische Regierung reagierte prompt und bannte den ehemaligen Arbeiterführer. Seitdem herrscht Eiszeit zwischen Brasília und Jerusalem. Israel mag ein Sonderfall sein und ist seit ehedem als „moderner Apartheid-“ oder „Kolonialstaat“ ein beliebtes Feindbild unter Anhängern des Postkolonialismus. Brasilien, wie auch die meisten der lateinamerikanischen Nationen, galten bislang auf internationalem Parkett jedoch nicht als die typischen Anwälte der postkolonialen Sache – ausgenommen vielleicht Kuba und Bolivien. Dieser Beitrag soll ein besseres Verständnis darüber vermitteln, welchen Stellenwert postkoloniale Gedanken- und Theoriekonstrukte tatsächlich in der brasilianischen Außenpolitik haben.

Wie postkolonial ist Brasilien?

Als er in den grauen Novemberhimmel blickte, wusste er nicht, ob er jemals wieder zurückkehren würde. Ende des Jahres 1807 bestieg der portugiesische Prinzregent und spätere König João VI. das Schiff, das ihn in einer monatelangen Überfahrt nach Rio de Janeiro bringen sollte. Er floh vor spanischen und französischen Truppen, die auf Lissabon marschierten und das Stamm-land seines Hauses besetzen würden. João VI. würde sich nicht mit der napoleonischen Oberhoheit arrangieren oder sich bei seinen britischen Verbündeten exilieren. Nein, er wählte Brasilien als Zufluchtsort, wo er den Waffengang auf dem Alten Kontinent überdauern wollte.

Dass der Souverän eines europäischen Königshauses in eine Kolonie übersiedeln würde, bleibt nicht die einzige Kuriosität am Vorabend der staatlichen Eigenständigkeit Brasiliens. Noch als Teil des portugiesischen Weltreichs erfuhr Brasilien nicht zuletzt als Königssitz einen Bedeutungsgewinn innerhalb des imperialen Gefüges Lusitaniens. Schon vor seiner politischen Emanzipation von Portugal war Brasilien also phasenweise bedeutender als die eigentliche Kolonialmacht. Zu gewaltig schienen seine Ausmaße, zu reich seine Felder und Minen, um hinter dem Mutterland zurückzustehen.

Brasilien sagte sich zwar los von der Kolonialherrschaft Portugals und erlangte seine Unabhängigkeit im Jahr 1822, ein tiefgreifender Wandel setzte allerdings nicht ein. Die Monarchie bestand unter Joãos Sohn fort und gefiel sich als Kaiserreich Brasilien, die koloniale Gesellschaftshierarchie mit- samt der Sklaverei durchlief kaum eine Revision und auch wirtschaftlich blieb das Land auf die Erzeugung und den Export weniger Rohstoffe



Der Anti-Lula: Während Brasiliens derzeitiger Präsident in Israel nicht erwünscht ist, zelebrierte sein Vorgänger Jair Bolsonaro seine Nähe zu dem Land und zu Benjamin Netanjahu geradezu. Foto: © Menahem Kahana, UPI Photo, Imago.

ausgerichtet. Der Blick in die Geschichte ist insbesondere aufgrund der Abgrenzung Lateinamerikas zu den ehemaligen Kolonien Afrikas und Asiens relevant. Auf der einen Seite erlangten die lateinamerikanischen Kolonien etwa 140 Jahre vor den Staaten Afrikas und Asiens ihre Unabhängigkeit und hatten damit schlichtweg mehr Zeit, ihr *nation building* zu bewerkstelligen. Somit lässt sich das „post“ in postkolonial im Falle Brasiliens akzentuieren. Auf der anderen Seite lassen sich aber durchaus Parallelen zwischen Lateinamerika und den afroasiatischen Staaten konstatieren. Insbesondere die anhaltend hohe soziale

Ungleichheit in Brasilien und seinen lateinamerikanischen Nachbarn ist ein augenscheinliches Charakteristikum von gesellschaftlichen Nachwirkungen der Kolonialzeit.

Die Sprachrohre eines postkolonialen Diskurses gehören in Brasilien nur in seltenen Fällen zu den Marginalisierten.



Der lange Marsch zum Postkolonialismus

Brasilien rangiert seit Jahrzehnten ganz oben bei Indikatoren sozialer Ungleichheit wie dem Gini-Koeffizienten. Auch mehr als 200 Jahre nach Erlangung der Unabhängigkeit von Portugal lassen sich gesellschaftliche Machtbeziehungen konstatieren, die aus der Zeit gefallen scheinen. Gerade afrobrasilianische Bevölkerungsgruppen haben in der Regel einen schlechteren Zugang zu Bildung, sind häufiger Opfer von Gewalt und in der Politik unterrepräsentiert. Die Frage, wie Ethnie und sozioökonomische Teilhabe korrelieren, lässt sich aufgrund der starken Heterogenität der brasilianischen

Bevölkerung hingegen weder eindeutig noch knapp beantworten. Trotz fortwährender Verbesserungen zeigt sich aber zweifellos eine markante Ungleichheit in der brasilianischen Bevölkerung, die Machtstrukturen mit durchaus kolonialen Reminiszenzen abbildet.²

Die gesellschaftlichen Resonanzräume postkolonialer Narrative sind aber zuvorderst die Universitäten des Landes, die immer noch über eine gewisse soziale Exklusivität verfügen. Auch in diesem Bereich erzielte Brasilien große Fortschritte, dennoch sind im akademischen Umfeld diejenigen Bevölkerungsgruppen überrepräsentiert, die im brasilianischen Alltag seltener mit Benachteiligung konfrontiert sind. Eine gewisse Tendenz, dass sich die soziale Ungleichheit perpetuiert, besteht daher. Nur mit einem entsprechenden Diplom lassen sich die Eignungsprüfungen (*concurso*) zu einer höheren Beamtenlaufbahn absolvieren, die mit üppigen Salären lockt. Nur mit dem entsprechenden Universitätsabschluss gelingt der Eintritt in eine reichweitenstarke Denkfabrik. Kurzum: Die Sprachrohre eines postkolonialen Diskurses gehören in Brasilien nur in seltenen Fällen zu den Marginalisierten. Damit stehen sie in einer Reihe zu den Vordenkern des Postkolonialismus, wie Edward Said, Frantz Fanon und insbesondere dem großbürgerlichen Michel Foucault.

Wie auch in Deutschland erfreuen sich postkoloniale Denkansätze insbesondere an den geistes- und sozialwissenschaftlichen Fakultäten des Landes großer Beliebtheit. Wie auch in Deutschland neigen diese Fachbereiche politisch eher nach links. Wie auch in Deutschland gehört eine postkoloniale Forschungsperspektive zum guten Ton im Wissenschaftsbetrieb. Es handelt sich beim Postkolonialismus als Leitvorstellung des akademischen Schaffens vorrangig um eine Modeerscheinung, die von angelsächsischen Universitäten an die Hochschulen vor Ort schwappte. Vor diesem ideologischen Hintergrund werden wissenschaftliche Arbeiten mit einem postkolonialen Filter angefertigt, durch den das Untersuchungsobjekt hinsichtlich asymmetrischer Machtstrukturen seziert wird. Die Erkenntnis daraus bleibt oft überschaubar,

andere Faktoren werden durch das postkoloniale Sezieren marginalisiert oder trivialisiert. All das ist jedoch keine Besonderheit des brasilianischen Hochschulbetriebes, sondern lässt sich so auch in der Bundesrepublik wiederfinden.

In Brasilien steht der Postkolonialismus als akademischer Trend in einer Sequenz mit dem Universalitätsmarxismus der 1950er- und 1960er-Jahre und der Dependenz- beziehungsweise Weltsystemtheorie der 1970er- und 1980er-Jahre. Wie jedoch insbesondere die *dependência*-Ansätze des brasilianischen Soziologen und späteren Präsidenten Fernando Henrique Cardoso zeigen, entbehrten sie eines inhärenten sozioevolutionären Impulses. Dies ist auch plausibel, denn die Anhänger können nicht daran interessiert sein, dass sich ihr gesellschaftlicher Status radikal verändert. Als (vermeintliche) Fürsprecher der Marginalisierten tragen sie ihre Überzeugungen zwar bis in die brasilianische Bundespolitik und -verwaltung, erhalten dort aber nur beschränkt Gehör. An politischer Attraktivität mangelt es dem Postkolonialismus jedoch nicht. Er eignet sich schließlich dazu, Missstände der als ungleich aufgefassten internationalen Ordnung oder der ehemaligen Kolonialmacht anzulasten.

Lula nutzt postkoloniale Argumentationsmuster in seiner Außenpolitik primär, um seine Unterstützungsbasis zu Hause zu festigen.

Postkoloniale Sichtweisen sind in Brasilien vor allem in den linken Parteien und deren Vorfeld anzutreffen. Dabei übersetzt sich der politische Anspruch, die benachteiligten Bevölkerungsgruppen zu repräsentieren, in eine globale Perspektive. Der Kampf um Gerechtigkeit, um das dabei mitschwingende Pathos nicht außer Acht zu lassen, wird nicht als ein nur auf Brasilien beschränktes Phänomen verstanden. Der Postkolonialismus ermöglicht es, eine – wenn auch nur oberflächliche – Gemeinsamkeit zwischen

den ehemals kolonisierten Völkern herzustellen. Als Ausrichter internationaler Großveranstaltungen im vergangenen und laufenden Jahr gelingt es der brasilianischen Regierung, soziale Themen auf die Weltbühne zu projizieren. So standen die Bekämpfung des Welthungers und eine weltweit bindende Besteuerung von sogenannten Superreichen auf der brasilianischen Agenda für den G20-Gipfel im vergangenen Jahr. Auch auf dem diesjährigen BRICS+-Gipfel liegt ein Fokus des Gastgebers auf der Ernährungssicherheit.

Das sind zwar an sich keine postkolonialen Botschaften, sie reihen sich aber in eine Folge von Kommentaren ein, die der umtriebige Präsident Lula in die Mikrofone der Weltöffentlichkeit spricht. Bei einer Rede vor der angolischen Nationalversammlung im August 2023 hatte er bereits auf beide Themenfelder rekurriert: „Es kann nicht sein, dass ein Prozent der Menschen reicher ist als 50 Prozent der Ärmsten. Es kann nicht sein, dass in der Welt genug Nahrungsmittel für alle Lebewesen produziert werden können, aber 735 Millionen Menschen jede Nacht hungrig zu Bett gehen müssen.“³ Die Minderung der sozialen Ungleichheit hatten sich die linken Parteien und hier zuvorderst die Regierungspartei PT zunächst mit Blick auf das eigene Land auf die Fahnen geschrieben. Erst mit der Diffusion postkolonialer Theoriekonstrukte von den Universitäten in den Politikbetrieb erfolgte ihre Ausweitung auf die Außenbeziehungen Brasiliens. In seiner präsidentiellen Außenpolitik nutzt Lula postkoloniale Argumentationsmuster primär, um seine Unterstützungsbasis zu Hause zu festigen; sekundär, um auch im Ausland Zuspruch zu finden. Es besteht also eine Wechselbeziehung zwischen der Innen- und Außenpolitik Brasiliens.

Außenpolitische Prioritäten und postkoloniale Ambivalenzen

Es ist genau diese Wechselwirkung zwischen Innen- und Außenpolitik, die auch die erhebliche Disparität zwischen Bolsonaro und Lula in ihrem Verhältnis zu Israel erklärt. Lulas Vorgänger Bolsonaro begeisterte sich regelrecht für das „Heilige Land“ und suchte den Schulterchluss

mit der israelischen Regierung. Zu Benjamin Netanjahu unterhielt er beste Beziehungen und bezeichnete ihn als Freund und Bruder.⁴ Vereinfacht wurde dieses innige Verhältnis natürlich durch eine weltanschauliche Nähe zwischen beiden Regierungschefs. Aus seiner dezidiert pro-israelischen Einstellung konnte Bolsonaro jedoch auch innenpolitisches Kapital schlagen.

Evangelikale stellen in Brasilien einen bedeutenden politischen Faktor dar.

Das Bekenntnis zu Israel ist dabei nur ein, dafür aber besonders sichtbares, Zeichen, wie sich der ehemalige Präsident als Verteidiger christlich-abendländischer Werte inszenierte. Ähnliches lässt sich beim US-amerikanischen Präsidenten Donald Trump beobachten, der

ebenfalls als vehementer Unterstützer Israels und der Netanjahu-Regierung gilt. Untermauert wird diese zur Schau gestellte Religiosität durch die knapp gescheiterten Attentate auf Bolsonaro und Trump. Beide wähten sich fortan dafür bestimmt, die Geschicke ihres Landes zu leiten. Wichtigster, wenn auch nicht einziger, Adressat einer solchen Inszenierung sind die Evangelikalen, die eine loyale Basis bieten.

In Brasilien sind die Evangelikalen schon längst ein bedeutsamer Faktor in der Politik geworden, der nicht ignoriert werden kann. Keine andere Glaubensgemeinschaft wächst so stark wie diese charismatische Wandlung der Kirche. Bolsonaro hatte instinktiv die Bedeutung der Evangelikalen erkannt und sie von Anfang an in seine Kampagne eingebunden. So war er mit einem der bekanntesten Pastoren Brasiliens nach Israel gereist und hatte sich dort von ihm im Jordan taufen lassen. Seine Strategie verhiess Erfolg. Auch heute noch würden rund



Im Sand der Copacabana: Aktivisten rufen im November 2024 zu einem „Akt für Palästina“ auf. Die pro-palästinensische Haltung der brasilianischen Außenpolitik ist unter Präsident Lula da Silva besonders prononciert, aber bereits seit den 1970er-Jahren zu beobachten. Foto: © Ingrid Cristina, Zuma Press, Imago.

80 Prozent der Evangelikalen für Bolsonaro stimmen. Bei Kundgebungen in Brasilien, die von Bolsonaro unterstützt werden, gehört es mittlerweile dazu, dass in der in den Nationalfarben gelb und grün gekleideten Masse immer wieder die israelische Flagge aufblitzt. Neben den Evangelikalen findet die politische Rechte traditionell Unterstützung in der Mittel- und Oberschicht des Landes. Eine gewisse ethnische Differenz zwischen den beiden politischen Extremen lässt sich daher auch im so heterogenen Brasilien erkennen.

Die Linke versucht, die brasilianische Identität stärker auf ihre nichteuropäischen Wurzeln auszurichten.

Die politische Linke hingegen orientiert sich an anderen Bevölkerungsgruppen, um diese als Unterstützungsbasis zu konsolidieren. Der ehemalige Arbeiterführer Lula vermochte es bislang nicht, die Evangelikalen hinter sich zu scharren, und setzt daher voll auf seine traditionelle Anhängerschaft. Gerade innerhalb der universitären Linken, die typischerweise anti-US-amerikanische Ressentiments bedient, lässt sich Zuspruch generieren, indem ein bestimmter Kanon an Ländern oder Persönlichkeiten adressiert wird. So, wie bei den Rechten Trump, Javier Milei oder Nayib Bukele hoch im Kurs stehen, verfügt auch die Linke über ihre Ikonen. Besonders in seinen ersten beiden Mandaten drückte Lula so regelmäßig Sympathien für den venezolanischen Staatschef Hugo Chávez und den kubanischen Präsidenten Fidel Castro aus. Es blieb dabei im Wesentlichen bei Sympathiebekundungen, die zu unverbindlich waren, um Brasilien außenpolitisch zu schaden, aber gleichzeitig deutlich genug, um seine Unterstützer zu Hause zu umgarnen.

Doch gingen den Linken offenbar einige ihrer Vorbilder aus. Die Begeisterung für das Castro-Kuba geht zweifellos auf die 1950er- und 1960er-Jahre zurück, in denen die kleine Insel

den übermächtigen Vereinigten Staaten die Stirn bot und ihre Revolution zu exportieren versuchte. Die Begeisterung für das Chávez-Venezuela liegt in den 2000er-Jahren begründet, als es die sprudelnden Einnahmen aus dem Ölgeschäft ermöglichten, großzügige Sozialprogramme aufzulegen. Aber schon das letztgenannte Beispiel weist ein Verfallsdatum auf. Sobald die Petrodollars nicht mehr die Staatskasse fluteten, verblasste der Glanz des „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ und trübte sich die Euphorie seiner Unterstützer ein. So büßte Venezuela in den vergangenen 20 Jahren seine Strahlkraft sowohl auf die brasilianische als auch auf die lateinamerikanische Linke ein. Erst der Aufstieg postkolonialer Theorien an den Universitäten schuf einen neuen Akklamationsrahmen.

In Verbindung mit der Identitätspolitik wurde die zuvor materiell angelegte Ungleichheitsdoktrin um eine ethnische Komponente ergänzt. Durch den Postkolonialismus verläuft die neue imaginierte Konfliktlinie also nicht mehr nur zwischen den Besitzenden und den Mittellosen, sondern auch zwischen weiß und nichtweiß. Dadurch, dass ein neues Attribut hinzugefügt wird, ermöglicht sich die Ausweitung des verbindenden Elements. War es bis dato ein wie auch immer gearteter internationaler Sozialismus, also eine anhand politischer Schnittmengen definierte Allianz, ist es nun eine Kategorie an Staaten mit kolonialer Vergangenheit und den entsprechenden ethnischen Charakteristika ihrer Bevölkerung. Als Bezeichnung für diese Staatengruppe wird auch in Brasilien kaum noch das Äquivalent für „Entwicklungsländer“ verwendet, sondern es hat sich „Globaler Süden“ eingebürgert. Die politische Linke versucht, die brasilianische Identität stärker auf ihre nichteuropäischen Wurzeln auszurichten.

In anderen Staaten Lateinamerikas lässt sich in den vergangenen Jahrzehnten eine ähnliche Entwicklung beobachten, die als Re-Indigenisierung bezeichnet wird. Länder wie Ecuador, Peru und insbesondere Bolivien exponieren ihr indigenes Erbe, was auch zulasten des europäischen Einflusses geht. Durch diese „Rückbesinnung“ versprechen sich die Staatsschefs eine soziokulturelle

Festigung des Nationalstaats – und ihrer Unterstützungsgruppen. In Brasilien lässt sich ein ähnliches, wenn auch deutlich abgeschwächtes Unterfangen mit der Betonung der afrikanischen Wurzeln der brasilianischen Nation beobachten. Was den innenpolitischen Gegensatz zwischen links und rechts befeuert, ist daher nicht zuletzt die Frage nach der eigenen Identität und welchen Stellenwert die europäischen oder afrikanischen Wurzeln Brasiliens einnehmen sollen. Während die Linken in die postkoloniale Solidarität einscheren und das europäische Erbe in Zweifel ziehen, wird die Rechte nicht müde, sich als Bewahrerin einer abendländisch-christlichen Kultur darzustellen, die implizit das Band mit Europa knüpft.

Freilich handelt es sich dabei um Kontrastpositionen, die jedoch in der präsidentiellen Außenpolitik der beiden Gegenpole Lula und Bolsonaro zum Tragen kommen. So wie Lula ausfällig über Israel wurde, äußerte sich Bolsonaro wiederholt undiplomatisch gegenüber Venezuela. Beide Präsidenten attackierten damit die auswärtigen Freunde ihrer innenpolitischen Gegner, um diese in Verruf zu bringen. Diese Ausschläge in der präsidentiellen Außenpolitik finden sich so allerdings nicht in der institutionellen Außenpolitik des Itamaraty genannten brasilianischen Außenministeriums wieder. In seinen Außenbeziehungen setzt das Land insgesamt auf Kontinuität und eine gehörige Portion Pragmatismus. Dieser Pragmatismus führt dazu, dass von allzu politisch motivierten Allianzen in der Regel Abstand gehalten wird. Was zählt, ist der Nutzen für Brasilien.

Programmatisch schließt das nicht ein postkoloniales Argumentationsmuster in der brasilianischen Außenpolitik aus. Etablierte Machtbeziehungen infrage zu stellen und diese gegebenenfalls abzulösen, bietet einige Anknüpfungspunkte für die Diplomaten des Itamaraty. So ist die Reform des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen, das Schaffen alternativer Leitwährungen neben dem US-Dollar oder ein Wandel in den verbliebenen Bretton-Woods-Institutionen, wie dem Internationalen Währungsfonds, seit geraumer Zeit ein Anliegen Brasiliens. Die Veränderung des

globalen Status quo ist im Interesse des Landes. Brasilien sieht sich als (kommende) Großmacht und priorisiert seine Außenbeziehungen dahingehend, dass die wirtschaftliche Entwicklung und das internationale Ansehen gesteigert und seine Ambitionen untermauert werden. Postkoloniale Diskurse in der Außenpolitik können daher situativ der Logik des Außenministeriums entsprechen.

Lulas Holocaust-Vergleich stieß nicht nur Diplomaten sauer auf.

Gerade für zwei Weltregionen lässt sich dies feststellen: für den Mittleren Osten und Sub-Sahara-Afrika. Schon vor dem 7. Oktober 2023, nämlich seit den 1970er-Jahren, teilte die brasilianische Außenpolitik die Auffassung, die palästinensische Eigenständigkeit gegenüber Israel zu unterstützen. Das äußerte sich darin, dass Brasilien bei den verschiedenen Abstimmungen in internationalen Organisationen, allen voran den Vereinten Nationen, für die Palästinenser Partei ergriff. Brasilien beherbergt zwar die weltweit größte Diaspora von Syrern und Libanesen, doch ist dieser Umstand kein Grund für die Teilnahme. Stattdessen ist es ein strategisches Kalkül. War Brasilien vor 50 Jahren noch von Öllieferungen aus der arabischen Welt abhängig, überwiegen auch heute noch ökonomische Faktoren hinter dem Votum für die Palästinenser. Demografisch und wirtschaftlich kann Israel nicht mit den arabischen Staaten mithalten. Gegenwärtig ist Brasilien zwar nicht mehr auf Ölimporte angewiesen, betreibt aber regen Handel mit der arabischen Welt, die ein nicht zu unterschätzendes Ziel brasilianischer Exporte darstellt.

Es bleibt aber festzuhalten, dass die Teilnahme für die Palästinenser nicht voller weltanschaulicher Überzeugung ist. Das Votum für die arabische Welt soll nicht als Stimme gegen Israel aufgefasst werden, wie es das Itamaraty darzustellen versucht. Zwischen der präsidentiellen und der institutionellen Außenpolitik

besteht daher phasenweise ein Spannungsverhältnis, insbesondere dann, wenn der Präsident allzu sehr von der Linie des Itamaraty abweicht. Lulas Holocaust-Vergleich stieß nicht nur den Diplomaten, sondern auch der interessierten Öffentlichkeit sauer auf und seitdem hält sich der Präsident mit seinen Äußerungen zurück. Bolsonaro scheiterte hingegen mit dem Versuch, die brasilianische Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem zu verlegen. Die divergierenden Beispiele der Präsidenten Bolsonaro und Lula sind an den beiden Extremen des außenpolitischen Spektrums angesiedelt. Als Chef der Exekutive verfügt der brasilianische Präsident über mannigfaltige Einflussmöglichkeiten auf den außenpolitischen Kurs des Landes, doch sind ihm auch Grenzen gesetzt.

Brasiliens afrikanisches Erbe macht Beziehungen über den Südatlantik hinweg historisch greifbar.

Auch gegenüber Subsahara-Afrika verfolgt Brasilien eine interessengeleitete Politik. Seit den 1970er-Jahren versucht Brasilien, seine Beziehungen über den Südatlantik hinweg auszubauen. Beliebte Anknüpfungspunkte sind der erhebliche afrobrasilianische Bevölkerungsanteil und das Erbe der portugiesischen Kolonialherrschaft, was sich vor allem gegenüber den PALOP-Staaten, also denjenigen afrikanischen Ländern, in denen Portugiesisch Amtssprache ist, ausdrückt. Indem es sich den afrikanischen Staaten gegenüber als Entwicklungsland darstellt, zielt Brasilien darauf ab, in internationalen Organisationen, insbesondere den Vereinten Nationen, eine breitere Unterstützungsbasis aufzubauen. Auch dabei ist das Ziel, für sich selbst gewisse Vorteile zu erreichen. Die Lusophonie ist dabei aber kein Ausschlusskriterium, sondern vereinfacht allenthalben den Austausch. Zur Hochphase seiner Afrikapolitik in den 2000er-Jahren intensivierte Brasilien auch die Beziehungen zum anglo- und frankophonem Afrika.

Während der israelisch-palästinensische Dualismus innerhalb der postkolonialen Theorien einen besonderen Stellenwert einnimmt und besonders anfällig für Polemiken ist, weisen die brasilianischen Beziehungen zu Subsahara-Afrika einen anderen Hintergrund auf. Wegen des markanten afrikanischen Erbes Brasiliens sind die Beziehungen über den Südatlantik hinweg mehr als nur ein weltpolitischer Lackmustest, wie im Falle Israels, sondern historisch greifbar. Es ist daher alles andere als abwegig, dass Präsident Lula die Gemeinsamkeiten zwischen Brasilien und Afrika hervorhebt. Auch hier gilt jedoch, dass der ehemalige Arbeiterführer sich vom Itamaraty abzuheben versucht. So pflegt er die Beziehungen zum afrikanischen Kontinent tendenziell intensiver, als sie von der institutionellen Außenpolitik konzipiert werden.

Kurz bevor er den Vergleich zwischen den israelischen Angriffen auf den Gazastreifen und den genozidalen Verbrechen der Nationalsozialisten vor der Generalversammlung der Afrikanischen Union aufstellte, beschwor er das Band zwischen Brasilien und Afrika: „Der Kampf Afrikas hat viel gemein mit den Herausforderungen Brasiliens. Mehr als die Hälfte der 200 Millionen Brasilianer haben nach eigenen Angaben afrikanische Wurzeln. Wir, Afrikaner und Brasilianer, müssen in der kommenden Weltordnung unsere eigenen Wege beschreiten.“⁵ Auch hierbei verfolgte der Präsident eine außen- und eine innenpolitische Stoßrichtung. Das Beschwören gemeinsamer Wurzeln soll die Verbundenheit zwischen Brasilien und dem afrikanischen Kontinent über den Südatlantik hinweg stärken und außenpolitisch Einfluss und Unterstützung generieren. Innenpolitisch generiert die Afrikapolitik des ehemaligen Gewerkschaftsführers Sympathie und Zustimmung unter denjenigen Bevölkerungsgruppen, die sich immer selbstbewusster zu ihren afrikanischen Wurzeln bekennen.

Auf Kurs Westsüdwest?

Brasiliens Einstieg in die sogenannte Süd-Süd-Kooperation erfolgte nicht zufällig im „Verlorenen Jahrzehnt“. In den 1980er-Jahren ächzte das Land unter einer drückenden Schuldenlast und

war volkswirtschaftlich kaum handlungsfähig. Wurde es zuvor als „zweites Japan“ gehandelt und schien fast schon die Schwelle zu einem Industrieland überschritten zu haben, verschwand das Land im Schuldensog. Erst nachdem es von seinen vormaligen engen Partnern in Nordamerika und Westeuropa enttäuscht wurde, erst als diese keine Unterstützung mehr für die Prämisse der wirtschaftlichen Entwicklung Brasiliens boten, orientierte sich das Land gen Süden. Egal ob bei den BRICS oder bei einem Überschwang postkolonialer Rhetorik darf dieser historische Umstand nicht vergessen werden. Äußerungen und Entscheidungen aus dem brasilianischen Präsidentenpalast mögen überraschen und irritieren, und doch ist Brasilien nach wie vor ein westliches Land. Der Westen, das sind nicht nur die NATO oder die OECD. Er reicht weiter. Europäer und Deutsche müssen sich wieder attraktiv machen. So attraktiv, dass Brasilien von sich aus an einer Wiederaufnahme der engen Zusammenarbeit, wie sie vor den 1980er-Jahren bestand, interessiert ist. Das geht nur mit Angeboten, die im beiderseitigen Interesse liegen.

- 1 Reuters 2024: Israel incensed after Brazil's Lula likens Gaza war to Holocaust, 18.02.2024, in: <https://ogy.de/muq5> [05.05.2025].
- 2 Santos, João Vitor 2016: Os limites de um Brasil contemporâneo preso ao período colonial. Entrevista especial com Mino Carta, Instituto Humanitas Unisinos, 29.09.2016, in: <https://ogy.de/1ryy> [05.05.2025].
- 3 Ministério das Relações Exteriores 2023: Discurso do Presidente da República, Luiz Inácio Lula da Silva, em Sessão Solene da Assembleia Nacional de Angola, Rede, 25.08.2023, in: <https://ogy.de/3rup> [05.05.2025].
- 4 Biblioteca da Presidência da República 2019: Discurso do Presidente da República, Jair Bolsonaro, em Cerimônia oficial de Chegada a Israel-Jerusalém/Israel, Rede, 31.03.2019, in: <https://ogy.de/hl84> [05.05.2025].
- 5 Ministério das Relações Exteriores 2024: Discurso do presidente Lula durante abertura da 37ª Cúpula da União Africana, Rede, 17.02.2024, in: <https://ogy.de/bsxd> [05.05.2025].

Imperiale Schatten

Wie das koloniale Erbe die britische Politik prägt

Foto: © Simon Dawson, Avalon, Imago.



Auf einen Blick

Die Regierung von Premierminister Starmer hat mit Mauritius die Übergabe der zuletzt unter britischer Verwaltung stehenden Chagos-Inseln im Indischen Ozean ausgehandelt. Der Vorgang hat das Spannungsfeld zwischen kolonialer Aufarbeitung und Wiedergutmachung einerseits, nationalen (Sicherheits-)Interessen andererseits verdeutlicht.

Der Verzicht auf die auf dem Archipel gelegene und von den USA mitgenutzte Militärbasis war für die britische Regierung zu keinem Zeitpunkt eine Option; der nun ausgehandelte Vertrag sieht für das Vereinigte Königreich eine Pacht über zunächst 99 Jahre vor, die bei Übereinkunft der Vertragsparteien um 40 Jahre verlängert werden kann.

In Großbritannien läuft eine Debatte um Verfehlungen und Verdienste des Empire. Einig sind sich Labour und Konservative in ihrer Ablehnung von Reparationszahlungen. Die Tories kritisieren aber eine allgemeine „Selbstzweifel-Kultur“ und versuchen, in der Debatte eine positive nationale Selbstwahrnehmung zu wahren.

Der Brexit war mit der Erwartung verbunden, weltpolitische Handlungsfreiheit zu gewinnen und mögliche Verluste im Handel mit der EU durch eine Revitalisierung der Beziehungen zum Commonwealth auszugleichen. Diese Erwartung hat sich nicht erfüllt.

Die Autoren



Dr. Canan Atilgan ist Leiterin des Auslandsbüros Vereinigtes Königreich und Irland der Konrad-Adenauer-Stiftung mit Sitz in London.



Lukas Wick ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Auslandsbüro Vereinigtes Königreich und Irland der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Die anhaltende Debatte über die Chagos-Inseln hat die gesellschaftliche Diskussion über Entkolonialisierung innerhalb Großbritanniens wiederbelebt. Diese Debatte spiegelt sich nicht nur in parteipolitischen Diskursen wider, sondern auch in der öffentlichen Meinung, wo die Frage nach Schuld und Verantwortung zunehmend polarisierend wirkt. Die Auseinandersetzung mit dem britischen Kolonialismus bleibt ein zentraler Bestandteil nationaler Identitätsbildung und beeinflusst maßgeblich, wie das Land die Welt sieht.

Nicht zuletzt wirft die imperiale Vergangenheit auch Licht auf die Ursachen des Brexit. Mit der Strategie Global Britain wollte sich das Vereinigte Königreich von der EU lösen und seine historischen Verbindungen zum Commonwealth wirtschaftlich und politisch neu beleben. Doch wie erfolgreich ist dieser Ansatz wirklich? Der Versuch, wirtschaftliche Verluste durch verstärkte Beziehungen zu ehemaligen Kolonien auszugleichen, scheint sich als komplexer zu erweisen als erhofft. Die britische Außenpolitik bewegt sich somit im Spannungsfeld zwischen imperialer Vergangenheit und globaler Neuausrichtung.

Zwischen Gerechtigkeit und Sicherheit: Die Chagos-Inseln

Als der britische Premierminister Keir Starmer im Oktober 2024 verkündete, dass das Vereinigte Königreich die Inselgruppe Chagos Islands an Mauritius abtreten wird, war er nicht auf eine sicherheitspolitische Debatte um Kosten und Konsequenzen vorbereitet. Vielmehr wollte die Labour-Regierung den Verhandlungsprozess um die Rückgabe der „letzten britischen Kolonie in

Afrika“, der 2019 unter Premierminister Boris Johnson begonnen hatte, noch vor dem Amtsantritt von Donald Trump zum Abschluss bringen.

Während die konservative Regierung eine Entscheidung über die mögliche Rückgabe stets hinausgezögert hatte, sah sich die Labour-Regierung zum Handeln gezwungen, da gleich mehrere Rechtsgutachten nahelegten, dass Großbritannien eine Klage von Mauritius vor dem Internationalen Gerichtshof (IGH) voraussichtlich verlieren würde. Dies hätte den Verlust des gesamten Archipels und damit schwerwiegende strategische Konsequenzen bedeuten können.¹ Die Starmer-Regierung wollte einem solchen Worst-Case-Szenario auch wegen der eigenen nationalen Sicherheitsinteressen zuvor kommen und entschied sich für eine proaktive Herangehensweise, indem sie eine vertragliche Einigung mit Mauritius anstrebte. Zusätzlich zu den strategischen Überlegungen stellte die Rückgabe für Premierminister Starmer vor allem auch eine Gelegenheit dar, das Engagement Großbritanniens für das Völkerrecht und internationale Verpflichtungen zu demonstrieren.

Die historische Zugehörigkeit des Chagos-Archipels zu Mauritius ist umstritten, was die Behebung „historischer Ungerechtigkeiten“ schwieriger macht, als es auf den ersten Blick erscheinen mag. Die Verbindung zwischen beiden Gebieten resultiert hauptsächlich aus der gemeinsamen Kolonialverwaltung sowohl unter der französischen als auch unter der anschließenden britischen Herrschaft.² Im Jahr 1965 wurde die Verwaltung der Chagos-Inseln wieder von Mauritius getrennt und als Britisches Territorium im Indischen Ozean (British Indian Ocean

Territory) direkt der britischen Kontrolle unterstellt. Dieser Schritt war von Großbritannien zur Voraussetzung für die Gewährung der Unabhängigkeit an Mauritius gemacht worden. In den späten 1960er-Jahren wurden dann zwischen 1.500 und 2.000 Einwohner der Chagos-Inseln zwangsweise umgesiedelt, um Platz für eine US-Militärbasis auf der Hauptinsel Diego Garcia zu schaffen. Heute ist die Inselgruppe unbewohnt.

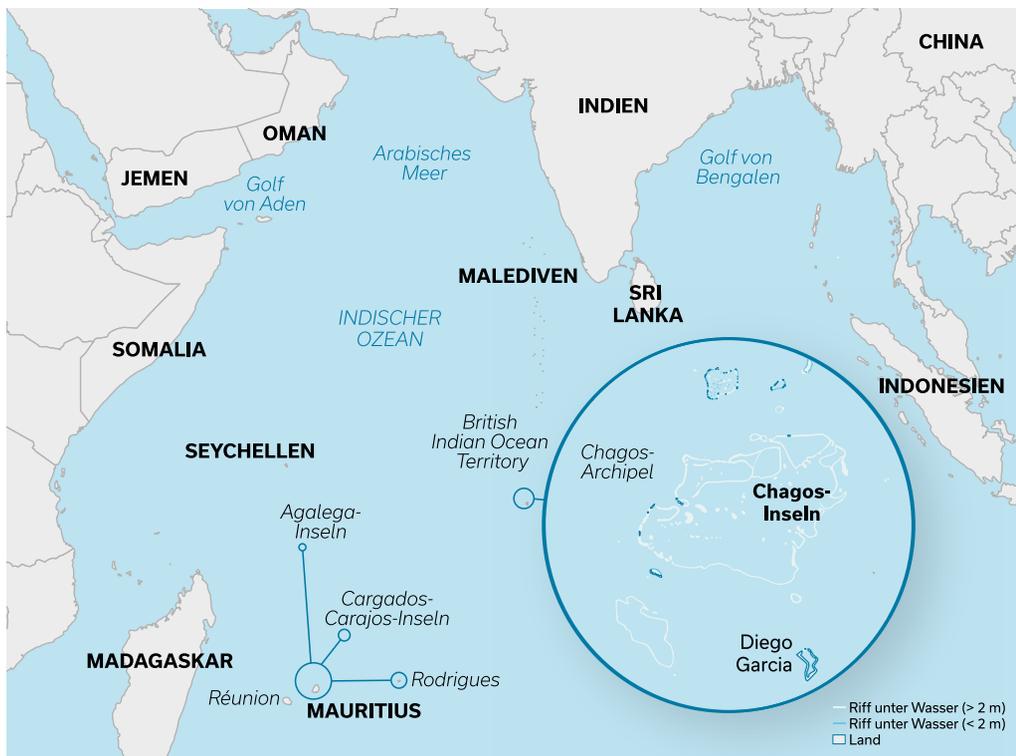
Diego Garcia beherbergt eine der wichtigsten US-Militärbasen im Indischen Ozean. Die Anlage dient den Streitkräften als Drehkreuz für Luftoperationen, maritime Überwachung und logistische Versorgung für Operationen im Nahen Osten, Südasien und Afrika. Auch die CIA nutzte die Basis für verdeckte Operationen, wie Lawrence Wilkerson, früherer Stabschef von Außenminister Colin Powell, bestätigte.³ Zuletzt wurde ein Angriff auf Huthi-Stellungen im Jemen von dort aus koordiniert. Angesichts der zunehmenden Expansion Chinas gilt die Basis heute als

unverzichtbarer Vorposten US-amerikanischer Machtprojektion in der Region.

Laut Tories verspielt Großbritannien seine strategischen Vorteile.

Die Abtrennung der Inseln und die damit verbundene Vertreibung der Bevölkerung wurden 2019 bereits vom IGH in einem nicht bindenden Gutachten als Verstoß gegen geltendes Recht eingestuft. Das Vereinigte Königreich möge die Inseln „so schnell wie möglich“ an Mauritius zurückgeben, heißt es in dem Gutachten, das die UN-Generalversammlung mit überwältigender Mehrheit unterstützte.⁴ Für den neuen britischen Premierminister war dies fünf Jahre später Grund genug, eine vertragliche Einigung mit Mauritius anzustreben. Bereits im Oktober 2024, nur wenige Monate nach

Abb. 1: Lage der Inseln des Chagos-Archipels und von Mauritius im Indischen Ozean



Quelle: eigene Darstellung, Karte: OpenDataSoft, World Administrative Boundaries ©.

seiner Amtsübernahme, wurde ein erstes Abkommen mit Mauritius ausgehandelt.⁵ Dieses musste allerdings vor dem Hintergrund der Regierungswechsel sowohl in Mauritius als auch in den USA neuverhandelt beziehungsweise revidiert werden.

Schließlich gelang der Durchbruch während des Washington-Besuchs von Keir Starmer im April 2025, nachdem auch US-Präsident Donald Trump dem Abkommen zugestimmt hatte. Trump, der das britische Rückgabevorhaben noch wenige Wochen zuvor als Verrat bezeichnet hatte, willigte nun in die ursprünglich vorgesehene Pachtzeit von 99 Jahren ein, auch weil eine vertraglich festgelegte Verlängerungsoption um weitere 40 Jahre vereinbart wurde, die in beidseitigem Einverständnis der Vertragspartner aktiviert werden kann.⁶ Zentral für diesen Verhandlungserfolg mit dem Weißen Haus war Jonathan Powell, der Nationale Sicherheitsberater Großbritanniens. Ihm ist es maßgeblich zu verdanken, dass die US-Seite überzeugt werden konnte, dass ein Abkommen mit Mauritius der wirksamste Weg ist, um jede juristische Anfechtung der Nutzung auszuschließen.⁷

Das Abkommen beendete somit eine monatelange Unsicherheit, auch wenn es in den USA und im Vereinigten Königreich weiterhin Kritik ausgesetzt ist. Vor allem führende Republikaner in Washington sowie konservative Stimmen in Großbritannien äußern Bedenken wegen der finanziellen Belastung und sicherheitspolitischer Risiken – insbesondere angesichts der Beziehungen zwischen Mauritius und China. Zu den schärfsten Kritikern auf US-Seite zählt Senator John Kennedy, der nachdrücklich darauf hinweist, dass trotz milliardenschwerer US-Investitionen und vertraglicher Abkommen die strategische Nutzung der Militärbasis keineswegs garantiert sei. Mauritius könne die Gelegenheit nutzen, Washington mit überzogenen Pachtforderungen unter Druck zu setzen, während Peking seinen Einfluss im Indischen Ozean und Golf von Bengalen weiter ausbauen könne.⁸ Die eigene Opposition, die Conservative Party, warf der Starmer-Regierung vor, durch übertriebene rechtliche Vorsicht die nationalen Sicherheitsinteressen Großbritanniens aus den Augen zu verlieren und seine strategischen Vorteile zu verspielen.

Die Kritik beschränkt sich damit längst nicht nur auf parteipolitische oder innenpolitische Fragen, sie verweist vor allem auf die sicherheitspolitische Tragweite des Abkommens. Denn die Chagos-Frage betrifft nicht nur US-amerikanische oder britische Interessen, sondern berührt auch jene der NATO-Verbündeten, die ein gemeinsames Interesse am Fortbestand westlichen Einflusses in der strategisch bedeutsamen Region haben. Eine Destabilisierung der Sicherheitsarchitektur im Indischen Ozean könnte auch langfristige Auswirkungen auf globale Verteidigungsstrategien haben. Vor diesem Hintergrund geht die Debatte um die Souveränitätsübertragung der Chagos-Inseln weit über ein klassisches Abwickeln kolonialen Erbes hinaus.

Die britische Regierung lehnt offizielle Entschuldigungen und Reparationen ab.

Das Abkommen und auch die Debatte darüber verdeutlichen, wie zäh sich die Aufarbeitung der britischen Kolonialgeschichte gestaltet und wie komplex „Wiedergutmachung“ sein kann. Es zeigt aber auch Großbritanniens geopolitische Prioritäten: Ein vollständiger Verlust des Territoriums und der Kontrolle über die Militärbasis kam für London nicht infrage, da dies die strategische Partnerschaft mit Washington und die eigene nationale Sicherheit gefährdet hätte. Folgerichtig wurde bereits im Vorfeld der Verhandlungen eine Rückgabe über ein US-Veto hinweg ausgeschlossen. Großbritannien, so legt es das Verhalten der britischen Regierung beim Chagos-Deal nahe, befindet sich also inmitten eines komplexen Balanceakts zwischen Vergangenheitsbewältigung und nationalen Sicherheitsinteressen.

Großbritanniens koloniale Debatte: Zwischen Schuld und Stolz

Die koloniale Vergangenheit ist immer wieder Gegenstand der öffentlichen Debatte. Einen Höhepunkt erreichte der Diskurs im Rahmen

der „Black-Lives-Matter“-Bewegung, die während des COVID-19-Lockdowns aus den USA nach Großbritannien schwappte. Die Bewegung entfachte landesweite Proteste gegen Rassismus und Kolonialismus und führte zu einer gesellschaftlichen Debatte über die koloniale Vergangenheit. Ein einschneidendes Ereignis war der Sturz der Statue des „Wohltäters“ Edward Colston, der seinen Reichtum dem Sklavenhandel verdankte, im Juni 2020 durch Demonstranten in seiner Heimatstadt Bristol.⁹ Universitäten und kulturelle Institutionen im ganzen Land bekundeten ihre Solidarität und begannen, ihre eigenen Verbindungen zur kolonialen Vergangenheit zu hinterfragen. Diese Bewegung forderte eine kritische Auseinandersetzung mit dem kolonialen Erbe einschließlich Bildungsreformen, die Entfernung von Denkmälern und Diskussionen über Reparationen. Ein passender Anlass dafür war unter anderem der Besuch von König Charles III. in Kenia im Oktober 2023, bei dem er zwar sein tiefes Bedauern über die „verwerflichen und unentschuldbaren“ Gewalttaten während der britischen Kolonialherrschaft ausdrückte, jedoch keine formelle Entschuldigung aussprach. Menschenrechtsorganisationen kritisierten dieses Zögern und forderten eine uneingeschränkte öffentliche Entschuldigung.¹⁰ Die britische Regierung aber lehnt offizielle Entschuldigungen und finanzielle Reparationen weiterhin ab. Stattdessen signalisiert sie Offenheit für indirekte Formen der Wiedergutmachung, wie Schuldenerlass und Entwicklungszusammenarbeit.

Die Conservatives sehen sich in der Rolle der Verteidiger einer positiven nationalen Selbstwahrnehmung.

Doch während über die Form der Wiedergutmachung noch diskutiert wird, verschiebt sich zugleich auch der Rahmen der Debatte über die koloniale Vergangenheit: Diese wird diesmal nicht mehr nur von traditionell antikolonialen Gruppen geprägt, sondern zunehmend auch

von konservativen Kreisen, die mit einer bewusst offensiven Erzählung versuchen, die „Errungenschaften“ der britischen Kolonialherrschaft positiv in den Vordergrund zu rücken.

An erster Stelle wird aufgeführt, dass es das British Empire war, das den transatlantischen Sklavenhandel mit seiner Marine bekämpfte und beendete, lange bevor in den Vereinigten Staaten der Bürgerkrieg ausbrach. Die Organisation History Reclaimed zum Beispiel widmet sich dem Ziel, „Verzerrungen der Geschichte herauszufordern und Kontext, Erklärung und Ausgewogenheit in eine Debatte zu bringen, in der Dogmatismus zu oft der Analyse und Verurteilung dem Verständnis vorgezogen wird“.¹¹ Ein führender Kopf der Organisation, Nigel Biggar, fordert in seinem Buch „Colonialism: A Moral Reckoning“ aus dem Jahr 2023 ebenfalls eine differenziertere Sicht auf das Empire und argumentiert, dass der Kolonialismus nicht ausschließlich negativ zu betrachten sei. Das British Empire habe nicht nur inhumanen Praktiken wie Sklaverei, Witwenverbrennungen und Menschenopfern ein Ende gesetzt, sondern auch nachhaltige Institutionen wie Rechtsstaatlichkeit, funktionierende Verwaltung und moderne Bildungssysteme geschaffen, die bis heute positive Wirkungen in den ehemaligen Kolonien entfalten.¹² Biggar wurde im Januar 2025 auf Bestreben Kemi Badenochs, Vorsitzende der Conservative Party, zum Life Peer¹³ ernannt und sitzt seitdem im House of Lords als konservativer Peer.

Sein Werk stärkt Badenochs Anliegen, dem Westen neues Selbstvertrauen zu verleihen. Die Conservatives sehen sich in der Debatte um das koloniale Erbe in der Rolle der Verteidiger einer positiven nationalen Selbstwahrnehmung. Sie vertreten die Auffassung, dass Großbritannien trotz seiner kolonialen Vergangenheit Grund zum Selbstbewusstsein habe. Gerade die von Kemi Badenoch immer wieder zitierte Studie, wonach fast die Hälfte der jungen Briten ihr Land als rassistisch empfindet, dient ihr als Beleg für eine wachsende Selbstzweifel-Kultur, die sie auf einseitige und spaltende gesellschaftliche Narrative zurückführt.¹⁴ Für die aktuelle Führungsriege der Conservative Party sind Reparationsforderungen



Völkerrechtlich unter Druck: 2019 unterstützte die UN-Generalversammlung mit großer Mehrheit ein Rechtsgutachten des Internationalen Gerichtshofs, in dem dieser das Vereinigte Königreich aufforderte, die Chagos-Inseln „so schnell wie möglich“ an Mauritius zu übergeben. Foto: © Kyodo News, Imago.

Ausdruck einer endlosen Schulddebatte, die vor allem von linken Narrativen vorangetrieben werde. Der heutige Wohlstand und Fortschritt in Großbritannien seien nicht allein dem Kolonialismus geschuldet, sondern vor allem das Ergebnis einer vielfältigen und leistungsfähigen Gesellschaft. Der ehemalige Migrationsminister Robert Jenrick ging sogar noch weiter und forderte von den ehemaligen Kolonien mehr Dankbarkeit für die demokratischen Institutionen, welche sie vom Empire geerbt hätten,¹⁵ während die Parteichefin der Conservatives die Entstehung autoritärer Herrschaften in afrikanischen Staaten mit der Abwendung von britischen Werten in Zusammenhang bringt.¹⁶

Die Auswirkungen des Kolonialismus variierten regional stark.

Ein Blick auf das British Empire zeigt, warum die Debatte um das koloniale Erbe so komplex ist und tiefe gesellschaftliche Gräben zieht. Über Jahrhunderte formte die imperiale Vormachtstellung nicht nur die geopolitische Ordnung, sondern prägte auch das globale britische Selbstverständnis, das oft wesentlich schwerer wog als das europäische Zugehörigkeitsgefühl. Das Empire verschaffte Großbritannien große

wirtschaftliche Vorteile, die Kontrolle globaler Handelsrouten und weltweiten Einfluss. Diese Dominanz nährte ein bis heute spürbares, romantisierendes Bild des Kolonialismus in Teilen der Gesellschaft.¹⁷ Zweifellos trug der koloniale Charakter des Empires zur Industrialisierung, technologischen Führungsrolle und Entwicklung einer globalen gesellschaftlichen und politischen Perspektive bei. Er war auch von rassistischen Hierarchien, systematischer Ausbeutung und einem tief verankerten Überlegenheitsgefühl geprägt.¹⁸ Eine nüchterne Betrachtung zeigt: Die Auswirkungen des Kolonialismus variierten regional stark. Siedlerkolonien wie Australien und Neuseeland entwickelten sich vergleichsweise erfolgreich, während Länder mit indigener Mehrheitsbevölkerung langfristig unter massiven politischen und wirtschaftlichen Belastungen litten.¹⁹

Die Schattenseiten des Empire sind unumstritten, weshalb Großbritannien unter Druck steht, sich

mit Forderungen nach Reparationen auseinanderzusetzen. Auf dem Commonwealth-Gipfel in Samoa 2024 forderten die Mitgliedstaaten einen „bedeutsamen, wahrheitsgemäßen und respektvollen Dialog“²⁰ über Reparationsfragen etwa bezüglich des transatlantischen Sklavenhandels. Tatsächlich beteiligte sich Großbritannien in großem Umfang am internationalen Sklavenhandel, den es erst mit dem Slave Trade Act 1807 zu bekämpfen begann.²¹ Sowohl für Labour als auch die Conservatives stand die Frage finanzieller Entschädigungen jedoch von Anfang an nie ernsthaft zur Debatte. In Großbritannien herrscht parteiübergreifend Einigkeit darüber, dass dieses Fass ohne Boden nicht geöffnet werden sollte. Auch Premierminister Keir Starmer hat diese Haltung wiederholt unterstrichen, selbst wenn er sich grundsätzlich offen für Gespräche über den Umgang mit der kolonialen Vergangenheit zeigt.²² Diese Offenheit wahrt der britische Premierminister nicht nur, um seinen Kurs der kolonialen



Erst weiß, dann weg: 2020 wurde die Statue des „Wohltäters“ – und Sklavenhändlers – Edward Colston in seiner Heimatstadt Bristol von Demonstranten gestürzt. Davor hatte sich der Protest gegen das Monument durch Farbattacken ausgedrückt. Foto: © Keith Ramsey, Depositphotos, Imago.

Wiedergutmachung fortzusetzen, sondern auch, weil ein wesentlicher Teil der Neuausrichtung der britischen Wirtschaftsstrategie nach dem Brexit auf den Beziehungen zu und den Handel mit den Commonwealth-Staaten aufbaut.

Der Brexit, das Commonwealth und Global Britain

Eine historisch verwurzelte Vorstellung von Großbritanniens globaler Bedeutung kennzeichnet auch das britische Selbstverständnis in der Außenpolitik. Ein prägendes Beispiel dafür ist der Brexit, die wohl weitreichendste politische Entscheidung der jüngeren britischen Geschichte. Der Austritt aus der Europäischen Union war für viele Befürworter eng mit der Idee verbunden, die nationale Souveränität wiederherzustellen – insbesondere die Kontrolle über die Handelspolitik und die Möglichkeit, eigenständige Abkommen mit Partnern weltweit zu schließen. Großbritannien setzte sich das Ziel, wieder „global“ zu werden. Unter der konservativen Regierung wurde Global Britain zur offiziellen außenpolitischen Strategie erklärt. London wollte mit ihr seinen Einfluss in einer sich wandelnden Weltordnung neu definieren.²³ Schon vor dem Brexit-Referendum 2016 prägten entsprechende Narrative und Schlagworte die Debatte: die Rückgewinnung der Souveränität, die Verlagerung der Entscheidungsmacht von Brüssel nach London, die Vorstellung, dass der Handel mit dem Commonwealth die Folgen des Brexit abfedern könne, und die Hoffnung auf eine Wiederbelebung historischer Beziehungen in die Welt.

Der Handel mit der EU bleibt das Kernstück der britischen Handelsbeziehungen.

Es ist also nicht überraschend, dass Großbritannien nach dem Brexit stark auf das Commonwealth und seine 56 Mitgliedstaaten, unter ihnen vor allem ehemalige Kolonien, setzte. Man hoffte, alte Handelsrouten zu beleben, regionalen

Einfluss zurückzugewinnen und historische Verbindungen wirtschaftlich nutzen zu können – besonders in Afrika. Länder wie Südafrika, Nigeria, Äthiopien, Kenia und Ghana sollten strategische Partner werden, um wirtschaftliche Entwicklung, Sicherheit und Stabilität auf dem Kontinent zu fördern.

Die Strategie, mit dem Brexit die historischen Beziehungen zum Commonwealth zu revitalisieren und als Global Britain neue wirtschaftliche Perspektiven zu erschließen, erwies sich als nur begrenzt wirksam. Zwar bleibt das Commonwealth ein geopolitisches Netzwerk, das London exklusive Zugänge zu bieten scheint, doch die Realität ist weitaus komplexer. Die ehemaligen Kolonien haben längst begonnen, sich wirtschaftlich und politisch zu emanzipieren, suchen zunehmend neue Partnerschaften und stellen eigene Interessen in den Vordergrund. In diesem Kontext verlieren die alten Machtstrukturen an Bedeutung, während Großbritannien gezwungen zu sein scheint, sich als Partner unter Gleichen zu positionieren.

Gerade die Ambition, durch den Fokus auf das Commonwealth die Außenhandelsströme des Königreichs und dessen geopolitischen Einfluss neu zu gestalten, hat sich – wie sich an den Zahlen ablesen lässt – nicht als realistisch erwiesen. Während der Handel mit der EU nach dem Brexit nur ein leichtes Defizit verzeichnet,²⁴ stagniert der mit dem Commonwealth trotz hinzugewonnener Eigenständigkeit im Welthandel weitgehend. 2023 gingen nur rund zehn Prozent der britischen Exporte dorthin – kaum mehr als vor dem Brexit.²⁵ Dabei vereint das Commonwealth immerhin rund 13 Prozent der weltweiten Wirtschaftsleistung auf sich.²⁶ Im Vergleich dazu erwirtschaftet die EU mit ihren 27 Mitgliedstaaten mit einem Anteil von 14,7 Prozent nur unwesentlich mehr.²⁷ Dennoch bleibt der Handel mit der EU das Kernstück der britischen Handelsbeziehungen.

Auch die britische Entwicklungspolitik offenbart einen Widerspruch zwischen Anspruch und Realität. Einerseits betont London, die Zusammenarbeit mit den Staaten des sogenannten Globalen

Südens ausbauen zu wollen, nicht zuletzt, um Forderungen nach Reparationen zuvorzukommen. Andererseits sendet die angekündigte Kürzung der Entwicklungsausgaben ein völlig gegensätzliches Signal und untergräbt die Glaubwürdigkeit der britischen Partnerschaftsangebote nachhaltig. Der Anteil der Mittel liegt mittlerweile nur noch bei 0,5 Prozent des Bruttonationaleinkommens, mit weiter sinkender Tendenz. Premierminister Starmer kündigte sogar an, diesen Anteil auf 0,3 Prozent abzusenken, um stattdessen die Verteidigungsausgaben zu erhöhen.²⁸ Für die Länder des Commonwealth sind die britischen öffentlichen Entwicklungsleistungen (Official Development Assistance) seit 2019 bereits um 70 Prozent zurückgegangen, von 1,88 Milliarden auf 570 Millionen Pfund im Jahr 2023.²⁹

Die Commonwealth-Staaten erwarten von Großbritannien immer mehr die glaubwürdige Auseinandersetzung mit der kolonialen Vergangenheit.

Wie gut die Beziehungen Großbritanniens zu seinen Ex-Kolonien schließlich ausfallen, ist also zum einen eine Frage der Investition in diese und zum anderen eine Frage der Interessenkongruenz, wie die Beispiele Singapur und Indien verdeutlichen. Mit Singapur konnte London Erfolge erzielen. Das Freihandelsabkommen von 2021 und das Digital Economy Agreement von 2022 bauen gezielt auf beiderseitige Stärken im Dienstleistungssektor auf. Bereits 2020 erreichte das bilaterale Handelsvolumen mehr als 22 Milliarden US-Dollar – eine solide Basis für weiteres Wachstum. Indien hingegen bleibt ein schwierigerer Partner. Zwar wurde im Mai 2021 unter Premierminister Johnson die ambitionierte 2030 Roadmap beschlossen, die eine umfassende Zusammenarbeit in Bereichen wie Handel, Klima, Gesundheit und Verteidigung vorsieht, doch der Fortschritt bleibt begrenzt. Die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen

wurden zeitweise ausgesetzt. Erst nach jahrelangem Ringen schlossen das Vereinigte Königreich und Indien im Mai 2023 ein umfassendes Abkommen.

Der Brexit und die Global-Britain-Strategie waren Ausdruck einer außenpolitischen Identitätssuche. Beide blieben hinter den ambitionierten Zielen und Erwartungen zurück. Der Brexit war mit einer außenpolitischen Hoffnung verbunden, die stark von historischen und identitären Vorstellungen geprägt, aber schließlich nicht von Erfolg gekrönt war, weil sie mit der realen britischen Einflussphäre nur noch begrenzt zu tun hat. In der Zwischenzeit hat sich abgezeichnet, dass Global Britain mit erheblichen realpolitischen Herausforderungen konfrontiert ist. Die erhoffte Revitalisierung des Commonwealth als wirtschaftliche und politische Einheit konnte bislang nur in begrenztem Maße realisiert werden. Viele Mitgliedstaaten sind wirtschaftlich nicht auf Großbritannien angewiesen und verfolgen zunehmend ihre eigenen Interessen, was die Bedeutung dieser historischen Verbindungen relativiert. Immer mehr erwarten die Staaten des Commonwealth zudem eine glaubwürdige Auseinandersetzung mit der kolonialen Vergangenheit als Voraussetzung für vertiefte Partnerschaften.

Ausblick

Die imperiale Vergangenheit ist nach wie vor ein prägender Bestandteil der britischen Identität – gerät jedoch zunehmend in Widerspruch zur politischen und wirtschaftlichen Realität des 21. Jahrhunderts. Die Aufarbeitung der kolonialen Geschichte stellt sowohl innen- als auch außenpolitisch ein ungelöstes Spannungsfeld dar. Die Debatte wird auch künftig den öffentlichen Diskurs begleiten – mal intensiver, mal verhaltener –, geprägt von wechselnden Perspektiven: teils kritischer Auseinandersetzung mit kolonialen Vergehen, teils nostalgischer Verklärung des Empire. Gerade diese Ambivalenz prägt heute das Selbstverständnis Großbritanniens. Das Vereinigte Königreich steht dabei vor der Herausforderung, eine ausgewogene außen- wie innenpolitische Identität zu entwickeln, die sowohl

dem kolonialen Erbe als auch zeitgemäßen ethischen Maßstäben gerecht wird.

Die außenpolitische Zukunft Großbritanniens wird maßgeblich davon abhängen, inwieweit es gelingt, sich glaubwürdig von überkommenen imperialen Denkmustern zu lösen und zugleich die Potenziale des Commonwealth gezielter für die eigenen strategischen Interessen zu nutzen. Nur unter diesen Voraussetzungen wird das Vereinigte Königreich langfristig eine relevante Rolle auf einer multipolaren Weltbühne einnehmen können – eine Rolle, die den eigenen Ansprüchen als einflussreiche globale Macht tatsächlich gerecht wird.

Seit der 2023 überarbeiteten Integrated Review der Regierung, die als Neuausrichtung der britischen Rolle in der Welt angesehen werden könnte, haben die neuen geopolitischen Realitäten Einzug in die strategischen Überlegungen der Regierung gehalten. Spätestens die neue Labour-Regierung versucht sich an einem wesentlich pragmatischeren Ansatz. Statt sich als globale Führungsmacht in imperialer Tradition zu inszenieren, rückt Großbritannien internationale Partnerschaften in den Mittelpunkt, um seine Rolle in einer multipolaren Welt neu zu definieren. Die Priorität liegt nun auf Kooperation, insbesondere innerhalb der NATO, der G7, aber auch mit der EU. Rückblickend erscheint Global Britain weniger als eine realistische außenpolitische Strategie, sondern vielmehr als ein identitätsstiftendes Projekt nach dem Brexit – ein Narrativ, das den geopolitischen Realitäten nicht standhalten konnte. Gegenwärtig versucht die britische Regierung, ihre Annäherungs- und Überzeugungsbemühungen gegenüber der Trump-Administration mit einer ebenso ambitionierten Europapolitik zu verbinden. Der Brexit könnte sich als Chance erweisen, nach Jahren der globalen Abwesenheit eine neue und entscheidende Rolle für Großbritannien zwischen den beiden Seiten des Atlantiks zu finden.

- 1 Grylls, George / Kendix, Max 2025: Government got 'clear' legal advice to cede Chagos, says Starmer, The Times, 05.02.2025, in: <https://ogy.de/b8j5> [04.04.2025].
- 2 Pike, Francis 2024: The long-forgotten history of the Chagos Islands, The Spectator, 07.10.2024, in: <https://ogy.de/7otn> [04.04.2025].
- 3 Cobain, Ian 2015: CIA interrogated suspects on Diego Garcia, says Colin Powell aide, The Guardian, 30.01.2015, in: <https://ogy.de/02je> [04.04.2025].
- 4 International Court of Justice 2019: Legal Consequences of the Separation of the Chagos Archipelago from Mauritius in 1965, Advisory Opinion, 25.02.2019, in: <https://ogy.de/nqy6> [04.04.2025].
- 5 Curtis, John 2024: British Indian Ocean Territory: 2024 UK and Mauritius agreement, Research Briefing, House of Commons Library, 31.10.2024, in: <https://ogy.de/juvm> [10.02.2025].
- 6 Whannel, Kate 2025: UK finalising Chagos deal with Mauritius, says No 10, BBC News, 01.04.2025, in: <https://ogy.de/t76i> [16.06.2025].
- 7 Courea, Eleni 2025: Donald Trump signs off UK's handover of Chagos Islands to Mauritius, The Guardian, 01.04.2025, in: <https://ogy.de/arkr> [04.04.2025].
- 8 Kennedy, John 2025: Kennedy: America won't forget if UK gives away Chagos Islands, YouTube, 02.04.2025, in: <https://ogy.de/yadj> [04.04.2025].
- 9 Siddique, Haroon / Skopeliti, Clea 2020: BLM protesters topple statue of Bristol slave trader Edward Colston, The Guardian, 07.06.2020, in: <https://ogy.de/xi5r> [04.04.2025].
- 10 Clinton, Jane / Kimeu, Caroline 2023: King Charles stops short of apology for 'abhorrent' colonial violence in Kenya, The Guardian, 31.10.2023, in: <https://ogy.de/3j7v> [04.04.2025].
- 11 History Reclaimed: About History Reclaimed, in: <https://ogy.de/al5h> [04.04.2025].
- 12 Sumption, Jonathan 2023: Cruel Britannia? Colonialism: A Moral Reckoning by Nigel Biggar, Literary Review 515, 02/2023, in: <https://ogy.de/91gx> [04.04.2025].
- 13 Life Peers sind auf Lebenszeit ernannte Mitglieder des britischen Oberhauses (House of Lords). Ihr Titel ist im Gegensatz zu Peers oder Lords nicht vererbbar.
- 14 Kemi Badenoch, Mitglied des Parlaments des Vereinigten Königreichs, zitiert nach The Spectator 2025: Read: Kemi Badenoch's full speech at the Arc Conference, 17.02.2025, in: <https://ogy.de/d1op> [14.04.2025].
- 15 Quinn, Ben 2024: Former British colonies owe 'debt of gratitude', says Robert Jenrick, The Guardian, 29.10.2024, in: <https://ogy.de/p242> [14.04.2025].
- 16 Kemi Badenoch, Mitglied des Parlaments des Vereinigten Königreichs, zitiert nach The Conservative Party 2025: Kemi's Speech to the Alliance for Responsible Citizenship, 17.02.2025, in: <https://ogy.de/uew7> [04.04.2025].

- 17 Crowhurst, Peter 2019: Why did the British Empire expand?, British Empire 1815–1914, in: <https://ogy.de/7oo3> [04.02.2025].
- 18 Libecap, Gary D. 2012: The Bright Side of British Colonialism, Hoover Institution, 19.01.2012, in: <https://ogy.de/wao5> [14.04.2025].
- 19 Harrop, Niamh L. 2023: Spilling the Tea: A Comparative Analysis of Development in Ex-British Colonies, University of Central Florida, 15.05.2023, in: <https://ogy.de/79jt> [04.02.2025].
- 20 Aikman, Ian / Mason, Chris 2024: Time has come for reparations dialogue, Commonwealth heads agree, BBC News, 26.10.2024, in: <https://ogy.de/856y> [14.05.2025].
- 21 UK Parliament 2015: 1807 Abolition of the Slave Trade, in: <https://ogy.de/hpg8> [16.05.2025].
- 22 Demony, Catarina / Redmayne, James 2024: Commonwealth nations to discuss slavery reparations, climate change, Reuters, 24.10.2024, in: <https://ogy.de/3k0j> [04.04.2025].
- 23 Brown, Thomas 2024: UK position on foreign affairs, UK Parliament, 28.02.2024, in: <https://ogy.de/aga7> [04.02.2025].
- 24 Ward, Matthew / Webb, Dominic 2025: Statistics on UK-EU trade, Research Briefing, UK Parliament, 22.04.2025, in: <https://ogy.de/bupa> [14.05.2025].
- 25 Ward, Matthew 2024: Statistics on UK trade with the Commonwealth, Research Briefing, UK Parliament, 13.12.2024, in: <https://ogy.de/kbk2> [10.02.2025].
- 26 WorldData.info: Countries of the Commonwealth of Nations, in: <https://ogy.de/g8ab> [04.04.2025].
- 27 Urmersbach, Bruno 2025: Europäische Union: Anteil am kaufkraftbereinigten globalen Bruttoinlandsprodukt (BIP) von 1980 bis 2024 und Prognosen bis 2030, Statista, 06.05.2025, in: <https://ogy.de/9g8d> [02.06.2025].
- 28 Gulati, Shreya 2023: Payback time, a case for reparations, London School of Economics and Political Science, 16.05.2023, in: <https://ogy.de/hcfa> [04.02.2025].
- 29 Foreign, Commonwealth & Development Office 2024: Statistics on International Development: provisional UK aid spend 2023, 10.04.2024, in: <https://ogy.de/ctva> [14.04.2025]

Zwischen Idealismus und Pragmatismus

Fallstricke einer eindimensionalen Kolonialismusdebatte am Beispiel Tansanias

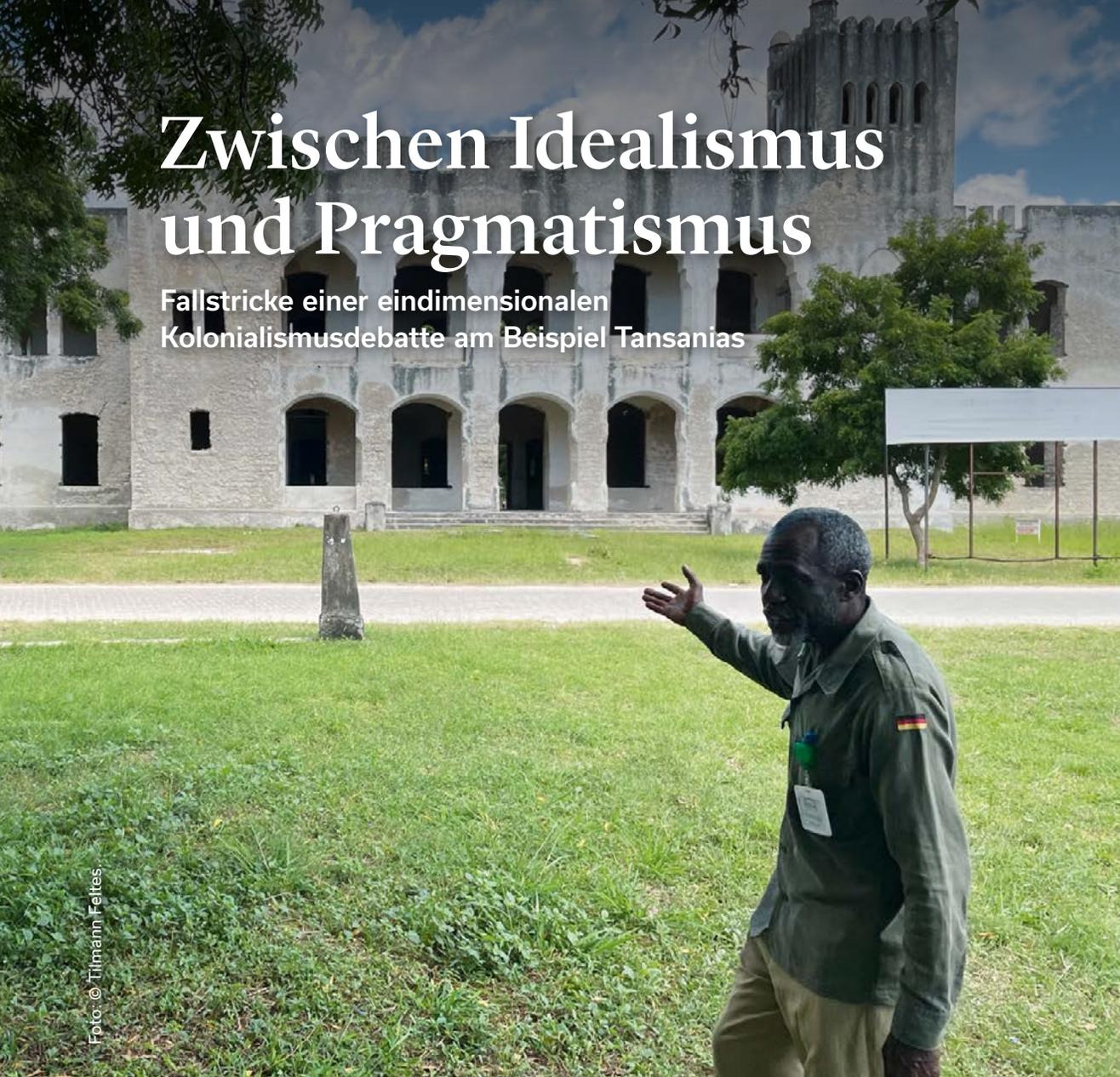


Foto: © Tilmann Feltes

Auf einen Blick

Die Debatte über die deutsche Kolonialvergangenheit in Ostafrika war in Tansania lange ein politisches Randthema. In den vergangenen Jahren wurde sie vornehmlich durch die ehemalige Bundesregierung auf die Agenda gesetzt.

Insbesondere durch die vormalige Leitung des Auswärtigen Amtes wurde gegenüber Tansania eine einseitig auf die Vergangenheit konzentrierte Politik verfolgt, die zudem von einem mangelnden Verständnis historischer Tatsachen und aktueller Debatten in Tansania selbst geprägt war.

Die tansanische Regierung – seit gut 60 Jahren von der Partei CCM geführt – prägt die nationale Erinnerungspolitik und verfolgt auch auf diesem Gebiet eigene Interessen, die nicht immer mit denen der Bevölkerung beziehungsweise der verschiedenen ethnischen Gruppen übereinstimmen. Deutschland sollte dennoch nicht versuchen, eine Aufarbeitungspolitik an der tansanischen Regierung vorbei zu betreiben.

Die Frage nach Reparationen dürfte die neue Bundesregierung beschäftigen. Diese sollte keine übertriebenen Erwartungen wecken und auch vor dem Hintergrund der schwierigen Erfahrungen aus den Verhandlungen mit Namibia Zurückhaltung walten lassen.

Die Autoren



Tilmann Feltes war bis April 2025 Leiter des Auslandsbüros Tansania der Konrad-Adenauer-Stiftung.



Sebastian Laschet ist Projektleiter bei der tansanischen Nichtregierungsorganisation JamiiForums.

Obwohl die als „Afrikapolitik“ bezeichnete Außenpolitik Deutschlands gegenüber afrikanischen Ländern im Bundestag weiterhin zu den Randthemen gehört, schaffen es einige Debatten immer wieder in die bundesweiten Schlagzeilen. Dazu gehört auch die Aufarbeitung der deutschen Kolonialvergangenheit auf unserem Nachbarkontinent. Laut aktuellem Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD soll die Aufarbeitung des Kolonialismus intensiviert werden. Anders als in prominenteren Politikfeldern gibt es in diesem Bereich regelmäßig konstruktive Debatten und einen Grundkonsens über die unentschuldbaren Verbrechen, auf den sich die Mitte des Parlaments überparteilich einigen kann. Trotzdem lassen sich auch hier Differenzen erkennen, die vor allem dann relevant werden, wenn die im Bereich der Kulturpolitik verortete Kolonialismusdebatte Gefahr läuft, über außenpolitische Fallstricke zu stolpern. Dieser Beitrag berichtet aus Tansania, welche ungewollten Problematiken bei einer eindimensionalen Herangehensweise an das Thema vor Ort entstehen können und wie eine strategischere (Neu-)Ausrichtung in der Außen- und Restitutionspolitik mit Tansania aussehen könnte. Dabei stellen wir drei Thesen voran, die nachgehend genauer ausgeführt werden:

1. Die Kolonialismusdebatte ist in der Art und Weise, wie sie von deutscher Seite in den vergangenen Jahren oktroyiert wurde, undifferenziert und so stark simplifiziert, dass sie den lokalen Gegebenheiten Tansanias in ihrer Komplexität nicht gerecht wird. Dadurch können sich ernstzunehmende außenpolitische Fallstricke ergeben.
2. Die Aufarbeitung der deutschen Kolonialzeit in Tansania muss mit unseren Partnern

vor Ort stattfinden. Dies darf und sollte auch im Einklang mit den außenpolitischen Interessen Deutschlands geschehen.

3. Die deutsche Außen- und Entwicklungspolitik mit Tansania muss neu justiert werden, um diplomatisch-kulturellen Sackgassen zu entgehen. Mit einem neuen pragmatischen Auftreten und einem umfangreicheren Verständnis lokaler Kontexte ist es noch nicht zu spät, aus der derzeitigen Sackgasse in Tansania herauszukommen.

Die politische Relevanz der gegenwärtigen deutschen Kolonialismusdebatten

Wer sind die Akteure und welche Ideologien vertreten sie?

In Deutschland haben die Kolonialismusdebatten und deren mediale Rezeption in den vergangenen Jahren stark zugenommen. Zentrale Themen, die hier diskutiert werden, sind die Umbenennung von Straßennamen, der Umgang mit kolonialen Denkmälern, die Repatriierung menschlicher Überreste¹ und die Restitution von Kulturgut aus kolonialen Kontexten. In vielen dieser Bereiche ist noch einiges zu tun. Dennoch hat es bereits Fortschritte gegeben, die in unterschiedlichen politischen Lagern als Erfolg gewertet werden. Verstärkt befassen sich auch Museen (wie aktuell die Tansania-Ausstellung im Humboldt Forum in Berlin), Bibliotheken und Universitäten sowohl mit der Geschichte ihrer kolonialen Verstrickung als auch mit der Herkunft ihrer Bestände und möglichen Rückgaben an die Herkunftsgesellschaften.

Allerdings werden sowohl von bestimmten zivilgesellschaftlichen Akteuren als auch von

Von 1884/1885 bis 1918 war Deutsch-Ostafrika eine Kolonie des Deutschen Reiches. Auf dem Gebiet befinden sich heute Tansania, Burundi, Ruanda und ein kleiner Teil Mosambiks. Bereits 1884 hatte das Deutsche Reich in Afrika die Kolonien Togo, Kamerun und Deutsch-Südwestafrika besetzt. Deutsch-Ostafrika war die bevölkerungsreichste deutsche Kolonie und galt als diejenige mit dem größten wirtschaftlichen Potenzial.

Den Grundstein für die Kolonie legte die Deutsch-Ostafrikanische Gesellschaft (DOAG), deren Vertreter im Jahr 1884 Gespräche mit Anführern verschiedener Bevölkerungsgruppen führten und sie dazu drängten, einseitig aufgesetzte Verträge zu unterschreiben, durch die sie aus deutscher Sicht „offiziell“ jegliche Rechte über ihr Land abgaben. Im Februar 1885 gab es dann durch einen von Kaiser Wilhelm I. unterzeichneten „Schutzbrief“ den Auftrag an Carl Peters, den Leiter der DOAG, die Gebiete zu besetzen. Die Präsenz des Kolonialstaats war regional stark unterschiedlich und in manchen Gebieten tauchten erst Jahrzehnte nach dem aus deutscher Sicht postulierten Besitzanspruch erstmals deutsche Kolonialbeamte auf. Aufgrund seiner besonders brutalen Herrschaftsmethoden wurde Peters 1897 seines Amtes enthoben.

Der Alltag in den europäischen Kolonien in Afrika war von dem Gedanken verschiedener „Menschenrassen“ geprägt. Dabei gab es eine konstruierte Hierarchie, in der die Weißen die Spitze der Zivilisation darstellten und die Einheimischen, die teilweise gar nicht als vollwertige Menschen angesehen wurden, ganz unten standen. Aus dieser rassistischen

Grundhaltung heraus wurde, aus europäischer Sicht, eine „Zivilisierungsmission“ abgeleitet, durch die diskriminierende und brutale Vorgehensweisen legitimiert wurden. Auch in Deutsch-Ostafrika wurde dieses rassistische und mittlerweile überholte Denken in der Praxis sichtbar.

Es gab wiederholt Widerstand der einheimischen Bevölkerung gegen die deutsche Kolonialherrschaft. Der Maji-Maji-Krieg (1905 bis 1907/1908) wird dabei aufgrund der vielen Todesopfer und der brutalen Kriegsführung am stärksten erinnert. Das Ende Deutsch-Ostafrikas führte der Erste Weltkrieg herbei. Nach seiner Niederlage musste das Deutsche Reich sämtliche Kolonien abtreten, Deutsch-Ostafrika fiel an Großbritannien.

Quellen

- Antosch, Jan 2004: Die Kolonie Deutsch-Ostafrika, Lebendiges Museum Online, 02.11.2004, in: <https://ogy.de/mss0> [21.05.2025].
- Eckelmann, Susanne / Wichmann, Manfred 2020: Carl Peters 1856–1918, Lebendiges Museum Online, 23.10.2020, in: <https://ogy.de/1x32> [21.05.2025].
- Hilt, Kerstin 2020: Carl Peters, Planet Wissen, 08.04.2020, in: <https://ogy.de/k5j7> [21.05.2025].
- Conrad, Sebastian 2008: Deutsche Kolonialgeschichte, München.
- Baer, Martin / Schröter, Olaf 2001: Eine Kopfgagd. Deutsche in Ostafrika. Spuren kolonialer Herrschaft, Berlin.
- Beez, Jigal 2003: Geschosse zu Wassertropfen: Sozio-religiöse Aspekte des Maji-Maji-Krieges in Deutsch-Ostafrika (1905–1907), Köln.
- Laschet, Sebastian 2024: Erinnerungen an Deutsch-Ostafrika und der Umgang mit kolonialer Vergangenheit in Tansania, in: <https://ogy.de/idem> [04.06.2025].

Parlamentariern des linken Spektrums immer wieder Forderungen gestellt, bei deren Umsetzung sich die Bundesregierung auf ein außenpolitisches Minenfeld begeben würde. Beispielsweise fordern verschiedene Vereine

wie „Berlin/Augsburg/München/Leipzig Postkolonial“ oder „Decolonize Berlin“ gemeinsam mit Wissenschaftlern und Vertretern der Partei Die Linke grundsätzliche Entschädigungen für besonders betroffene tansanische „Communities/

Regionen“.² Auch Sevim Dağdelen, die bis Anfang 2025 für das BSW Abgeordnete im Bundestag war, fordert Reparationszahlungen und ließ im Juni 2024 in einer Anfrage an die Bundesregierung durchklingen, dass dies nicht zwingend „in Abstimmung mit und im Einverständnis mit der Regierung Tansanias“ geschehen müsse.³

In den gängigen postkolonialen Theorien und Debatten sind Forderungen nach Reparationszahlungen ein zentrales Thema. Allerdings folgen sie oft verkürzten und dadurch leider ahistorischen Darstellungen der Vergangenheit. Die vorkoloniale Zeit in Afrika, in der es bereits Sklaverei, Kriege und Ausbeutung gab, wird dabei oftmals romantisiert und gleichzeitig wird jeder westliche Einfluss bis heute dämonisiert. Verkürzte historische Beschreibungen, die das Ziel verfolgen, die eigene politische Überzeugung zu rechtfertigen, sind ein Hauptkritikpunkt an den postkolonialen Theorien, wie er sich auch in der Debatte rund um Tansania offenbart.⁴

Das politische System Tansanias ist stark zentralistisch ausgerichtet.

Das Aufgreifen der Kolonialismusdebatte durch die deutsche Seite

Im Jahr 2023 reiste Bundespräsident Steinmeier nach Tansania und entschuldigte sich am Maji-Maji-Museum in Songea erstmalig für die deutsche Kolonialvergangenheit. Mitgereist war auch die zuständige Staatsministerin aus dem Auswärtigen Amt, die während ihrer Amtszeit von 2021 bis 2025 allein dreimal nach Tansania reiste. Bei jedem ihrer Besuche stand die deutsche Kolonialvergangenheit im Mittelpunkt. So nahm sie im Rahmen ihrer letzten Reise im Jahr 2024 an einer Gedenkzeremonie in Moshi teil, welche seit dem Jahr 2018 in unregelmäßigen Abständen, maßgeblich koordiniert durch externe zivilgesellschaftliche Initiativen aus Berlin, stattfindet. Offenbar inspiriert von Steinmeiers Entschuldigung aus dem Vorjahr, hielt sie

eine Rede, bei der sie sich im gleichen Duktus wie der Bundespräsident bei den Opfern entschuldigte und sich zudem figurativ vor ihnen verneigte. Sie tat dies als offizielle Vertreterin der Bundesregierung sowie, explizit in ihrer Rede erwähnt, als Nachfahrin von Carl Peters, Mitbegründer der Kolonie Deutsch-Ostafrika, auch im Namen ihrer Familie.⁵ Der geplante Dialog mit den Nachfahren des von den Deutschen ermordeten Chagga-Königs Mangi Meli kam jedoch nicht in gewünschter Weise zustande, da die tansanische Regierung – trotz wochenlanger Vorbereitungen – am Tag selbst einschränkt und die direkte Kontaktaufnahme mit den Nachfahren untersagte. Die eingeschüchterten Nachfahren wurden von der tansanischen Regierung daran erinnert, dass man sich in Tansania stets als Erstes an diese zu wenden habe und entsprechende Aussagen gern einer nun eigens eingerichteten staatlichen Kommission⁶ zu Protokoll geben könne. Mit etwas Verständnis für das hegemoniale politische Selbstverständnis der Regierungspartei CCM, die seit der Unabhängigkeit vor mehr als 60 Jahren durchgehend im Amt ist und auch im Bereich der Erinnerungskultur die Debatte bestimmt, wäre dies womöglich vorhersehbar gewesen. Das politische System Tansanias ist stark zentralistisch ausgerichtet. So verfügen die einzelnen Regionen lediglich über direkt von der Präsidentin ernannte Regional Commissioner, frei gewählte Parlamente gibt es nicht.

Bei der Gedenkzeremonie in Moshi wurde die Staatsministerin von zwei Aktivisten der Vereine „Berlin Postkolonial“ und „Flinnworks“ aus Deutschland begleitet, die den Prozess der Aufarbeitung mitgestalten und darüber hinaus noch Reparationszahlungen der deutschen Bundesregierung an die Nachfahren der Opfer des Kolonialismus fordern. Offensichtlich haben sie während der Ampelregierung eine gute Beziehung zur Leitung des Auswärtigen Amts gehabt, da sie auch zuvor mehrmals eingeladen wurden und bei zahlreichen gemeinsamen Veranstaltungen auftraten.

In den öffentlich zugänglichen Berichten zu den Reisen der Leitung des Auswärtigen Amts





Warten auf den Bundespräsidenten: Tansanias Präsidentin Samia Suluhu Hassan erwartet im Oktober 2023 am Flughafen von Daressalam ihren Amtskollegen Frank-Walter Steinmeier. Hatte dieser auch eine Wirtschaftsdelegation dabei, waren die Tansania-Besuche der Leitung des Auswärtigen Amts in den vergangenen Jahren fast ausschließlich auf Vergangenheitsbewältigung ausgerichtet. Foto: © Achille Abboud, Imago.

offenbart sich an verschiedenen Stellen, wie unprofessionell die historischen Ausführungen in der Reisebeschreibung sind. Hier wird beispielsweise der Zeitraum von 1891 bis 1919 als Bestehen der Kolonie Deutsch-Ostafrika genannt, was den tatsächlichen Beginn jedoch um sechs bis sieben Jahre verfehlt.⁷ Weiter wird behauptet, dass durch den Maji-Maji-Krieg ein Drittel der Bevölkerung umgekommen sei. Diese Aussage, die in den vergangenen Jahren in verschiedenen Internetartikeln zu dem Krieg auftaucht, stammt ursprünglich von einem tansanischen Doktoranden aus dem Jahr 1973 und wird ausdrücklich als grobe Schätzung angeführt. Anstatt eine polemische und nicht überprüfbare Aussage in den Raum zu stellen, wäre es ratsam gewesen, anzuerkennen, dass die genaue Zahl der Todesopfer

sich nicht genau bestimmen lässt, aber Schätzungen zwischen 200.000 und 300.000 Toten liegen.⁸

Die deutsche Debatte zeigt nur geringes Verständnis dafür, wie sich die tansanische Bevölkerung selbst an die Kolonialzeit erinnert.

Bei allen drei Besuchen der Staatsministerin traf sie sich mit Nachfahren prominenter Personen, die während der Kolonialzeit von den Deutschen

hingerichtet wurden, und thematisierte die Rückführung der menschlichen Überreste und kultureller Objekte mit hochrangigen tansanischen Politikern. Stattdessen hätte sie auch andere Themen in den Fokus stellen oder diese zumindest mit diesem wichtigen Thema stärker verbinden können. Wie es ein Experte auf den Punkt bringt: „Es drängt sich der Eindruck auf, dass die Bundesregierung [Kabinett Scholz, Anm. d. Red.] keinen systematischen Plan hat, wie sie die Aufarbeitung der deutschen Kolonialgeschichte proaktiv gestalten will.“⁹

Erinnerungskultur in Tansania: Nationale Einheit im Widerspruch zu lokaler Vielfalt

Was die Debatten in Deutschland eint, ist das geringe Verständnis für die Frage, wie sich die tansanische Bevölkerung selbst an die Kolonialzeit erinnert, wie prominent das Thema für Gesellschaft und Politik in Tansania ist und welche, zum Teil auch widersprüchlichen, Meinungen es vor Ort gibt. Um die von deutscher Seite gut gemeinte, aber in der Praxis vor Ort oft schlecht umgesetzte Vergangenheitsbewältigung der vergangenen Jahre wieder auf einen strategischeren und auch partnerschaftlichen Weg zu bringen, der auch von tansanischer Regierungsseite entsprechend gewürdigt werden würde, ist es essenziell zu verstehen, wie in Tansania selbst über dieses Thema diskutiert wird.

In der Bevölkerung stoßen die staatlich gelenkten Erinnerungspraktiken teils auf Ablehnung.

Die ersten wissenschaftlichen Publikationen, die sich ausschließlich mit der Frage beschäftigen, wie man sich in Tansania heute an die Zeit des deutschen Kolonialismus erinnert, wurden erst ab dem Jahr 2023 veröffentlicht.¹⁰ Wichtige Erkenntnisse aus den seither erschienenen Arbeiten haben es bislang offensichtlich nicht in die Hände derjenigen geschafft, die die deutsche Außenpolitik in Tansania in den vergangenen

Jahren gestaltet haben. Dabei sind diese Perspektiven enorm wichtig, um differenzierte und wohl überlegte Entscheidungen zu treffen.

So gibt es in Tansania ein breites Spektrum an Erinnerungsformen, die aus deutscher Sicht oftmals überraschend erscheinen und sich gegenseitig mitunter fundamental widersprechen können. Der dominierende Akteur ist eindeutig der Nationalstaat, der seit der Unabhängigkeit eine möglichst homogene Erinnerungskultur zum Zweck der Nationsbildung und Förderung des Patriotismus etablieren möchte. Der Maji-Maji-Krieg ist hierbei das bedeutendste Ereignis und ein beliebtes Motiv für Festreden tansanischer Politiker. Im staatlichen Narrativ wird er als Gründungsmythos der heutigen Nation angesehen, weil sich hier, aus Sicht der Regierung, erstmals 20 verschiedene Bevölkerungsgruppen vereinten und „gemeinsam“ gegen die deutschen Kolonialtruppen auflehnten.¹¹ Besonders im Süden des Landes gibt es neben Denkmälern und Museen auch Straßen, Radiostationen, Restaurants, Hotels und sogar einen Fußballvereinsamt Stadion, der mit seinem Namen an den Krieg erinnert.

Allerdings stoßen die staatlich gelenkten Erinnerungspraktiken in der Zivilbevölkerung teilweise auf Ablehnung. Ein Beispiel dafür ist ein in Kilwa Kivinje errichteter Obelisk, der ursprünglich an Aufstände in den 1880er-Jahren erinnern sollte, aber später von staatlicher Seite aus in ein Denkmal für den Maji-Maji-Krieg umgewidmet wurde. Die Umwidmung sorgte bei Teilen der lokalen Bevölkerung für so großen Unmut, dass sie jahrelang die Regierung aufforderten, dem Denkmal wieder seine ursprüngliche Bedeutung zu geben, was vor Kurzem tatsächlich geschehen ist. Auch während der jährlich stattfindenden Erinnerungstage für die Opfer des Maji-Maji-Krieges gibt es immer wieder Streitigkeiten zwischen Regierungsvertretern, der Bevölkerungsgruppe der Ngoni und den restlichen 19 Bevölkerungsgruppen, die an dem Krieg beteiligt waren. Letztgenannte beklagen, dass es einen zu starken Fokus auf die Ngoni gebe, und drohten im Jahr 2023 sogar mit dem Boykott der Gedenkveranstaltung. Diese Beispiele machen

deutlich, dass die tansanische Regierung im Bereich der Erinnerungskultur ganz eigene Interessen verfolgt, die nicht immer mit denen der Zivilbevölkerung übereinstimmen.

Durch deutsche Staatsbesuche gewinnt die Aufarbeitung des Kolonialismus im tansanischen Parlament an Bedeutung.

Das Wissen über diese lokalen Auseinandersetzungen und eine damit verbundene Sensibilität ließen sich im Vorgehen des Bundespräsidenten und der Staatsministerin bei ihren Besuchen in Songea nicht direkt erkennen und führten daher zu lokalen Verstimmungen im Anschluss an die Besuche. Steinmeiers Rede fokussierte sich hauptsächlich auf den Ngoni-Anführer Songea Mbano und richtete sich direkt an seine Nachkommen.¹² Die restlichen 19 Bevölkerungsgruppen wurden mit keinem Wort erwähnt und auch der Anfang des Krieges, der von Angehörigen der Bevölkerungsgruppe der Matumbi initiiert wurde, blieb ausgelassen. Auch die Vorstöße der Staatsministerin im Süden des Landes beschränkten sich vornehmlich auf die Bevölkerungsgruppe der Ngoni. Obwohl Unwissenheit über diese lokalen Spezifika hier wohl der ausschlaggebende Faktor gewesen ist und kein böser Wille dahintersteckte, verstärkten die offiziellen Vertreter des deutschen Staates mit ihrem Vorgehen die Marginalisierung der restlichen Bevölkerungsgruppen, die schon seit Langem, auch artikuliert durch Volksvertreter in tansanischen Parlamentsdebatten, für mehr Anerkennung und Sichtbarkeit kämpfen. Stimmen vor Ort berichten, dass nach den Besuchen und dem Treffen verschiedener Bevölkerungsgruppen die tansanische Regierung erst mal wieder aufräumen und ordnen müsse, was Deutschland durcheinandergebracht habe.¹³

Tansanische Politik und der Umgang mit dem kolonialen Erbe

Im tansanischen Parlament ist die Aufarbeitung des Kolonialismus ein Randthema, das nach den

deutschen Besuchen aber zunehmend an Bedeutung gewinnt. Insbesondere Volksvertreter aus dem Süden Tansanias, das besonders unter der deutschen Kolonialherrschaft litt, fordern neben dem Bau von Museen und Gedenkstätten auch generelle Infrastruktur- und Entwicklungshilfe.¹⁴

Im Jahr 2017 forderte der CUF-Oppositionspolitiker Vedasto Ngombale zudem in einer Frage an den damaligen Verteidigungsminister Hussein Mwinyi unter anderem Reparationszahlungen für die Nachkommen der Opfer des Maji-Maji-Krieges. Der Verteidigungsminister unterstützte die Forderung öffentlich.¹⁵ Die Uneinigkeit im eigenen Kabinett zeigte sich jedoch, als Außenminister Augustine Mahiga ein Jahr später bei einem Treffen mit seinem deutschen Amtskollegen Heiko Maas Forderungen nach Reparationszahlungen und der Rückgabe von Kunstobjekten entschieden verneinte.¹⁶ In derselben Legislaturperiode gab es Forderungen aus der Opposition, das Skelett des berühmten Dinosauriers aus dem Berliner Naturkundemuseum nach Tansania zurückzuholen. Auch diese Vorstöße wurden im Parlament von der Regierung mit dem Verweis auf die hohen Instandhaltungskosten, fehlende Ausstellungsmöglichkeiten und damit mangelnde Wirtschaftlichkeit zurückgewiesen.¹⁷

Als Vertreter derselben Regierung und im Widerspruch zu vorherigen Äußerungen forderte der tansanische Botschafter Abdallah Possi im Jahr 2020 die Rückgabe aller Kulturobjekte und menschlichen Überreste. Auf diese Aussage, die so wirkte, als wolle man erstmalig testen, wie die deutsche Seite darauf reagieren würde, schob er nach, dass in einem nächsten Schritt auch Reparationszahlungen anstünden: „Wie sich das alles entwickelt, hängt stark von der Reaktion der deutschen Regierung ab. Wenn sie sich offen zeigt für Verhandlungen, wird alles einfach sein. Wenn sie sich verweigern, dann werden wir statt dem moralischen eventuell auch den rechtlichen Weg gehen.“¹⁸ Als Gründe, warum man erst jetzt derartige Forderungen stellt, nannte der Botschafter die vergleichbaren und erfolgreichen Entwicklungen in anderen Ländern, „die Aktivisten, die sich hier in Berlin wie in Tansania, immer öfter zu Wort melden“ und „die wachsende Bereitschaft

in der deutschen Politik, über diese Themen zu sprechen“.¹⁹ Seit dem Besuch von Bundespräsident Steinmeier werden auch vor Ort in Tansania vermehrt Reparationsforderungen laut.²⁰

Der größte Stolperstein wird die nun zu erwartende Forderung nach Reparationen sein.

Bis heute gibt es in Bezug auf den Kolonialismus weder eine schriftliche Vereinbarung zwischen beiden Regierungen noch eine offizielle Forderung der tansanischen Regierung nach Reparationszahlungen. Das liegt unter anderem daran, dass es auf tansanischer Seite ebenfalls noch keine eindeutige Strategie gibt, wie man politisch vorgehen will. Dafür wurden aber bereits drei verschiedene Komitees gegründet, um Klarheit

zu schaffen: ein Expertenkomitee, ein Komitee bestehend aus Staatssekretären und Ministern sowie ein Verhandlungskomitee, das sichergehen soll, dass alle menschlichen Überreste und Kulturobjekte wieder zurückgebracht werden.²¹ Die Anfrage eines ersten Besuchs des Komitees in Berlin wurde noch im Dezember 2024 von der damaligen Bundesregierung bejaht und fand im Frühjahr 2025 statt. Nicht erst seitdem steht die tansanische Forderung zur Bildung einer vergleichbaren Kommission auf deutscher Seite im Raum. Mit diesem Prozess muss sich nun die neue Bundesregierung befassen.

Plädoyer für einen strategischeren Ansatz in der Kolonialismusdebatte

In den vergangenen Jahren konnte man beobachten, wie eine idealistische und eindimensionale Herangehensweise bei der Aufarbeitung des deutschen Kolonialismus in Tansania Gefahr



Präsente Vergangenheit: Im Süden Tansanias ist sogar ein Fußballverein nach dem Maji-Maji-Krieg benannt, im staatlichen Narrativ ist er der Gründungsmythos der heutigen Nation. Foto: © Sebastian Laschet.

läuft, immer weiter in kulturell-diplomatischen Sackgassen zu landen. Für eine Neuausrichtung der deutschen Außenpolitik mit Tansania, die selbstverständlich auch im Einklang mit deutschen Interessen erfolgen muss, ist es aber noch nicht zu spät. Dafür ist es essenziell, genau zu verstehen, welche Dynamiken bisherige Vorgehensweisen und Forderungen bereits ausgelöst haben und welche potenziell negativen Auswirkungen sie in der Zukunft noch auslösen könnten.

Der größte Stolperstein wird sicherlich die nun zu erwartende Forderung nach Reparationszahlungen sein. Hier gilt es, aus den Erfahrungen der stockenden Verhandlungen mit Namibia zu lernen und einen zukunftsweisenden Dialog vorzubereiten, der weniger zeitraubend und konfliktbeladen ist. Etwaige Zahlungen sollten zudem nicht direkt bestimmten Bevölkerungsgruppen ohne Zustimmung der tansanischen Regierung zukommen. Dies könnte zur Benachteiligung derjenigen Bevölkerungsgruppen führen, die keine dominante Position in der Erinnerungskultur Tansanias einnehmen. Die tansanische Regierung hat Deutschland schon wissen lassen, dass sie direkte Kontaktaufnahmen jedweder Art mit einzelnen Bevölkerungsgruppen als Störung der nationalen Einheit auslegt und nicht weiter dulden wird. Allerdings hat die Vergangenheit bereits gezeigt, dass auch die tansanische Regierung bestimmte Bevölkerungsgruppen bevorzugt. Die Verteilung solcher Gelder wäre zudem in Tansania, vor allem aufgrund der großen ethnischen Vielfalt mit mehr als 120 Bevölkerungsgruppen, wesentlich komplizierter als zum Beispiel in Namibia. Jegliche weiteren Andeutungen von Reparationszahlungen, sei es auf zivilgesellschaftlicher Ebene aus Deutschland oder wie zunehmend geschehen auch aus Tansania, wecken nur unrealistische Erwartungen. Auf einen Vorschlag der tansanischen Regierung, Reparationszahlungen als zusätzliche Entwicklungszusammenarbeit zu gewähren, sollte man sich vorbereiten. Aufgrund des jetzt schon überdurchschnittlich hohen deutschen Entwicklungsbudgets für Tansania sollte dies kritisch hinterfragt werden. Die deutsche Außenpolitik der vergangenen Jahre hat hier falsche Signale gesendet, indem sie eng mit bestimmten Aktivistengruppen, die

Reparationszahlungen fordern, zusammengearbeitet und ihnen auch bei Veranstaltungen in Tansania eine Plattform gegeben hat.

Die Entschuldigung durch den Bundespräsidenten ist zu begrüßen.

Im Gegensatz zu Namibia, wo mittlerweile der Zeitpunkt für eine hochrangige Entschuldigung aufgrund des langwierigen Verhandlungsprozesses verpasst wurde, ist dies in Tansania durch den Besuch des Bundespräsidenten frühzeitig geschehen. Dies ist zu begrüßen. Wichtig wird nun sein, vor weiteren offiziellen Besuchen oder Entschuldigungen die kulturellen Gegebenheiten vor Ort genauestens im Blick zu haben, um nicht den Anschein zu erwecken, einige wenige Bevölkerungsgruppen zu bevorzugen und somit bereits bestehende interethnische Spannungen zu verschärfen. Da dies in der Vergangenheit geschehen ist, sollten bei weiteren Besuchen sowohl die tansanische Regierung als auch Experten, die die lokalen Charakteristika im Detail kennen, verstärkt konsultiert werden.

Pragmatismus vor Ideologie

Die für Deutschland so wichtige Aufarbeitung des Kolonialismus und die Förderung der Erinnerungskultur sind keine politisch linksgerichteten Themen und sollten, gerade im Hinblick auf die außenpolitischen Fallstricke, nicht ausschließlich diesem Teil des Spektrums überlassen werden. Die deutsche Bundesregierung sollte der tansanischen Seite nicht nach Belieben Zugeständnisse machen, keine falschen Signale senden und zudem die eigenen außenpolitischen Interessen stärker berücksichtigen. Deshalb muss die notwendige kritische Beschäftigung mit der Vergangenheit auch mit einer in die Zukunft gerichteten Perspektive strategischer verbunden werden.

Wenngleich koloniale Gräueltaten nie verharmlost werden dürfen und das koloniale System Gesellschaft, Wirtschaft und Politik in



bestimmten Bereichen bis heute beeinflusst, sollten die tansanischen Partner dabei nicht in eine ewige Opferrolle gesteckt werden, die jegliche Fehlentwicklungen der eigenen autokratischen Regierung als fortwährende Folge des Kolonialismus darstellt. Diese postkoloniale Denkweise steht im Widerspruch zu sich selbst, da sie die Klischees von afrikanischen Staaten als passive und handlungsunfähige Objekte, die sie eigentlich überwinden will, reproduziert. Für den Aufbau einer Erinnerungskultur, die beiden Seiten Rechnung trägt, müssten die geschilderten tansanischen Perspektiven in Deutschland stärker berücksichtigt werden. Wenn diese Sichtweisen aber weiterhin nur unzureichend Eingang in die hiesige Debatte finden, würde dies eine erneute Marginalisierung der ehemals kolonisierten Gesellschaften bedeuten. Leider herrschte bislang eher der Eindruck vor, dass trotz des Anspruchs, „auf Augenhöhe“ zu verhandeln, eher ideologisch vorgeprescht wurde – ohne auf individuelle, kulturelle und politische Sensibilitäten von vor Ort entsprechend einzugehen. Auch bei der Repatriierung menschlicher Überreste wurde beispielsweise nicht berücksichtigt, dass die tansanische Regierung bei vielen Prozessen erst ganz am Anfang steht. Die zuständige Staatsministerin im Auswärtigen Amt beschreibt im Nachhinein selbst, dass die tansanische Regierung – im Gegensatz zu weiteren konsultierten Regierungen – „wenig Interesse an diesem Thema gezeigt“ hat.²² Diese Erkenntnis verdeutlicht einmal mehr, dass afrikanische Länder sehr unterschiedlich sind und dass eine One-size-fits-all-Strategie hier fehl am Platz ist.

Eine weitere Gefahr besteht darin, die Aufarbeitung des Kolonialismus als alleiniges Schwerpunktthema zu stark zu betonen. Dadurch blieben Chancen für eine positive Gestaltung der Außenpolitik in anderen Bereichen wie der wirtschaftlichen Zusammenarbeit ungenutzt. Dies sollte der tansanischen Seite durch die neue deutsche Bundesregierung stärker aufgezeigt werden. Hatte der begrüßenswerte Besuch des Bundespräsidenten noch eine Signalwirkung dahingehend, dass eine große Delegation der deutschen Wirtschaft mitreiste, so konzentrierten sich alle weiteren Besuche der Leitung des Auswärtigen

Amts auf die Vergangenheit. Dabei hat Deutschland für gegenwärtige Herausforderungen viel anzubieten, was zum Nutzen beider Seiten wäre. In diesem Kontext sollte auch die umfangreiche Entwicklungszusammenarbeit Deutschlands stärker betont und strategischer ausgerichtet werden. Traditionelle Entwicklungsprojekte oder eine „feministische Außenpolitik“ etwa stehen in afrikanischen Ländern nicht weit oben auf der Prioritätenliste. Vielmehr geht es den meisten Regierungen darum, neben der eigenen Selbsterhaltung im Amt, Arbeitsplätze für ihre wachsende und junge Bevölkerung zu schaffen.

Die koloniale Gegenwart zeigt sich insbesondere im Agieren Russlands und Chinas in Afrika.

Russland und China als neue „antikoloniale“ Akteure?

Nur mit einem integrierten Ansatz, der Wirtschaft, Diplomatie und Entwicklungszusammenarbeit verknüpft, kann Deutschland eine glaubwürdige Alternative zu autoritären Modellen bieten und seine eigene Position in Afrika stärken. Bei aller notwendigen kritischen Betrachtung der kolonialen Vergangenheit sollte unter veränderten geopolitischen Rahmenbedingungen nicht übersehen werden, dass es auch eine koloniale Gegenwart gibt. Diese zeigt sich insbesondere im Agieren Russlands und Chinas in Afrika. Sie profitieren von der Unbeholfenheit vieler westlicher Regierungen und nutzen Desinformationskampagnen, um sich selbst geopolitisch geschickter, das heißt „antikolonialistisch“, zu positionieren. So wird von Russland verstärkt auf dessen, in Abgrenzung zum Westen, angeblich antikoloniale Vergangenheit hingewiesen²³, zu sehen auch an großflächigen Plakatkampagnen des Propagandasenders RT in Daressalam. Hingegen wird China aufgrund seiner ökonomischen Einflussnahme unter anderem in Bezug auf Kreditrückzahlungen von vielen als neokolonialistisch beschrieben.

Eine in vielen Bereichen naive Außenpolitik Deutschlands spielt dem Narrativ dieser Antidemokraten in die Hände. Dieser größere geopolitische Rahmen unterstreicht, warum eine Neuausrichtung der deutschen Auseinandersetzung mit der kolonialen Vergangenheit auch im Hinblick auf andere Akteure in der Region von Bedeutung ist. Insofern ist es begrüßenswert, dass der Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD hierzu festhält: „Dem russischen und chinesischen Einfluss in Afrika treten wir mit unseren Partnern entschlossen entgegen.“²⁴

Die Bewältigung aktueller Herausforderungen steht für unsere Partner vor Ort im Vordergrund

Mit Blick auf Tansania lässt sich feststellen, dass das Thema koloniale Vergangenheit dort im politischen und öffentlichen Diskurs eine eher untergeordnete Rolle spielt. Unsere Partner in Afrika sind weniger an selbstbezogener Vergangenheitsbewältigung interessiert als vielmehr an größerer Unterstützung bei der Bewältigung aktueller Herausforderungen. In die bilateralen Beziehungen wurde das Thema Vergangenheitsbewältigung von Vertretern der ehemaligen Bundesregierung vorschnell hineingetragen, manchmal sogar auf die Gefahr hin, die tansanische Politik und Gesellschaft zu verstimmen. In einer Sackgasse zu landen, wie es in den Beziehungen zu Namibia bereits geschehen ist, ist aufgrund kultureller und politischer Eigendynamiken in Tansania mit der dortigen Regierung noch viel wahrscheinlicher. Forderungen vonseiten Tansanias wie „Reparationszahlungen nach unseren Vorstellungen“ starten gerade erst.

Abschließend lässt sich festhalten, dass es in Tansania vermutlich keine fehlgeleitete Kolonialismusdebatte ohne deutsches Zutun gegeben hätte. Dass diese jedoch nun virulent ist, wird die neue deutsche Bundesregierung noch länger als gewünscht begleiten – und dies, wie Kenner des Landes vermuten, vornehmlich negativ, mit Auswirkungen auf die gesamte deutsche Entwicklungszusammenarbeit.

- 1 Dieser Punkt ist von besonderer Bedeutung, da speziell in afrikanischen Kulturen der Trauerprozess erst als abgeschlossen gilt, wenn die menschlichen Überreste ordnungsgemäß beerdigt wurden.
- 2 Tanzania-Network 2023: Our Demands. List of demands on the occasion of the visit of Federal President Frank-Walter Steinmeier to Songea (Tanzania) on 01.11.2023, 26.10.2023, in: <https://ogy.de/igcx> [29.04.2025].
- 3 Deutscher Bundestag 2024: Fragen für die Fragestunde der 177. Sitzung des Deutschen Bundestages am Mittwoch, dem 26. Juni 2024, Bundestagsdrucksache 20/11888, 21.06.2024, S. 15, in: <https://ogy.de/sc9b> [06.05.2025].
- 4 So bezeichnet die Linkspartei im Bundestag, entgegen aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnissen und entgegen der Position der tansanischen Regierung, den Maji-Maji-Krieg als Völkermord. Obwohl die Strategie der „verbrannten Erde“ und die Massenmorde auch unter dem damaligen internationalen Recht als Kriegsverbrechen einzuordnen sind, gibt der aktuelle Forschungsstand es nicht her, ein abschließendes Urteil über diese Frage zu fällen. Siehe Bachmann, Klaus 2018: Genocidal Empires. German Colonialism in Africa and the Third Reich, S. 174–176, in: <https://ogy.de/v2c8> [04.06.2025]; Haug, Frederik 2018: Verbrannte Erde. Die Haltung der Bundesregierung hinsichtlich des kolonialen Gewalthandelns des Deutschen Kaiserreichs in Deutsch-Ostafrika, S. 23, 55, in: <https://ogy.de/i7vt> [04.06.2025].
- 5 Carl Peters hat eine zentrale Rolle bei der Besetzung Deutsch-Ostafrikas gespielt und stand aufgrund seiner brutalen Vorgehensweise, die ihm den Spitznamen „Hängepeters“ einbrachte, schon während der Kolonialzeit unter Kritik.
- 6 Offiziell „National Committee for Discussions on the Return of Antiquities, Artefacts, and Human Remains from Germany“. 19 Mitglieder der Delegation trafen zu ihrem ersten Besuch in Berlin im Frühjahr 2025 ein und führten noch politische Gespräche mit der geschäftsführenden Leitung des Auswärtigen Amtes. Auch in Kamerun wurde 2022 eine ähnliche Kommission eingerichtet.
- 7 Keul, Katja 2022: Reisebericht Tansania. (10.–12. April 2022), 25.04.2022, in: <https://ogy.de/6tok> [04.06.2025]. Für den Beginn der Kolonialzeit werden in der Wissenschaft je nach Interpretation 1884 oder 1885 genannt, was daher rührt, dass Kaiser Wilhelm I. erst im Jahr 1885 den offiziellen Befehl gab, die von Carl Peters bereits im Jahr 1884 beanspruchten Gebiete in Ostafrika zu besetzen. 1885 markiert die internationale Anerkennung und den formellen „Schutz“. Das Jahr 1891 bezieht sich lediglich auf die komplette Übernahme der Verwaltung von der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft durch das Deutsche Kaiserreich. Die De-facto-Kolonialisierung, bei der Kolonialbeamte eingesetzt und Kriege geführt wurden, fand bereits vor 1891 statt. In einem anderen Reisebericht nennt sie das richtige Datum.

- 8 Auf einem Symposium im Jahr 2025 nennt die Staatsministerin zudem das falsche Jahr, in dem die afrikanischen Anführer des Maji-Maji-Krieges von den Deutschen hingerichtet wurden, was insofern erstaunlich ist, da genau dieses Ereignis eines ihrer Hauptthemen auf den Reisen nach Tansania war. Keul, Katja 2025: Symposium in Gedenken an 140 Jahre Berliner Konferenz 1884/85, Rede, 31.03.2025, in: <https://ogy.de/4dme> [04.06.2025].
- 9 Fues, Thomas 2023: Koloniales Raubgut in Deutschland: Was jetzt geschehen sollte, Stiftung Wissenschaft und Politik, Blog Joint Futures 27, 23.11.2023, in: <https://ogy.de/48fu> [04.05.2025].
- 10 Kirey, Reginald Elias 2023: Memories of German Colonialism in Tanzania, in: <https://ogy.de/walp> [04.06.2025]; Laschet, Sebastian 2024: Erinnerungen an Deutsch-Ostafrika und der Umgang mit kolonialer Vergangenheit in Tansania, in: <https://ogy.de/idem> [04.06.2025].
- 11 Obwohl sich die Bevölkerungsgruppen gegen denselben Gegner auflehnten, waren die Kampfhandlungen lokal organisiert und fragmentiert, sodass man nicht von einem koordinierten, gemeinsamen Vorgehen sprechen kann. Für die staatliche Erzählung ist dieser historische Fakt jedoch zweitrangig.
- 12 Steinmeier, Frank-Walter 2023: Besuch des Maji-Maji-Museums, Rede, 01.11.2023, in: <https://ogy.de/wjq2> [29.04.2025].
- 13 Die Erinnerungen an die deutsche Kolonialzeit sind in fast allen Regionen des Landes aufrechterhalten. So gibt es nicht nur in Deutschland, sondern auch in Tansania kolonialapologetische Erinnerungen, die dem staatlichen Narrativ radikal widersprechen und aus ganz unterschiedlichen, meist ahistorischen, Gründen ausschließlich positive Dinge mit der deutschen Kolonialzeit assoziieren. So gibt es an einigen deutschen Kriegsgräberstätten in Tansania bis heute keine Informationstafeln, die veraltete koloniale Inschriften kritisch einordnen. So werden bis heute, auch mit Mitteln aus Deutschland, Kriegsgräberstätten wie die im Sakarani-Park in Tanga von rechtsextremen deutschen Gruppierungen wie dem „Traditionsverband ehemaliger Schutz- und Überseetruppen“ aktiv genutzt.
- 14 Tansanisches Parlament 2017: Kikao cha Hamsini na Tano - Tarehe 28 Juni, 2017, S. 31-37, in: <https://ogy.de/zw38> [29.04.2025]; Tansanisches Parlament 2021: Kikao cha Nne - Tarehe 5 Februari, 2021, S. 84-86, in: <https://ogy.de/ss5x> [29.04.2025]; Tansanisches Parlament 2024: Kikao cha Sita - Tarehe 15 Aprili, 2024, S. 39-41, in: <https://ogy.de/jck1> [29.04.2025].
- 15 Tansanisches Parlament 2017: Kikao cha Nane - Tarehe 8 Februari, 2017, S. 16-18, in: <https://ogy.de/d6gn> [29.04.2025].
- 16 Zeit Online 2018: Tansania will keine Entschädigung von Deutschland, 04.05.2018, in: <https://ogy.de/nxde> [29.04.2025].
- 17 Tansanisches Parlament 2017, N.14, S.31-37.
- 18 Häntzschel, Jörg 2020: Ein Saurier und die Folgen, Süddeutsche Zeitung, 05.02.2020, in: <https://ogy.de/iiwo> [29.04.2025].
- 19 Ebd.
- 20 Kibwana, Thomas Joel 2023: Mr Steinmeier, Thanks for Your Apology. Now, Let's Talk About Reparations, The Chanzo, 02.11.2023, in: <https://ogy.de/jqob> [03.05.2025].
- 21 Tansanisches Parlament 2024: Kikao cha Thelathini na Tisa - Tarehe 3 Juni, 2024, S. 201-203, in: <https://ogy.de/y87e> [29.04.2025].
- 22 Johnson, Dominic 2024: „Das haben wir so nicht kommen sehen“, Interview, taz, 26.11.2024, in: <https://ogy.de/jzls> [29.04.2025].
- 23 Dobronravín, Nikolai 2025: Russia's Solidarity with African Countries in the Struggle against Neocolonialism, Valdai Club Foundation, 10.04.2025, in: <https://ogy.de/0oog1> [03.05.2025].
- 24 CDU / CSU / SPD 2025: Verantwortung für Deutschland. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD, S.128, in: <https://ogy.de/ufg3> [04.06.2025].

ISSN 0177-7521
41. Jahrgang
Ausgabe 2|2025



Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Klingelhöferstraße 23
10785 Berlin
Telefon (030) 269 96-33 88
www.auslandsinformationen.de
[www.fb.com/internationalreports](https://www.facebook.com/internationalreports)
www.x.com/auslandsinfo
www.instagram.com/auslandsinfo
auslandsinformationen@kas.de

Herausgeber:
Dr. Gerhard Wahlers

Chefredakteur:
Dr. Sören Soika

Redaktion:
Dr. Jan Cernicky
Christian Echle
Dr. Stefan Friedrich
Benjamin Gaul
Ansgar Graw
Dr. Lars Hänsel
Caroline Kanter
Dr. Christina Krause
Christoph Plate
Hendrik Sittig
Dr. Thomas Volk
Dr. Jan Woischnik
Daphne Wolter

Redaktionelle Betreuung:
Magdalena Falkner

Unter Mitwirkung von:
Marie Rössel, Leonie Schade, Georg Tannen
und Fabian Wiesnet

Die Artikel geben nicht notwendigerweise die
Meinung der Redaktion wieder.

Diese Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-
Stiftung e.V. dient ausschließlich der Information.
Sie darf nicht zum Zwecke der Wahlwerbung
verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-,
Landtags- und Kommunalwahlen sowie für
Wahlen zum Europäischen Parlament.

Einzelheftpreis: 10 €. Im Abonnement günstiger.
Für Schüler und Studenten wird ein Sonder-
rabatt gewährt. Für weitere Informationen und
Bestellungen wenden Sie sich bitte an:
auslandsinformationen@kas.de

Bankverbindung:
Commerzbank Bonn
IBAN DE43 3804 0007 0103 3331 00
BIC COBADEFFXXX

Das Copyright für die Beiträge liegt bei den
Auslandsinformationen (Ai).

Titelfoto:
Eine Statue von Hubert Lyautey wurde im
Juni 2020 in Paris beschmiert. Lyautey war
Befürworter des Kolonialismus und von 1912
bis 1925 Generalresident des Protektorats
Französisch-Marokko.
© Aurelien Morissard, IP3press, Imago.
Alle weiteren wie jeweils gekennzeichnet.

Lektorat:
Oliver Seifert, Weimar

Gestaltung / Satz:
racken GmbH, Berlin

Druck:
Print & Media, Rostock



natureOffice.com/478-1284-881

CO₂-neutral mit Farben auf Pflanzenölbasis nach
DIN ISO 12647-2 gedruckt.

Ihre Meinung ist uns wichtig!



Was haben Sie von
unserer Ausgabe zum
Thema **Wasser**
gehalten?

Scannen Sie den QR-Code und
lassen Sie es uns wissen.



<https://ogy.de/ezc5>



auslandsinformationen.de
fb.com/internationalreports
x.com/auslandsinfo
[instagr am/auslandsinfo](https://instagr.am/auslandsinfo)